

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 6. September 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Bedingungen: Einzelnummer 5 Pf., monatlich 1,10 M., vierteljährlich 3,30 M., halbjährlich 6,60 M., jährlich 13,20 M. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 M., für das übrige Ausland 3 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Kommunal-Reformen in Zürich.

Aus Zürich wird uns geschrieben:

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben nächsten Sonntag über ein neues Grundstatut für die Stadtgemeinde abzustimmen. Die jetzt geltende Gemeindeordnung stammt aus dem Jahre 1893 und ist für das sich rasch entwickelnde Gemeinwesen längst zu eng geworden. Da der in unserem Staatsrecht sonst geltende Grundsatz der Gemeindeautonomie durch das sogenannte Zuteilungsgesetz von 1891, die eigentliche Stadtverfassung, erhebliche Einschränkungen erleidet, so wurde zunächst eine Revision jenes Zuteilungsgesetzes versucht. Der zuständige Kantonsrat bewies aber sehr wenig Verständnis für die Entwicklung und die Bedürfnisse eines großen städtischen Gemeinwesens, und das Volk des Kantons Zürich verweigerte vollends seine Sanction. Man mußte sich also damit begnügen, diejenigen Änderungen in der Gemeindeordnung zu treffen, welche die Stadtverfassung zuläßt.

So weit die Grundrechte der Gemeinde in Betracht kommen, sind diese Änderungen unbedeutend. Sie beschränken sich in der Hauptsache auf eine kleine Bescheidung der Volksrechte und auf die Einführung der Quartier-Urnen, welche aber nur zwei Wahlkreise, darunter die sozialdemokratische Hochburg Auherfeld, trifft. In diesen beiden Kreisen wird der Stimmberechtigte zulässig nur noch in seinem engeren Quartier, nicht mehr im ganzen Kreise, stimmberechtigt sein. Offiziell verfolgt man mit dieser Neuerung den Zweck, die Vorbereitungen zu Wahlen und Abstimmungen zu erleichtern; insgeheim hofft man, damit die Stimmzettel unserer Partei bei Wahlen und Abstimmungen beeinflussen zu können. Mit der Bescheidung der Volksrechte aber hat es folgende Bewandnis: Die bestehende Gemeindeordnung schreibt für die Schaffung bleibender Ämter mit einer Besoldung von über 5000 M. die Einholung des Volksentscheides vor; künftig soll der Große Stadtrat dazu kompetent sein, innerhalm mit der Wahgabe, daß derartige Beschlüsse vor den Volksentscheid gezogen werden können. Es tritt also an die Stelle des obligatorischen Referendums, dem die sozialdemokratische Partei in der ganzen Schweiz einen weiteren Ausdehnungskreis zu geben beabsichtigt ist, ganz einfach das fakultative Referendum.

Der reaktionäre Bürgerverband hatte eine prinzipielle Änderung im Aufbau der Gemeinde gemüßigt; er strebte eine von der politischen Gemeinde völlig losgelöste und unabhängige Bürgergemeinde an, während jetzt die von der Gesamtgemeinde gewählten Mitglieder des Großen Stadtrats, soweit sie Stadtbürger sind, die bürgerliche Verwaltung besorgen. Glücklicherweise standen dem Vorschlag die Verfassung und das Zuteilungsgesetz im Wege, sonst hätte ohne Zweifel auch unser lieber „Freisinn“ an der Schaffung eines Zustandes mitgeholfen, der für unsere Verhältnisse einen lächerlichen Anachronismus bedeuten würde.

Auch die Änderungen, welche die innere Verwaltung betreffen, greifen nicht sehr tief ein. Einzig das Schulwesen erfährt eine ziemlich durchgreifende Reorganisation, von der eine raschere und zweckmäßigere Erledigung der Aufgaben, die an unsere Schulen immer zahlreicher herantreten und eine bessere Aufsicht über den Schulbetrieb zu erwarten sind.

Von großer Bedeutung dagegen sind die sozialen Aufgaben, welche die Vorlage der Gemeinde zuweist, und die grundsätzlichen Bestimmungen über die Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter und Angestellten. Das Einigungsamt, das seinerzeit das fakultative Referendum passiert hat und von der Gemeinde genehmigt worden ist, die öffentliche und unentgeltliche Arbeitsvermittlung, die schon seit einer Reihe von Jahren funktioniert, der städtische Wohnungsbau und der amtliche Wohnungsnachweis, die im obligatorischen Referendum eine überwältigende Mehrheit der Stimmberechtigten gefunden haben, diese Aufgaben der Stadt werden nun vom neuen Gemeindestatut ausdrücklich sanktioniert.

An neuen Aufgaben werden der Stadt durch das Statut überwiesen: die Schaffung oder Unterstützung von Rechtsauskunftsstellen für Unbemittelte, die Herstellung von Logishäusern und Kassen für Obdachlose, die Fürsorge für Kranke, Wöchnerinnen und andere Hilfsbedürftige, die Errichtung eines Waupolizei-Inspektorats, Maßnahmen zur Ausübung der Schulgesundheitspflege, die Errichtung eines Kinderfürsorgeamtes, dem die Fürsorge für rüstfähige, körperlich oder geistig gebrechliche, verwahrloste und bedürftige Kinder im vor- und schulpflichtigen und im schulpflichtigen Alter obliegt. Der wachsenden Schwierigkeit, geeignete Vormünder für arme elternlose oder auerzehlliche Kinder zu finden, soll durch Schaffung der Stelle eines Amtsvormunders begegnet werden. Für die städtischen Arbeiter und Angestellten sind Kranken- und Unfallversicherung sowie Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversicherung in Aussicht genommen. Auch die Lehrer sollen von diesen Vergünstigungen Gebrauch machen können.

Die Besoldungen der städtischen Beamten, Angestellten, Lehrer und Lehrerinnen sind neu geregelt. Die Soläre haben durchweg eine erhebliche Erhöhung erfahren, wie sie infolge der verteuerten Lebenshaltung geboten war. Trotzdem diese Soläre da und dort etwas zu reichlich ausgemessen erscheinen, stimmte und stimmt ihnen die sozialdemokratische Arbeiterschaft neidlos zu, während der Bürgerverband und die „Freisinnigen“ gegen die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter einen erbitterten Kampf führten, der nun auf die Abstimmung hin vom ersteren ebenso erbittert gegen die ganze Vorlage fortgesetzt wird. Die „Freisinnigen“ haben sich eines besseren Besonnen und wenigstens die Stimmgabe freigegeben. Die Ursache der Gegnerschaft des aus-

Unternehmer-Scharmachern zusammengesetzten Bürgerverbandes bildet der Umstand, daß das neue Gemeindestatut die regelmäßige tägliche Arbeitszeit auf neun, bei Schichtwechsel auf acht Stunden festsetzt und einen Mindesttagelohn für erwachsene Handwerker von 5,50 Frank, für erwachsene Handlanger von 5 Frank vorkreuzt, gegenüber den bisherigen Ansätzen von 4,50 Frank für erwachsene Handwerker und 4 Frank für erwachsene Handlanger bei zehnständiger Arbeitszeit. Jene Scharmacher erblicken in der Gewährung dieser Löhne und in der Einführung des Neunstundentages eine Parteinahme der Stadt im Kampfe der Arbeiterschaft gegen das Unternehmertum um Verbesserungen in der Lebenshaltung zugunsten der ersteren. Sie befürchten oder ahnen, daß es vom Schicksal der neuen Gemeindeordnung abhängt, ob sie endlich auch ihrerseits dem Ansturm der Arbeiterschaft in den Privatbetrieben nachzugeben haben werden.

Die neue Gemeindeordnung bringt ferner den städtischen Arbeitern eine automatische jährliche Lohnsteigerung, wie sie die Beamten längst haben. Bei Annahme der Vorlage erhalten alle Arbeiter die erste Lohnhöhung mit Rückwirkung auf den 1. Juli 1907. Dem bisherigen, oft gerügten Mibstande, daß die Stadt Leute 30 und mehr Jahre lang als Tagelöhner beschäftigt, wird dadurch abgeholfen, daß die vollbeschäftigten Arbeiter, deren Tätigkeit einen dauernden Charakter hat, bei genügenden Leistungen und guter Führung nach einjähriger Dienstzeit zu ständigen Arbeitern mit festem monatlichen Einkommen aufrücken sollen. Die Hinterlassenen von Arbeitern, die im Laufe des dem Todestage vorausgegangenen Jahres mindestens 10 Monate oder 250 Tage im Dienste der Stadt gestanden haben, beziehen vom Todestage an den Lohn für ein halbes Jahr weiter. So lange die obengenannten Verschärfungen noch nicht bestehen oder soweit ihre Leistungen bei Krankheit oder sonstiger Arbeitsunfähigkeit den Lohnausfall nicht decken, ist den ständigen Arbeitern sowie den Beamten und Angestellten der Weg des vollen Lohnes bis auf die Dauer von sechs Monaten zu sichern.

Die Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter werden im übrigen durch eine vom Großen Stadtrat zu erlassende Arbeitsordnung geregelt. Diese liegt bereits im Entwurf vor. Sie unterscheidet drei Klassen von Arbeitern: Ständige Arbeiter im Monatslohn, festangestellte Tagelohnarbeiter, die nach einem Jahre zu Monatslohnarbeitern vorrücken und der jährlichen Lohnsteigerungen teilhaftig werden, und vorübergehend angestellte Arbeiter. Für Ueberzeitarbeit wird ein Zuschlag von 25 Proz. bezahlt, für Nachtarbeit ein solcher von 50 Proz.; bei Sonntagsarbeit und bei Arbeiten von besonders schwerer Art beträgt der Zuschlag 100 Proz. Tagelohnarbeiter, die wegen der Bitterung zeitweise aussetzen müssen, erhalten einen Monatslohn, der mindestens dem Lohn von 24 oder 25 Tagen entspricht. Bei einer Dienstzeit von 1—3 Jahren werden 4 Tage Ferien gewährt, bei einer Dienstzeit von 4—10 Jahren 7 Tage, bei mehr als 10 Jahren Dienstzeit 14 Tage. Der 1. Mai wird von morgens 10 Uhr an freigegeben; für regelmäßigen Militärdienst wird der volle Lohn bezahlt. Die Arbeitsordnung sieht ferner Arbeiterkommissionen vor; diese sollen aber durch die Gewerkschaften ersetzt werden, wenn vier Fünftel der Arbeiter es verlangen.

Die Besoldungs- und Lohnaufbesserungen und die Ausführung der in der Vorlage aufgenommenen Wohlfahrtsmaßnahmen sollen eine Mehrbelastung des städtischen Budgets von circa 1.100.000 Fr. im Gefolge haben. Man hofft, daß die gewöhnlichen Einnahmen ausreichen werden, diese Mehrausgabe zu decken. Aber selbst wenn diese Hoffnung sich als trügerisch erweisen sollte, so wäre die Stadt noch nicht darauf angewiesen, zu dem Mittel der Steuererhöhung zu greifen, da ihre Reserve zur Verfügung steht, die außerordentliche Zuschüsse zu den ordentlichen Einnahmen erlauben würde. Es könnte nämlich die Stadt ohne Gefahr das Tempo der Abschreibungen an den städtischen Werken verlangsamen; denn wenn es mit den Abschreibungen in der bisherigen Weise weiterginge, so käme die Gemeinde in nicht allzu ferner Zeit zur vollständigen Abschreibung ihrer eigenen Vermögenswerte.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft tritt mit aller Energie für die Annahme der Vorlage ein. Die bedeutenden Fortschritte, welche diese im Gefolge hätte, lassen sie die erwähnten Nachteile, die keine Beschränkung der Volksrechte und die Einführung der Quartier-Urnen, in Kauf nehmen. Da die demokratische Partei ebenfalls für das neue Gemeindestatut eintritt und ein Teil der „Freisinnigen“, wenn zweifellos auch nur ein kleiner, die Verantwortlichkeit der Verwerfung nicht auf sich zu nehmen geneigt zu sein scheint, so wird die Abstimmung vom nächsten Sonntag voraussichtlich eine Zweidrittelmehrheit zugunsten der Vorlage ergeben. Es wird eine für die Zukunft bedeutungsvolle Niederlage des scharfmachenden Unternehmertums der Stadt Zürich sein!

Reichshaushaltsetat für 1906.

Die Regierung veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ den Endabschluß der Reichshauptkasse, der zwar äußerlich, da er einen Ueberschuß von 27.229.000 M. aufweist, recht günstig erscheint, tatsächlich aber ein nichts weniger als günstiges Bild der Reichsfinanzwirtschaft bietet. Im einzelnen ergeben sich folgende Resultate:

Beim Reichstage waren 1.480.000 M. mehr erforderlich, von denen 1.283.000 M. auf die Aufwandsüberschreitungen an die Mitglieder des Reichstages entfallen, die ihnen durch das Gesetz vom 21. Mai 1906 (Reichsgesetzblatt Seite 468) zugewilligt worden sind; die übrigen Mehrausgaben sind durch die längere Dauer der Tagung gegenüber der dem Voranschlage zugrunde gelegten Sitzungszeit entstanden.

Für das Auswärtige Amt einschließlich der Konsularverwaltung ergibt sich eine Mehrausgabe von 568.000 M. Die Aufwendungen für die Gesandtschaften und Konsulate haben 215.000 Mark weniger erfordert; dagegen sind bei dem Abschnitt „Allgemeine Fonds“ an Kommissionskosten 131.000 M., an Kosten aus Anlaß des Umzuges von Beamten usw. 148.000 M. und beim Extraordinarium 169.000 M. sowie für die Konsularzentralverwaltung 228.000 M. mehr aufzuwenden gewesen. Außerdem sind die Kosten für die feinerzeit an den Hof des Regens von Mexiko gerichtete außerordentliche Gesandtschaft mit 274.000 M. außerordentlich zur Verrechnung gelangt.

Im Geschäftsbereich des Reichsamt des Innern ist eine Weniger- ausgabe von 1.948.000 M. zu verzeichnen. Hiervon entfallen auf den Reichszuschuß auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes 1.889.000 M.

Für das Reichsheer stellt sich das Gesamtergebnis gegen den Etat um 2.579.000 M. ungünstiger. Im einzelnen sind größere Mehraufwendungen nicht zu umgehen gewesen bei der Naturalverpflegung, hauptsächlich infolge der Steigerung der Fleischpreise, bei der Bekleidung und Ausrüstung der Truppen, beim Garnisonverwaltungs- und Serviswesen, beim Militärmedizinwesen, bei der Pferdebeschaffung, bei den Reisegebühren, Umzugskosten, Vorspann- und Transportkosten, beim Artillerie- und Waffenswesen und bei den verschiedenen Ausgaben. Dagegen sind Minder- ausgaben größeren Umfanges zu verzeichnen bei der Geldverpflegung der Truppen sowie beim Kapitel Ersatz- und Reserve- mannschaften usw.

Bei der Marineverwaltung schließen die fortdauernden Ausgaben einschließlich der entsprechenden Titel des allgemeinen Pensionsfonds mit 1.491.000 M. und die einmaligen Ausgaben mit 452.000 M. Mehraufwand ab. Größere Nebenschreitungen sind vorgekommen bei den Judenstehungen, bei der Instandhaltung der Flotte und der Werften sowie beim Kapitel Waffenswesen und Ver- sestigungen. Die Ueberschreitung bei den einmaligen Ausgaben ist zurückzuführen auf außerordentlich hohe Aufwendungen zur Hebung des gesunkenen Torpedoboots „S 126“, für Grunderwerb zum Bau und zur Erweiterung von Schiffsständen für die Garnison Kiel sowie zur Sicherung der Bauwerke neben Helling II der Werft zu Wilhelmshaven.

Bei den Fonds des Reichsschatzamt besiffert die Minderausgabe sich auf 22.180.000 M. Nach der Berechnung des auf den Kopf der Bevölkerung des Deutschen Reiches entfallenden Reinertrages der im § 15 des Postarbeitsgesetzes vom 25. Dezember 1902 bezeichneten Waren ist für das abgelaufene Rechnungsjahr an den hinter- bliebenenversicherungsfonds nichts abzuführen gewesen. Der unter den fortdauernden Ausgaben eingestufte Betrag von 22.000.000 M. war daher in Abzug zu bringen.

Die Verwaltung und Verzinsung der Reichsschuld hat mit einer Mehrausgabe von 5.116.000 M. abgeschlossen. Zur Verzinsung der konsolidierten Reichsanleihe mußten 5.487.000 M. und zur Verzinsung der Mittel, welche zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Reichshauptkasse dienen, 8.425.000 M. mehr als veranschlagt aufgewendet werden, dagegen sind zur Verzinsung der zur Deckung einmaliger Ausgaben vorgesehenen schwebenden Schuld und des sonstigen Anleihebedarfs 8.775.000 M. als nicht verwendet in Abzug gebracht.

Die Einnahme an Verbrauchsteuer für Branntwein sowie an Raichbottich- und Branntweinsteuermaterialsteuer, deren Reinertrag den einzelnen Bundesstaaten zu überwiegen ist, ist um 3.555.000 Mark hinter dem Etatsvoranschlage zurückgeblieben; dagegen haben die Reichssteuerabgaben für Wertpapiere usw., deren Reinertrag ebenfalls den Bundesstaaten zufließt, 5.500.000 Mark mehr erbracht, so daß an Ueberweisungsteuern im ganzen 1.945.000 Mark mehr auf- gekommen sind.

Vergleicht man die Voranschläge des Reichsetats für 1906 mit den tatsächlichen Einnahmen, so ergibt sich, daß folgende Steuern erhöht gebracht haben: die durch die letzte Stengelsche Reichsfinanzreform eingeführte neue Zigarettensteuer 2.687.000 M., die Zundersteuer 8.404.000 M., die Salzsteuer 1.774.000 M., die Schaumweinsteuer 474.000 M., die Brausteuer 10.844.000 M., der Spielkartenstempel 71.000 M., die Wechselstempelsteuer 2.407.000 M., der Frachtfuhrstempel 114.000 M., die Statistische Gebühr 145.000 M.

Dagegen sind in ihren wirklichen Erträgen gegen die Voranschläge des Etats zurückgeblieben: die Zölle um 3.654.000 M., die Tabaksteuer um 900.000 M., die Reichs- stempelabgaben für Personensfahrkarten um 12.437.000 M., für Erlaubnisfahrkarten für Kraftfahrzeuge um 816.000 M. und für Vergütungen an Mitglieder der Aufsichtsräte um 4.598.000 Mark sowie die Erbschaftsteuer um 3.801.000 M.

Auch verschiedene andere Etatsposten schließen ziemlich ungünstig ab. Bei der Brennsteuer, die in der Gestalt von Vergütungen für ausgeführten oder zu gewerblichen Zwecken verwendeten Branntwein wieder zur Veranschlagung gelangt, sind für diesmal 1.623.000 M. mehr verausgabt als ver- einahmt worden. Von den Betriebsverwaltungen hat nur die Reichseisenbahnverwaltung bei einer Mehr- einnahme von 10.243.000 M. und einer Mehrausgabe von 5.515.000 M. einen Rehrertrag, und zwar in Höhe von 4.728.000 M. geliefert; dagegen sind die Reichs- post- und Telegraphenverwaltung bei einer Mehr- einnahme von 2.881.000 M. gegenüber einer Mehrausgabe von 19.069.000 M. um 6.188.000 M. und die Reichs- druckerei bei einer Mehreinnahme von 1.634.000 M. gegenüber einer Mehrausgabe von 1.728.000 M. um 94.000 M. hinter dem Anschlage zurückgeblieben. Ein besseres Resultat ergibt das Waffenswesen. Die Einnahmen daraus stellen

sch um 18 514 000 M. höher, als sie im Etatsvoranschlag ange-
sehen worden sind, und ferner sind die verschiedenen Ver-
waltungseinnahmen unter Einrechnung der oben bereits er-
wähnten Mehreinnahme bei der Seeresverwaltung um
4 908 000 M. über das Etatsoll hinausgegangen.

Danach übersteigen im ganzen die ordent-
lichen Reichseinnahmen den Voranschlag um
15 943 000 M., und da die Ausgaben, einschließlich der
vorläufig aus ordentlichen Mitteln des Reiches gedeckten
Ueberführung des Reichsinvalidenfonds von 813 000 M. um
11 286 000 M. hinter dem Voranschlag zurückbleiben, so er-
gibt sich für das Rechnungsjahr 1906 gegen die Voraus-
setzungen des Etats ein Mehrertrag von
27 229 000 M. Außerlich erscheint danach der Abschluß als
ein recht günstiger; sieht man aber näher nach, verschwindet
bald dieser Eindruck, denn dann zeigt sich, daß die Mehr-
einnahmen vornehmlich aus der Reichsbank, der Frau- und
Zuckersteuer stammen, während die Einnahme aus den Zöllen,
dem Reichspostdienst, der Reichsbeförderungsteuer und der neu-
eingeführten Fahrkartensteuer nicht unbedeutend
hinter den Erwartungen zurückgeblieben
sind. Deutlich ergibt sich daraus, wie verfehlt die Porto-
verteuerung und die Besteuerung der Eisenbahnkarten sind,
die uns die einseitige Steuerpolitik des Zentrums und der
Nationalliberalen ausgehakt hat.

Aber noch ein anderes nichts weniger als befriedigendes
Ergebnis zeigt die Staatsabrechnung, nämlich, daß der
Witwen- und Waisenfonds diesmal keinen
Pfennig aus den Zollerträgen erhält.
Während der Kämpfe in den Jahren 1901/02 wußte
bekanntlich das Zentrum, um die zu ihm haltenden Arbeiter
mit der erhöhten Belastung ihres Lebensunterhaltes durch
die neuen Zölle zu versöhnen, im Reichstage durch-
zusetzen, daß in das Zolltarifgesetz ein Paragraph
aufgenommen wurde, der bestimmte, daß der überschüssige
Ertrag verschiedener Lebensmittelzölle zur Bildung eines
Witwen- und Waisenfonds benutzt werden solle. Im Reichs-
tage wurde damals die jährlich an diesen Fonds fallende
Summe auf 70 bis 80 Millionen Mark berechnet. In
Wirklichkeit konnten schon im vorigen Etatsjahr der
geplanten Witwen- und Waisen-Versicherung nur
2 Millionen Mark überwiesen werden, und
in diesem Jahre erhält sie gar nichts. So hat
die schlaue „Arbeiterpolitik“ des Zentrums dazu geführt, daß
zwar dem Arbeiter seine Lebensmittel verteuert worden sind
— aber die ihm als Entschädigung dafür versicherte Ver-
sicherung seiner mittellosen Hinterbliebenen auf recht zweifel-
hafter Grundlage steht.

Naumanns Kanossa.

Herr Naumann hat sich unruhig unterworfen. Er
der vor wenigen Wochen erst die stolze Losung zum Kampf
um das Reichstagswahlrecht für Preußen aus-
gegeben, das Reichstagswahlrecht für den Angelpunkt
der ganzen Blockpolitik erklärt hatte, ist bereits kläglich wieder
zu Kreuze gekrochen. Zu Kreuze gekrochen vor den „sub-
alternen Geistes“, wie das „Berliner Tageblatt“ seine
Wahlrechtsverdränger nannte, vor den „alten Weibern“ und
„fatten Gefellen“, wie ein Hirsch-Dundersches Organ die
Freisinn-Diplomaten betitelte, die von einem ersten Kampfe
und einem Volkssturm nichts wissen wollen, um auch ferner
als Handlanger Wilows und seiner agrarischen Austraggeber
eine „Blockpolitik“ der Volksausplünderung und imperialistischen
Abenteuer treiben zu können!

Herr Naumann hat sich unterworfen. Aber dieses Opfer
der politischen Ueberzeugung, das Herr Naumann endgültig
zu einer nicht mehr ernst zu nehmenden Person macht, genügt
den freisinnigen „Staatsmännern“ noch nicht. Die „Vossische
Zeitung“ überschüttet den reuligen Sünder noch obendrein mit
beißendem Hohn.

Die „Voss. Ztg.“ weist Herrn Naumann nach, daß er
binnen sechs Wochen nicht einen einfachen, sondern
doppelten Frontwechsel vollzogen habe, in sechs
Wochen also drei Meinungen vertrat. Zuerst im Juli
war er ganz „Staatsmann“, Blockenthusiast, der sich mit
Verheißung der Wilowschen Kladderform zufrieden geben
wollte. Dann kam der Umschwung. Wie die „Voss. Ztg.“
feststellt, infolge einer „lebhafte Fehde“ Naumanns mit dem
„Vorwärts“. Naumann gab die Losung aus: Ohne das
Reichstagswahlrecht für Preußen keine fernere Blockpolitik!
Im Herbst müssen die Wahlrechtsfansaren zum Volkssturm
ertönen!

Als dann aber die „alten Weiber“ und „subalternen
Geistes“ des Freisinn den „nationalsozialen Eiferer“ ab-
kanzeln, trat Herr Naumann schleunigst wieder den Rück-
zug an!

Und statt den reuligen Sünder mit offenen Armen auf-
zunehmen, hält die „Voss. Ztg.“ ihm in einem langen
Artikel erbarmungslos all seine protesten Kladderform vor!

Das freisinnige Blatt stellt dem Naumann vom 14. Juli
den Naumann vom 31. Juli gegenüber — dem diplomatischen
Blockenthusiasten und Wahlrechtsmaler den rabiaten Wahl-
rechtsführer, der dann wieder so jämmerlich zusammen-
knippte! Fast scheint es, als ob das Blatt Herrn Naumann
in seiner eigenen Partei unmöglich machen wollte! Herr
Naumann kann jetzt wieder über die schlechten polemischen
Sitten der — sozialdemokratischen Presse klagen!

Zum Schluß stellt die „Voss. Ztg.“ fest:
„Sucht man das Fazit der Erörterungen über die Formel
„alles oder nichts“, die von der Sozialdemokratie mit
Eifer verfochten wird, so wird man kaum schlagender, wenn man zu
dem Schluß kommt, daß sie von der weit überwiegenden
Mehrheit der bürgerlichen Linien abgelehnt
wird, und daß die Fraktionen, unbeschadet ihres prinzipiellen
Standpunktes, sich die Prüfung jeder Vorlage und auch deren
Annahme für den Fall vorbehalten, daß sie einen wesentlichen Fort-
schritt, eine Etappe auf dem Wege zum allgemeinen, gleichen,
geheimen und direkten Wahlrecht bedeutet.“

Damit erledigt sich zugleich die Frage, ob die bürgerliche
Linie, wenn nicht klipp und klar das Reichswahl-
recht auf Preußen übertragen wird, aus dem
„Block“ auszuscheiden habe, wie es der Sozialdemo-
kratie und dem Zentrum gerade recht wäre.“

Der Freisinn will also ein neues Klassenwahlrecht abge-
feuern, um den „Block“ zu retten! Und er will diesen
Wahlrechtsverrat damit beschönigen, daß eine solche
Scheitelform ja immerhin eine „Etappe auf dem Wege
zum Reichstagswahlrecht“ sei.

Diese verlogene Ausrede wird von dem freisinnigen
Abgeordneten Träger im „Hamb. Fremdenblatt“
folgendermaßen charakterisiert:

„Unter diesen Umständen sollen nach der Meinung jener Ver-
drängten die Nationalliberalen die Forderung jetzt aufgeben, weil sie

bis auf weiteres nicht durchzuführen sei. Ja, dann könnten
sie gleich ihr ganzes Programm umarbeiten, bei
dessen Aufstellung sie vollkommen überzeugt waren, daß
jene Verwirklichung schwere Kämpfe kosten werde. Und
bei dem Schwergewicht, mit dem Preußen auf das
Reich drückt, ist gerade diese Forderung die wichtigste. Der
Satz: Alles oder nichts, mag nicht liberal gerechtfertigt
sein, gerade hier aber beansprucht er volle Geltung.
Eine teilweise Milderung, wenn auch zum Besseren, wäre gefahr-
licher als der gegenwärtige Zustand. Es würde der nach einer
vorläufigen Bescheidung unaussprechliche Stillstand
eintreten und für den Fall des Wiederauftauchens der alten
Forderung Lage und Aussicht erschwert und ver-
schlimmert sein. Sie wird aber immer von neuem wieder
erhoben werden, so lange im Reiche das Wahlrecht nicht geändert
ist. Und jetzt soll sie fallen, sang- und klanglos, freiwillig,
ohne Kampf und Versuch, nur um jenen noch
etwas mythischen Block nicht in Verlegenheit und
Gefahr zu bringen. Wenn dies der erste Erfolg der
Liberalismus wirklich sich nicht dazu begläu-
wünschen. Freilich werden hier und da Stimmen laut,
die schon als einen Erfolg preisen, daß der Herr Reichskanzler über-
haupt an eine Reform des preussischen Wahlrechts denkt; es gibt
bescheidene Leute! Auch gibt es außer den fünfzigsten
Diplomaten noch freiwillige, die nie abgeneigt sind, den Spuren
der Bedächtigen zu folgen. Dazu gehört das Volk im großen
und ganzen nicht, das Offenheit und Geradheit vor-
zieht und wissen will, woran es sich zu halten hat. Auch dem
im Kampfe Besiegten vermag es Achtung und Vertrauen nicht,
während der vor dem Kampfe Zurückweichende nicht gleich
verständnisvoller Teilnahme begegnet.“

Ein RIB im badischen Block.

Aus Baden wird uns geschrieben:

Der Landtagswahlkreis Lörrach-Land ist für den Liberalen
Block des „Rustertandes“ schon lange eine gefährliche Klippe. Der
Freisinn weiß dort noch eine beträchtliche Stärke auf, nachdem
er noch vor wenigen Jahren das Landtagsmandat im Besitz gehabt
hatte, und so wurde es für die vereinigten Liberalen schon bei den
letzten Landtagswahlen im Oktober 1903 recht schwer, bei der Aus-
wahl des Kandidaten sich auf einen Angehörigen der national-
liberalen Partei zu einigen, die dort immerhin noch die stärkste ist.
Ein unglücklicher Zufall wollte es, daß dieser Erwählte des Blocks,
noch ehe die Kammer zusammentrat, plötzlich starb, und nun begann
der Kampf um die Kandidatur bei den beiden Blockparteien
auf neue. Auch diesmal heimgingen die Nationalliberalen die
Kandidatur und damit das Mandat ein, wiederum aber, um sich
nur kurze Zeit desselben zu erfreuen. Der neue Abgeordnete,
Landgerichtsrat Obkircher-Mannheim, wurde im Sommer d. J.
zum Direktor befördert und muß sich deshalb jetzt einer Neuwahl
unterziehen.

Nun gerieten die Herren vom Freisinn und dem National-
liberalismus abermals ganz gründlich hintereinander. Die letzteren
beharrten mit aller Energie auf die Wiederaufstellung Obkirchers,
der seit der Berufung von Dr. Wildens-Heidelberg ins Kammer-
präsidium als anerkannter Fraktionsführer galt und im Kampf
gegen das Zentrum nicht zu entbehren war; der Freisinn anderer-
seits wollte nun endlich wieder einmal einen der Seinigen unter-
bringen und hatte für den Posten seit langem schon den vor-
zwei Jahren in Lörrach-Stadt durchgefallenen ehemaligen
Abgeordneten Rechtsanwält Vortisch in petto. Erst wurde der
Kampf lange Wochen im stillen ausgetragen, bis vor etwa 8 Tagen
unser Mannheimer „Vollstimme“ dem Versteckenspiel dadurch ein
Ende machte, daß sie auf Grund besserer Informationen mitteilte,
Herr Obkircher habe, gekränkt durch die freisinnigen Gegentreiber,
resigniert auf das Mandat von Lörrach-Land verzichtet geleistet
und das Offert seines in Heidelberg-Stadt gewählten Parteifreundes
Professor Mohrhurst akzeptiert, sein Nachfolger im Mandat zu
werden, da er sich aus Gesundheits- und Berufsrücksichten seit langem
mit Rücktrittgedanken trage. Anfänglich versuchte die national-
liberale Presse diese Mitteilung mit allen Mitteln der Verdrehungs-
und Vertuschungskunst zu dementieren, bis jetzt durch eine freisinnig-
offizielle Kundgebung plötzlich der Vorhang von dem Wilde des li-
beralen Vnderzwistes gezogen und damit alle Angaben unseres Partei-
blattes als richtig anerkannt wurden.

Man erfährt jetzt, daß am letzten Sonntag im Lörracher Land-
kreise eine freisinnige Vertrauensmännerkonferenz
stattfand, in der über den bisherigen Vertreter des Kreises, den
geliebten Blockbruder Obkircher in ganz maßloser Weise losgezogen
wurde. Man nannte ihn einen dem Freisinn „aufgetriebenen
Beamtenabgeordneten“, der die Interessen des Kreises aufs
schlimmste vernachlässigt habe, und verlangte seine Ersetzung durch
einen Angehörigen der eigenen Partei. Ja, man ging sogar so
weit, ein Komitee mit der Ermächtigung zu Verhandlungen
mit anderen Parteien zu betrauen, um, wenn irgend mög-
lich, eine Mehrheit gegen die nationalliberalen Blockfreunde
zusammenzubringen. Und dies im selben Augenblick, wo auch in
Baden die nationalliberale Presse mit vollen Waden die Einigkeit
des liberalen Blocks im Kampfe gegen die Sozialdemokratie
ausposaunt und dem Freisinn insbesondere jede Gemeinschaft
mit letzterer im preussischen Wahlrechtskampfe zu verleiden sucht. Die
nationalliberale Presse wehrt deshalb auch nicht übel über den
„freisinnigen Verrat“ mitten im tiefsten Blockfrieden und kündigt
bereits Repressalien gegen den „Verräter“ an.

Das Vorkommnis ist für die weitere Entwicklung des Block-
gedankens in Baden nicht ohne Bedeutung. Die Demokraten
werden sich wohl oder übel ihrer ehemaligen Bundesfreunde aus der
Zeit des gemeinsamen Kampfes gegen den alleinherrschenden
Nationalliberalismus annehmen müssen, und so droht dem badischen
Blockschiff an der Lörracher Klippe in der Tat schwere Gavarie. Der
Ausgang der Wahl, die Mitte Oktober stattfinden soll, ist bei diesem
Stand der Dinge noch höchst ungewiß. Rund 1600 nationalliberalen
Stimmen fanden in den zum Bezirk zählenden Orten bei der
letzten Reichstagswahl etwa 850 freisinnige, 950 sozialistische
und 480 Kerfale gegenüber; es läßt sich gegen die
Nationalliberalen also sehr wohl eine Mehrheit bilden. Daß das
Zentrum mit Wonne bei der Hand ist, dem „Kulturkämpfer“
Obkircher den Todesstoß zu versetzen, indem es sich gegen ihn auf
die freisinnige Seite schlägt, braucht nicht erst besonders betont zu
werden. Die Entscheidung liegt also bei der Sozialdemo-
kratie, die bei dieser Gelegenheit wieder einmal die Mittel in
der Hand hat, um den seit den letzten Reichstagswahlen mächtig
geschwundenen Stamm der Herren von Wassermann etwas zurückzu-
schneiden. Bei einer taktisch geschickten und energisch geleiteten
Wahlarbeit ist es sogar nicht ausgeschlossen, daß unsere Partei mit
einem direkten Erfolg aus dem Wahlkampf heimkehrt.

Ein zweites Breslau.

Inmitten der internationalen Industriebevölkerung am Nieder-
rhein spielte sich am Dienstagabend ein Vorfälle ab, der lebhaft an
die bekannte Handhaberkaffäre in Breslau erinnert. Bekanntlich
besteht im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ein beständiges
Gehen und Kommen unter der Arbeiterschaft, eine Art Völker-
wanderung im Kleinen. Zum 1. September waren aus der Ge-
meinde Hammorn allein rund 1200 Abmeldungen zu verzeichnen.
Etwa 400 davon entfielen auf Bergarbeiter, die bisher auf der
Zeche „Neumühl“ beschäftigt waren. Diese Leute waren
durch einen Agenten Köhnen für die Zeche „Gelsen“ bei
Dückerleben angeworben, ein anderer Teil wollte nach west-
fälischen Zechen. So bot der Bahnhof Neumühl am Dienstag
nachmittag ein gar buntes Bild, das richtige Auswanderer-
bureau. Ein von dem genannten Agenten bestellter Extrazug sollte
die Bergleute mit ihren Familien aufnehmen und nach Sachsen
bringen. Da es aber dem Agenten an den nötigen
Moneten fehlte, um den Zug zu bezahlen, so machte
sich nach dem stundenlangen Umherliegen um den Bahnhof herum
allmählich eine ärgerliche Stimmung bemerkbar, die noch dadurch
erhöht wurde, daß sich das Gerücht verbreitete, das Geld für den
Zug sei längst eingetroffen, die Ausständigen werde aber zurück-
gehalten, um die Leute an der Abreise zu hindern!! Wie das
Gerücht unter der Masse entzündet, sei dahingestellt, jedenfalls
waren viele von der Richtigkeit des Gerüchts überzeugt. Und da
nun Geistliche, Polizeikommissar, Bürgermeister und Zechebeamte die
Leute durch allerlei gütliche Zureden zu bewegen suchten, zu bleiben,
so war es eigentlich nur natürlich, daß man das Gegenteil erreichte.
Die Arbeiter wurden zum Teil unruhig und allerlei gereizte Be-
merkungen schwirren durch die Luft, zudem hatte ein Teil der Ar-
beiter seine Sachen bereits verladen, andere waren dabei, kurzum:
ein Auswandererbild. Nachdem man nun auf gegnerischer Seite ein-
sah, daß die Leute sich absolut nicht halten lassen wollten, trat das
ein, was bei preussisch-deutscher Schneidigkeit in solchen Situationen
fast regelmäßig eintritt, die Polizei ging vor. Zwar
waren die Leute genügend aufgefordert „aneinander“ zu gehen!
Auch erbot sich der Bürgermeister, für Unterkommen zu sorgen, wenn
sie bleiben würden, doch wer hörte denn in der inzwischen erregt ge-
wordenen Volksmenge noch auf solche Aufforderungen. Plötzlich
flogen von etwa zwanzig kräftigen Polizeikräften die Säbel
aus der Scheide, und nun ging es blindlings auf
die wehrlose Menge los! Im Nu erfüllte die Luft ein
einziges großes Jammergeschrei. In einer benachbarten Wirtschaft
meinten erwachene unparteiische Zuschauer der Szene vor ohnmächtiger
Wut über das Vorgehen der Polizisten. Ein vollständig unbeteiligter
Fuhrmann, der auf dem Bahnhof zu tun hatte, wurde von
einem halben Duzend Säbeln so lange bearbeitet,
bis er am Boden lag. Die zur Abwehr der Säbelstiche hoch-
gehobene Hand wurde zwar nicht direkt abgehakt, wie
in Breslau, wohl aber gespalten! In alle Winde stoben die
Attakierten, an Gegenwehr war kein Gedanke. Wieviele heute mit
zerstörten Gliedern daniederliegen, ist noch nicht bekannt, doch
dürfte ihre Zahl erheblich sein.

Es verdient aufs schärfste kritisiert zu werden, daß in
Gegenwart des Bürgermeisters ein solcher Befehl zum
Draufhauen gegeben werden konnte. Hat man denn gar keine
Kenntnis der Volksseele? Weshalb überließ man die Leute nicht
ihren eigenen Entschickungen, ob sie bleiben oder fahren
wollten? Hatten sie Stundenlang vergeblich auf die Abfahrt ge-
wartet, so konnte man sie auch noch länger am Platze
lassen!

Der Vorgang bildet ein neues Blatt in der Ge-
schichte preussischer Polizei-Attaden auf wehr-
lose Bürger.

Marokko.

In der Pariser Presse macht sich eine gelinde Aufregung
über den Verlauf des letzten Gefechts vor Casablanca be-
merklich; der Ministerpräsident Clemenceau hat persönlich die
Vertreter der Blätter zu beruhigen gesucht und besonders die
Behauptung einiger Korrespondenten bestritten, daß die
Angriffe der Marokkaner beinahe das französische Lager
gefährdet hätten. Jedenfalls geht aus den ver-
schiedenen Darstellungen hervor, daß die Marokkaner
mit großer Verbe angegriffen und die französische Abteilung
vom Lager abgeschnitten hätten, wenn nicht die Artillerie
die Angreifer schließlich auseinander gesprengt hätte.

In der „Humanité“ fordert Genosse Jaurès die
sofortige Einberufung der Kamern. Die
Diktatur einer Ministergruppe, die Entscheidungen von
großer Tragweite treffen, müsse aufhören, das Parlament müsse
sprechen. Seine Forderung ist, alle Signatarmächte
aufzufordern, durch eine gemeinsame Aktion
und unter gemeinsamer Verantwortung Leben und Besitz ihrer
Landesangehörigen zu sichern.

Die Meldungen des heutigen Tages sind die folgenden:
Paris, 6. September. Ein Telegramm des Generals
Drude an den Kriegsminister meldet, daß gestern bei Casablanca
zwei Gefechte stattgefunden haben. Der General, der um fünf
Uhr morgens das Lager mit 200 Mann Infanterie, Kavallerie und
Artillerie zum Zwecke einer Reconnoissance verlassen hatte, ließ
bei Sidi Alumen auf 600 Marokkaner, die er in die Flucht trieb.
Auf dem Rückmarsch zum Lager wurden die Truppen in der
Nähe des Lagers von einer neuen Mahalla angegriffen. Der
General traf um 2 Uhr wieder im Lager ein. Die französischen
Verluste betragen 8 Mann tot, 17 verwundet.

Paris, 6. September. „Petit Parisien“ berichtet aus Casa-
blanca, daß die Küstenschutzabteilung vorgestern abend, als sie
nach Casablanca zurückkehrte, gegen die wiederholten Angriffe der
Marokkaner Karrees bildete und sie so abwehrte.

Paris, 6. September. „Matin“ erfährt aus Casablanca,
daß das vorgestrige Gefecht eine Ausdehnung von 10 Kilometern ge-
habt habe. Die Marokkaner seien so erbittert gewesen, daß sich
mehrere ihrer Reiter in die Rajonette der Legionäre stürzten.

Paris, 6. September. Der Kampf vom 5. September ist viel
gefährlicher gewesen, als es selbst nach dem Telegramm des
Admirals Philibert, dessen lafonische Kürze auch in Paris auf-
gefallen ist, anzunehmen war. Wenn auch die Nachricht, daß die
Marokkaner beinahe das französische Lager angegriffen hätten, von
Clemenceau aufs entschiedenste bestritten wird, so steht doch fest, daß
die sehr gut geleiteten Marokkaner, nachdem sie durch die
Reconnoissancekolonne zurückgeschlagen waren, eine Umgehung
der französischen Truppe gelych: ausfuhren und die Soldaten beim
Rückmarsch vom Lager abguschnitten versuchten. („Verl. Tgbl.“)

Paris, 6. September. „Petit Parisien“ und „Gaulois“
glauben zu wissen, daß Clemenceau und Vicaire sich gestern mit
dem Gedanken beschäftigten, neue Verstärkungen abzusenden, aller-
dings habe General Drude bis jetzt keine frischen Truppen an-
gefordert.

Paris, 4. September. In einem von der „Agence Havas“ ver-
breiteten Interview über die Lage in Marokko bestätigte
Clemenceau zunächst die schon bekannten Tatsachen und fuhr
dann fort: General Drude hat getan, was wir von ihm ver-
langten. Wir sollten ihn zu dem gestrigen Tag beglückwünschen, da

er ihm erlaubte, eine der mächtigsten Mahallas in der Um-
gebung von Casablanca zu zerstören. Clemenceau erklärte es
für unwahr, daß die Marokkaner sich dem Lager bis auf
500 Meter genähert und es beinahe angegriffen hätten. Die Artillerie
würde sie in diesem Falle vernichtet haben. General Druce ver-
fügte über 7000 Mann, einschließlich 500 Spanier, die an den letzten
Kämpfen nicht teilgenommen haben. Diese Zahl genüge nach
Druces Erklärung, dem man mehr geschickt habe, als er verlangte.
Zum Schluß erklärte Clemenceau, es sei durchaus nicht wahr, daß
General Druce eine Schlappe erlitten habe.

Paris, 5. September. Der „Temps“ veröffentlicht die Antwort
des marokkanischen Kriegsministers Gebbas auf eine Anfrage des
französischen Geschäftsträgers bezüglich der Gefahr, daß die fran-
zösischen und spanischen Polizeieinheiten von den marokkanischen
Soldaten ermordet werden könnten. Gebbas hat zunächst
mündlich und dann durch Brief vom 28. August erklärt,
er könne nicht garantieren, daß die Instruktionen keine Gefahr liefen.
Eine solche Verantwortung könne er nicht übernehmen; das einzige,
was er tun könne, sei, nur solche Leute zu rekrutieren, von denen man
als wahrscheinlich annehmen könne, daß sie treu sein würden.
Darüber hinaus könne er nichts garantieren. Er hoffe, daß kein
Soldat irgend etwas Strafbares begehen werde. Infolgedessen
hätten, meldet das genannte Blatt weiter, die Vorgesetzten Frankreichs
und Spaniens die verschiedenen Mächte mündlich benachrichtigt,
daß man wahrscheinlich gezwungen sein würde, den Instruktionen
Soldaten zuzustellen, von denen nicht zu befürchten sei, daß sie die
Instruktionen ermordet würden, d. h. also nicht marokkanische
Mannschaften. Diese Mitteilung sei überall gut aufgenommen
worden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. September 1907.

450 Millionen Marinebudget.

Die Panzerplattenpatrioten sind froher Hoffnungen voll.
Der Marinewettlauf von Zentrum und Freisinn ist Wasser
auf ihre Mühle. Freilich genügen ihnen die vierzig
Millionen, die Herr Spahn für die Marine mehr zu
bewilligen versprochen, noch lange nicht. Nur Lumpen sind ja
bescheiden und vierzig Millionen sind für die Panzerplatten-
und Kanonenfabrikanten nur ein Trümpel. Deshalb weist
die „Rhein.-Westf. Ztg.“, das Organ der Panzerplatten-
und Kanonenindustriellen, nach, daß der Bau von noch viel
mehr neuen Riesenpanzern schleunigst in Angriff ge-
nommen werden müsse. „Weg mit dem alten und
unbrauchbar gewordenen Gerümpel und dafür
möglichst vollwertigen modernen Ersatz geschafft!“ animiert
das Organ der Kruben- und Hüttenbarone. Und dann schreibt
es in Sperrdruck:

„Der Wert des deutschen Seehandels von 1906 kann
auf neun Milliarden Mark und geschätzt werden. Fünf
Prozent davon sind 450 Millionen Marinebudget, und dabei
könnte man dem Verständnis nicht einmal einreden, daß fünf
Prozent Versicherung gewaltig hoch sei.“

Freilich nennt das Blatt diesen Wunsch selbst einen
„schönen Traum“. Nun, es ist zwar kein schöner Traum,
sondern der Fiebertraum eines marinistischen Tob-
schüchters, aber dieser Fiebertraum zeigt doch klar die
Wünsche und Ziele unserer Panzerplattenpatrioten, deren
unheilvoller Einfluß in dem Maße wächst, als Freisinn und
Zentrum mit dem Flottenverein in Konkurrenz treten! —

Zentrum und Wahlrecht.

Man weiß, daß im Zentrum sehr weit auseinandergehende
Interessengruppen vereinigt sind. Es gab bisher kaum eine
Frage wirtschaftlicher oder politischer Art, der das Zentrum von
vornherein einmütig gegenüber zu treten vermochte; die mancherlei
Interessengruppen, aus denen die Partei besteht, gaben ebenso viel
verschiedene Meinungen ab, und die Kunst der Zentrumsführer hat
sich von jeher vielleicht mehr nach innen, im Zusammenhalten der
Partei, als nach außen, der Regierung und dem Parlament gegen-
über, betätigen müssen. Auch die Zentrumspresse, die in ihren
einzelnen Organen für wirtschaftlich und sozial abgegrenzte Inter-
essengruppen erscheint, besand sich neu auftauchenden Fragen gegen-
über bisher immer noch in weiten Abständen voneinander. Das
großstädtische Zentrumblatt nimmt eine andere Stellung ein als
die kleinstädtische Volkspresse, die ultramontane Zeitung im
Industriegebiet eine andere als das katholische Bauernblatt. Umso
auffälliger ist die Einmütigkeit der gesamten Zentrumspresse,
ob groß oder klein, ob städtisch oder ländlich, ob führend oder ge-
führt, in der preussischen Wahlrechtsfrage. Allerdings ist diese
Einmütigkeit felsamer Art. Kein Ja und kein Nein, kein Für
und kein Wider, kein Entweder und kein Oder. Es ist die Ein-
mütigkeit des Schweigens. Herr Spahn plaudert in seiner Rhein-
bacher Rede die Geheimnisse des Marineamts aus, aber er sagt
nichts darüber, was das Zentrum in der Wahlrechtsfrage zu tun
gedenkt. Die Zentrumspresse beschäftigt sich in endlosen Artikeln
mit der Haltung des Blochs und der Sozialdemokratie in der
Wahlrechtsfrage, aber über die eigene Partei sagen sie nichts.
Schweigend weisen sie auf den vom Zentrum im Abgeordnetenhaus
eingebachten Antrag hin, als ob mit diesem Antrag etwas bewiesen,
etwas getan sei; oder sie begnügen sich mit unerbittlichen An-
kündigungen, wie die Dortmunder „Tremontia“: „Das Zentrum wird
sich nicht betreten lassen, seine alte Forderung immer wieder zu be-
tonen“, oder wie das „Wuppertaler Volksblatt“: „Wenn die Zeit
gekommen ist, dem preussischen Wahlrecht das Rückgrat zu brechen,
dann wird das preussische Volk sich auf das Zentrum verlassen
können“ — Redensarten, die nicht gehalten und nicht gestochen sind.

Oftener liegt System in der Sache, wenn die Zentrumspresse,
die sonst schon das passende Wort für die Meinungen und Wünsche
der von ihr vertretenen Kreise zu finden weiß, gerade in dieser
Frage sich einer so ungewöhnlichen Zurückhaltung befleißigt. Die
Zentrumspresse ist im Augustinerverein gut organisiert, und die
Parteileitung hat es leicht, auf sie einzuwirken, zumal in einer
Frage, bei der keine materiellen Interessen der Beteiligten, sondern
„a u r“ die Rechte der breiten Masse auf dem Spiele stehen.

Eine neue Intrige gegen Wilso?

Die „Tägl. Adf.“, die die einzige Zeitung sein soll, die
Wilhelm II. ungeschont serviert wird, hat sich ein unvorsichtiges
Vob oder — eine arglistige Diskreditierung Wilso's geleistet.
Der Kaiser wird von ihr gelobt, daß er in der letzten Zeit in
seinen Reden andere Töne angeschlagen habe als früher:

„So viel die impulsive Metodik und die ungenügend vor-
bereitete politische Tätigkeit des Kaisers besonders in der Zeit, da
ihm fast Wilso noch nicht zur Seite stand, die Kritik herausforderte — es muß heute offen eingeräumt werden,
daß die publizistischen Reden dieses Kaisers über das Ziel hinaus-
schossen und die Persönlichkeit Wilso's zum Teil auch heute
noch an Gesichtspunkten heraus betrachtet, denen früher größere
Verachtung imwoohnen mochte.“

Freisinnige Blätter wittern hinter dieser Kennerung neue Mänke
gegen Wilso. Wisse man doch, daß Wilhelm II. im Punkte seiner
Selbstständigkeit sehr empfindlich sei, so daß ihm ein Ratgeber un-
geeignet erscheinen dürfte, dem der Charakter „väterlicher Dankschaft“
beigelegt werde.

Armer Wilso und — armer Freisinn! Seit der Blochpaarung
muß er nicht nur ängstlich darüber wachen, daß ein freisinniges
Blatt seinem hohen Gürtel Schwierigkeiten bereitet, sondern sich
auch darüber sorgen, ob nicht irgend eine bössliche Kamarilla dem
„agrarischen Kanzler“ durch heuchlerische Komplimente ein Bein
stellt! Denn sobald Wilso über ein solches Kompliment stolperte,
würde mit ihm ja auch die glorreiche Blochherrlichkeit in die Grube
purzelt! —

Lehrer und Geldsakliberalismus.

Eine reizende Schilderung des Verhältnisses der liberalen
Dourgeois zu den Lehrern gibt die „Kreuz-Ztg.“:

„Als politische Parteilichkeit kann man die Lehrer ja
sehr gut gebrauchen, ja, man ist der Meinung, ohne diese
„pädagogischen Schlepper“ — so nannte sie ein
liberaler Herr gelegentlich der letzten Reichstagswahlen in
vertrautem Kreise — ginge es überhaupt nicht mehr. Man ver-
spricht den Lehrern tonend Forderungen, lobt ihre Bescheidenheit
und bezeichnet es als eine Schande der Kultur, daß der Lehrer
nicht längst schon die gesellschaftliche Stellung der
akademischen Kreise einnimmt. Gesellschaftliche Stellung!
Man weiß nur zu gut, wie sehr empfänglich der Lehrer ge-
rade für solche Zusicherungen ist, und deshalb zeigt man
ihm seine gesellschaftliche Zukunft in allen
schillernden Farben des Spektrums. Aber sonderlich
die Kreise der Großindustrie, die an der Umschmelze-
lung das Menschennögliche leisten, lehren dem Lehrer
kaltblütig den Rücken, sobald er seine
Schuldigkeit getan hat. Wie wundert immer nur,
daß die Lehrerschaft diese Miachtung ihres Standes und ihrer
Person so gar nicht merken will. Wie mancher Lehrer, der
sich, durch Umschmelzungen sicher gemacht, später zur Auf-
nahme in ein Kasino, eine Erholung, eine Sozietät,
oder wie die Vereinigungen akademischen, industriellen und kauf-
männischen Charakters sonst noch heißen mögen, anmelden wollte
und zunächst als Gast erschien, mußte aus der gesell-
schaftlichen Behandlung erfahren, daß man weit
entfernt sei, ihn für voll gelten zu lassen. Nicht
selten läßt man sogar durchblicken, der Lehrer möge sich nicht
zur Ballotage stellen, da er Gefahr laufe, durch-
zufallen und sich so in gesellschaftlicher Be-
ziehung unsterblich zu blamieren.“

Die Schilderung beruht sicherlich auf genauer Kenntnis der
Verhältnisse!

Die Konservativen gaulen allerdings den Lehrern solche „ge-
sellschaftlichen“ Utopien nicht vor — man denke nur an Tra-
keln, wo der Schulpatron, der Gefühlsgehaltige, einen Lehrer
auf dem Leiterwagen zur Visite bei einem Vorgesetzten fahren
ließ. Sie schwärmen für den „Schulmeister“ der guten alten Zeit
und der jenseitigen Gegenwart, in dessen „Schule“, wie die „Kreuz-
Ztg.“ das auch heute in ihrem Artikel als Ideal verherrlicht,
„gebetet, gelesen, geschrieben, gerechnet und
gesungen“ wurde. —

Ein neuer Kolonialkonflikt.

Die „Rhein.-Westf. Ztg.“ versucht die deutsche Regierung
in eine neuen imperialistischen Konflikt hineinzuhängen. Die kleine
Republik Liberia, die 1 1/2 Millionen Einwohner
zählt, hat England gebeten, sie unter englisches Protektorat zu
stellen. Dazu bemerkt die „Rhein.-Westf. Ztg.“:

„Was wird unsere Diplomatie dagegen
tun? Stellt sie sich, wie so oft, auf den unerschütterlichen formalen
Standpunkt, daß ein freies Land wie Liberia seine Freiheit nach
Belieben veräußern könne? Glaubt sie das Ammenmärchen, daß
der braune Präsident des Landes aus eigenem Antriebe, ohne
liebevoll deutsche Hilfe Englands, seine Händlereise an-
getreten hat? Wenn dieser Händling nach seiner Rückkehr die
paar tausend Pfund, die er von Englands Gnade erschaffen
wird, im Kreise seiner halbwillkürlichen Untertanen vertrinkt,
dann vertritt er damit zugleich eine deutsche Zukunftshoffnung.
Noch scheint es Zeit für uns, ein Veto einzulegen, wenigstens
einen Teil der Beute für uns zu verlangen. Oder sollte das
milde Lächeln des englischen Onkels in Wilhelmshöhe
auch um den Preis unserer Anwartschaft auf Liberia erkaufte sein?“

„Unsere Anwartschaft auf Liberia“ ist sehr
deutlich! Welches Recht hat denn Deutschland darauf, die
Republik Liberia seinem „Schutzgebiet“ einzuverleiben?

Es ist aber bezeichnend, daß unsere „Weltpolitiker“ schon wieder
nach neuem Konfliktstoff suchen, trotzdem kaum die marokkanische
Affäre in ein ruhigeres Stadium eingetreten ist!

Freilich: je mehr internationaler Jähndstöß, desto üppiger
blüht der Weizen der Panzerplattenpatrioten. Liberia mit seinem
belanglosen Handel, der zudem durch Englands Protektorat nicht
einmal bedroht ist, ist den Leuten ja auch hehba. Die Haupt-
sache ist ihnen die Schürung der weltpolitischen Rivalität, die dann
immer neue Flottenvorlagen gebiert!

Ungarn.

Vom Stuhlweissenburger Generalkrieg wird der Wiener
„Arbeiterzeitung“ vom 2. September gemeldet:

Die Behörden von Stuhlweissenburg schmelzen in Triumph-
gefühlen, weil es ihnen gelungen ist, den Generalkrieg der fast
durchwegs kleingewerblichen Arbeiter mit Hilfe von Militär und
Gendarmen niederzubrechen. Noch immer oder vielmehr jetzt erst
erzittert in dieser Stadt ein wahrer Belagerungszustand.
Polizisten streifen durch die Gassen; wo nur drei Menschen bei-
sammen stehen, werden sie als verdorbene Zusammenrottung aus-
einandergejagt. In ihrem Stützpunkt leisten sich die beamteten
Behörden das Vergnügen, an den verhafteten Arbeitern ihr
Nützlich zu fühlen. So fällt der Vizestadthauptmann Simon im
Stadthaus über die „eingelieferten“ Arbeiter mit einem Ohren-
schmerz her! Dieser feige Ueberfall auf Wehlose sollte dem
Strolche in einem Falle abel bekommen. Als Genosse Karl Klein,
Mitglied der lokalen Parteileitung, in das Stadthaus eskortiert
worden war und wahrnahm, wie der Vizestadthauptmann zum
Schlago gegen ihn ausholte, verfehlte er ihm zwei wuchtige
Ohrfeigen. Freilich wurde ihm diese Abwehr von dem Polizei-
behörden leider rüchsig beimgezählt, aber der große feige Vizestadthauptmann
ist jetzt Gegenstand des Stadtgesprächs: man unterhält
sich mit der Frage, ob er, da er Reserveoffizier ist, die zwei Ohr-
feigen dem Offiziersehrenamt anmelden wird.

Ein würdiger Seitenstück zu dem Polizeibeamten, der, von
seinen Mitteln umgeben, in feiger Niedertracht wehlose, unbe-
scholtene Männer mißhandelt, ist der Bürgermeister Havranek.
Dieses würdige Stadtoberhaupt konnte sich nicht versagen, „seinen
Sieg“ über die Arbeiter recht kommandantenhafte aufzupuhlen. Am
Sonntag, als die verhafteten Genossen zur Staatsanwaltschaft
übergeführt wurden, geschah dies folgenderweise: Voran schritt
durch die Straßen der Bürgermeister, ihm zur Seite ein Amts-
diener; dann folgten, von acht Gendarmen umzingelt, die „Ver-
brecher“, sechs städtische Polizisten bildeten das Ende des Zuges.
Der albern marktschreierische „Triumphzug“ erregte selbst bei der
Bürgererschaft Anstoß.

Dieses ungarische Kulturbild wird harmonisch ergänzt durch
das schmutzige Verhalten der Justizbehörden in Stuhlweissenburg.
Die ins Gefängnis der dortigen Staatsanwaltschaft eingelieferten
Streikenden wurden in Sträflingskleider gesteckt und ihnen dann,
wie Verbrechern, das Kopfhaar geschoren! Welch unge-
heuerliche Inzornie, Untersuchungsgefängnisse, die, falls ein Schuld-
spruch gegen sie gefällt, verdammtlich nur zu Staatsgefängnis
verurteilt werden, so zu behandeln! — Wie abends aus Stuhl-
weissenburg telegraphiert wird, sind dort heute wieder 11 Arbeiter
wegen des Generalkriegs verhaftet worden.

Aus Nagybanya wird heute telegraphiert: Hier sind die
Schlosser, Zimmerer, Maurer, Tischler, Schneider, Schuhmacher,
sowie die Bergarbeiter im benachbarten Bezirke in den Streik
getreten. Stadthauptmann Smarekha hat zur Aufrechterhaltung
der Ordnung energische Maßregeln (!) getroffen und die Dele-
gierten der Zentrale (aus Budapest?) verhaftet. Die Behörden
haben um Entsendung von Gendarmen und Militär angefleht.
Die energischen Maßregeln haben einstweilen bewirkt, daß sich auch
die Bergarbeiter von Kerezhogh, Kapnikbanya und Pelsobanya
dem Streik anschließen werden.

Gendarmen, Militär und „energische Maßregeln“ gegen
Streiks — das ist der allerneueste Kurs unter dem feudal-heral-
dalen Koalitionsregime.

England.

Manöververlegen.

London, 5. September. „Daily News“ zufolge sind im Manöver
in Wiltshire die Trainsolonen für die rote Partei in der Nacht
vom Dienstag zum wiederholten Male zusammengebrochen, so daß
die Operationen bis zum Mittwoch mittag ausgesetzt werden
mühten! Das Blatt sagt dazu, das Mißgeschick der letzten beiden
Tage müsse die schärfste Aufmerksamkeit auf die Tat-
sache richten, daß die dritte und vierte Division der Armee aus
Mangel an einer ausreichenden Organisation des Trains bewegungs-
unfähig seien. — „Morning Post“ äußert das Bedenken, was für
eine furchtbare Unordnung im Ernstfall bei einer feindlichen
Invasion zu erwarten sein werde, wenn sich solche Dinge schon bei
den Friedensmanövern, wo nur 20 000 Mann im Felde stehen,
ereignen. —

Irland.

Homele.

Dublin, 4. September. Unter dem Vorsitz des Lordmajors fand
hier heute eine Kundgebung für Homele statt. Der Vorsitzende
Redmond sagte in einer Rede, keine Reformen würden Irland be-
friedigen, bis es nicht irische Geleste und eigene irische Gesetz-
gebung habe. Der größere Teil des irischen Volkes sei gegenwärtig der
britischen Herrschaft gänzlich abgeneigt und nicht loyal gesinnt.
Redmond empfahl schließlich dringend eine energische Agitation in
Irland. —

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

23. Sitzung vom Donnerstag, den 5. September 1907,
nachmittags 5 Uhr.

Mit der heutigen Sitzung tritt die Versammlung nach Ablauf
der zweimonatigen Sommerferienpause wieder in ihre regelmäßige
Tätigkeit ein. Auf der Tagesordnung stehen nicht weniger als
97 Nummern.

Vorsitzer Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung nach
6 1/2 Uhr mit einem von der Versammlung mit lebhaftem Beifall
ausgenommenen Willkommensgruß zur Wiederkehr zur gemein-
samen Arbeit für das Wohl der Stadt.

Die Beratung über die Wertzuwachssteuervorlage wird auf die
letzte Septembersitzung vertagt.

Der Magistrat beantragt, eine der Stadthauptkasse gegen den
Gasarbeiter Tanton zustehende Restforderung von
78 M. für Erstattung von 112 M. verursachten Fracht-
mehrlosten niederzuschlagen.

Stadtv. Leib (Sog.): Wir beantragen, die gesamte Summe von
112 M. niederzuschlagen und beziehen uns zur Begründung auf
die Vorlage selbst. Die Mehrkosten sind dadurch entstanden, daß der
Arbeiter einen Frachtbrief auszufüllen den Auftrag hatte und
bereits eine falsche Ortsbezeichnung anbrachte, wodurch die
angegebene Summe von Frachtmehrkosten entstand. Der Arbeiter
Tanton ist nur ausbühlerweise im Bureau als Schreiber heran-
gezogen gewesen. Nun soll ihm bloß derjenige Teil erlassen werden,
den er noch nicht zurückgezahlt hat; 84 M. sind bereits durch
wöchentliche Abzüge von 1 M. erstatet worden. Daß ihm
diese nicht auch erlassen bzw. zurückgegeben werden sollen, halten
wir für eine ungewöhnliche Härte. Dabei wird es dem als
ordentlich und fleißig charakterisierten Arbeiter nach der eigenen
Angabe des Magistrats sehr schwer, seine Familie dorthin
zubringen. Bekanntlich sind schon manchmal auch beim
Magistrat ähnliche Sachen vorgekommen, wodurch
die Stadtkasse erheblich belastet wurde. (Der Vorsitzende rügt
diese letztere Ausführung, da der Redner keine Beweise dafür vor-
gebracht habe.) Der Vorsitzende hat mich mißverstanden, ich spreche
nur von entschuldigen Versehen und stelle die in Parallele mit
ähnlichen, die beim Magistrat vorgekommen sind. Ich verweise
auf die heutige Vorlage wegen der Bauabnahme des städtischen
Untersuchungsamtes an der Fischerbrücke, wo angegeben ist, daß
eine eingebaute Beamtenwohnung unbenutzbar ist. (Rufe: Oh! Oh!
Der Vergleich hinkt aber furchtbar!)

Der Antrag wird angenommen. Er ist, wie Stadtv.
Singer (Sog.) noch ausdrücklich konstatiert, dahin zu verstehen,
daß auch die bereits erstatteten 84 M. dem Arbeiter Tanton zurück-
gegeben werden sollen.

Einige kleine Vorlagen finden ohne Debatte die Zustimmung
der Versammlung.

Das städt. Untersuchungsamt für Nahrungs-
und Genussmittel sowie Verbrauchsgüter ist im Bau
und in der Ausstattung vollendet und soll demnächst in Betrieb
genommen werden. Stadtv. Stapp (N. L.) regt hierbei an, daß der
Magistrat im Oktober eine Bestätigung der Anstalt durch die Mit-
glieder der städtischen Behörden veranlassen möge.

Auf Grund des Beschlusses der Versammlung vom 21. Fe-
bruar cr. — betr. die Anschaffung eines Automobils zur Benutzung
durch die Magistratsmitglieder und die Beschaffung von
Abkommensfahrkarten der „Großen“ für die Mitglieder der
städtischen Behörden — hat der Magistrat die Anschaffung
eines Benzinautomobils für 24 000 M. zum 1. Oktober 1907
in Aussicht genommen. Ferner soll jedes Mitglied des Magistrats
und der Versammlung vom gleichen Zeitpunkt ab ein Abkom-
ment für zwei Linien der Großen Berliner Straßenbahn
zur Verfügung gestellt werden. Die Gewährung besonderer Ver-
günstigungen für die Mitglieder der städtischen Behörden hat die
„Große“ abgelehnt.

Stadtv. Möbier (N. L.) vertritt namens der Mehrheit seiner
Fraktion den Antrag, die Vorlage abzulehnen. (Bewegung.)

Es scheint hier doch ein zu großes Mißverhältnis zwischen Kosten
und Nutzen vorzuliegen. Wer von den 34 Magistratsmitgliedern
sollte das eine Automobil benutzen? Dem Bedürfnis würden nur
6-7 Automobile genügen, die zifra 180 000 M. erfordern würden.
Einem speziellen Bedürfnis für bestimmte Zwecke werde sich die
Fraktion nicht verschließen. Bedauerlicherweise sei die Fahrkarten-
frage mit diesem Magistrats-Automobil verknüpft worden. Die
Offerte von nur zwei Linien bedeute 8 M. pro Monat; einen solchen
Betrag sollte man sich nicht von der Stadt schenken lassen. Auch
hätten zahlreiche ehrenamtliche Funktionäre dann event. einen
gleichen Anspruch. Bedenklich sei auch, daß unter Umständen in der
Presse der Benutzer der Karte demunziert werden könnte, sie zu
seinem Privatvergnügen benutzte zu haben. (Große Unruhe.) Schläge
ein Teil der Kollegen die Karte aus, so würden Stadtverordnete
erster und zweiter Klasse geschaffen. (Anbauernde Unruhe.)

Stadtv. Kreitzing (N. L.): Unter Ausschuh ist seinerzeit zu der
Anschauung gekommen, daß der Versuch mit einem Automobil
sehr viel für sich habe. Wir werden das Automobil bewilligen.
Die große Mehrheit der Versammlung hat dann allerdings die
Bewilligung von Fahrkarten für alle Berliner Linien für zwen-
mäßig gehalten; es liegt aber auch in der Gewährung der Karten
für zwei Linien durchaus nichts Obdieses und am allerwenigsten
kann man das als ein Geschenk bezeichnen.

Stadtv. Bergmann (Sog.): Dem Kollegen Möbier ist es ge-
lungen, dieser Angelegenheit einen möglichst häßlichen Mantel um-
zuhängen. (Aufsinnung.) Herr Möbier hätte seine Bedenken im
Ausschuh vorbringen sollen. (Stadtv. Möbier: Ich war ja
gar nicht da!) Doch, Sie scheinen das nicht mehr zu wissen.
Wo mag denn Herr Kollege Möbier seine Karten zugebracht haben,
etwa in Schuppenstube oder sonst wo? (Unruhe.) Insbesondere
für das Automobil ist ja das Bedürfnis längst überzogen nach-
gewiesen worden; auch das eine Automobil wird in wirkungs-
vollster Weise zur Ausnutzung gelangen. Bezüglich der Fahrkarten

frage teile ich die Meinung des Kollegen Kreiling durchaus, daß es dem Magistrat nicht richtig war, noch erst an die „Große“ heranzutreten und nach besonderen Bedingungen für die Gewährung von Karzen für die Mitglieder der städtischen Behörden zu fragen. Im Ausschuss, an den man ja die Vorlage verweisen will, wird uns ja der Magistrat die Gründe angeben, die ihn bestimmt haben, die Fragelegenheit auf zwei Linien zu beschränken; die Gründe des Kollegen Kroll aber gegen diesen Vorschlag sind wirklich nicht stichhaltig. Die Hauptsache für die Stadtverordneten ist und bleibt die Erleichterung und Beschleunigung der Kontrolle. Ueberweisen Sie die Vorlage einem Ausschuss von 15 Mitgliedern! (Beifall.)

Stadt, Dr. Langerhans: Die ganze Städteordnung, die wir doch zu verteidigen alle gefonnen sind, ist auf Ehrenämtern aufgebaut; ohne Ehrenämter ist die städtische Verwaltung überhaupt nicht auszuführen. Man soll den Anfängen entgegenzutreten; dieser Ausspruch ist hier ganz besonders angebracht. Ich erkenne das Bedürfnis des Kennenlernens der städtischen Verhältnisse, der wirksamen Kontrolle vollständig an, aber es gibt der Mittel dazu andere und bessere, die ein solches Geschenk umgehen. Jede Deputation, jedes Kuratorium besitzt Stadtverordnete, die mit der eigentlichen Verwaltung wenig zu tun haben; die betreffenden Vorsitzenden könnten sich ja dann einfach an den Magistrat wegen der Ausstellung von Freischeiden für die Herren wenden, wenn diese in solchen Kontroll- usw. Angelegenheiten in Tätigkeit treten wollen. In der Gewährung von Fahrkarten ist ungewissheit der Anfang einer Befolgung zu erblicken.

Stadt, Cassel (A. L.): Das Bedürfnis im Magistrat wird mit einem Automobil nicht befriedigt werden können. Die Vergütung barer Auslagen an die Stadtverordneten halten wir prinzipiell für absolut richtig; ich betone nur, daß wir durchaus bezweifeln müssen, daß die berührten Verwaltungszwecke durch die Gewährung von nur zwei Linien erreicht werden.

Stadt, Möbler protestiert gegen den Ton und die Art des Auftretens des Stadt, Borgmann gegen ihn; ein solcher Ton sei in der Versammlung nicht angebracht. (Unruhe.)

Stadt, Rosenow (A. L.): Die Debatte verläuft doch eigenartig. Es handelt sich ja um Anregungen aus der Versammlung; jetzt wird der Zwischenruf „Almosen“ laut, der Vorsteher spricht von unserer Bürde und unserem Ehrenamte nicht angemessenen Geschenken! Das ist außerordentlich betrüblich.

Stadt, Cassel: Jeder Stadtverordnete hat das Recht, seine Meinung über Vorlagen zu äußern, auch wenn sie aus Anregungen der Versammlung entspringen sind.

Stadt, Dr. Bätow (Fr. Fr.): Mit Ausschussberatung sind auch wir einverstanden, weil wir bisher über die Gründe des Magistratsvorschlages bezüglich der Fahrkarten nicht aufgeklärt worden sind.

Die Versammlung beschließt mit großer Mehrheit die Niederlegung eines Ausschusses.

Nach einer weiteren Magistratsvorlage soll das Schulgrundstück Raunynstr. 63, welches für Gemeindeforschulzwecke nicht mehr gebraucht wird, und inzwischen die Blindenschule und die Fortbildungsschule für Blinde aufgenommen hat, in die Verwaltung der Deputation für die städtische Blindenpflege übergehen.

Stadt, Dr. Kron: Diese Vorlage stellt uns wieder einmal in unangenehmer Weise vor ein fait accompli. Das Grundstück Raunynstr. 63 soll für Gemeindeforschulzwecke nicht mehr nötig sein. In dem betreffenden ausgedehnten Schulreife liegen 13 Schulhäuser; von diesen haben 6 überfüllte Klassen, überfüllt auch nach dem neuesten Maßstabe der Schuldeputation, in weiteren 4 haben wir Klassen, die das Höchstmäß der Besetzung erreichen. Auch bei den übrigen drei Schulen ist die zulässige Besetzung bis auf 1 oder 2 Köpfe erreicht. Wie kann man da sagen, daß das Grundstück in der Raunynstraße nicht mehr gebraucht wird? Am 1. November 1906 waren auf diesem Grundstück noch 440 Kinder untergebracht in den 3.—7. Klassen; sind diese Schüler inzwischen auf die anderen Schulen verteilt, so dürfte dort die Ueberfüllung noch weiter gesteigert worden sein. Eine Vorlage bezüglich der Ueberführung ist uns nicht gemacht worden; aus den Akten geht auch weiter nichts über die Entwidlung der Sache hervor. Wenn im vorliegenden Falle auch nichts mehr zu ändern sein wird, so sollten wir doch in Zukunft gegen derartige Ueberführungen geschützt werden; wir befragen daher, die Versammlung wolle beschließen: „Vor jeder Verwendung eines Gemeindeforschulgebäudes oder von Teilen eines solchen zu anderen als Gemeindeforschulzwecken ist die Genehmigung der Versammlung einzuholen.“ Wir empfehlen die Annahme dieses Antrags, nachdem wir auf diesem Gebiete genugsam üble Erfahrungen gemacht haben.

Stadt, Jden (A. L.): Der Vorredner irrt oder er ist falsch informiert. Die Schule in der Raunynstraße ist für Zwecke des Gemeindeforschulwesens nicht mehr notwendig. Die dort noch verbliebenen Pflanzschüler sind in anderen Schulen untergebracht worden, und es bedurfte dazu nur der Errichtung von zwei neuen Klassen. Eine Ueberfüllung ist nirgends vorhanden. Die Einziehung der Schule ist dringend geboten, weil sie eben nicht mehr gebraucht wird.

Stadt, Dr. Kron: Ich bin nicht falsch informiert; ich habe mich einfach auf die amtlichen Frequenzübersichten berufen. In den Nachbarstädten, der 80. in der Drangelstraße und der 48. auf dem Lauffer Platz, sind tatsächlich überfüllte Klassen vorhanden. (Redner gibt die genauen Zahlen ausführend.) Wenn dort überall, wie der Vorredner bemerkte, sogar noch leere Klassen vorhanden sind, konstatiere ich, daß in der letzten Frequenzübersicht die Zahl der leeren Räume nicht angegeben ist, und möchte bitten, daß in Zukunft auch dieser Nachweis darin wieder erscheint.

Stadt, Dr. Fißler: Ich kann nicht ganz genaue Auskunft geben, weil die Einrichtungen zum Teil vor meinem Eintritt in das Amt getroffen worden sind. Es ist aber nicht gut möglich, einen Torso einer Gemeindeforschule bestehen zu lassen. Ob vielleicht bei meinem Vorgänger die Rücksicht mitgespielt hat, auch für die Fortbildungsschule Räume zu schaffen, weiß ich nicht. Der Anregung, in Zukunft wieder die leeren Klassenräume zu verzeichnen, werde ich gern nachkommen.

Stadt, Kron: Ein Beschluß, die Schule anderen Zwecken zuzuführen, ist der Versammlung nicht mitgeteilt worden. Das wesentliche ist, daß wir das wissen wollen, darum haben wir den Antrag gestellt.

Die Vorlage wird angenommen, die Resolution Kron ebenfalls mit großer Mehrheit.

Der im Mai 1907 verstorbene Rentier und Bezirksvorsteher Wilhelm Burt hat testamentarisch sein Grundstück Greifswalderstraße 24/25 der Stadt Berlin unter der Bedingung vermacht, daß darauf eine städtische höhere Lehranstalt errichtet wird. Der Magistrat hat das Vermächtnis angenommen. Der Wert des völlig unbelasteten Grundstücks wird auf 650 000 M. veranschlagt.

Stadt, Cassel lenkt die Aufmerksamkeit der Versammlung auf den Umstand, daß kürzlich erst ein Grundstück für die Errichtung der III. Oberrealschule bewilligt sei, welches sich ganz in der Nähe des Stiftungsgrundstücks befindet. Um zu vermeiden, daß zwei höhere Lehranstalten zu dicht beieinander errichtet würden, stellt er den Antrag, der Magistrat möge prüfen, ob die III. Oberrealschule nicht auf dem Stiftungsgrundstück errichtet und dafür an anderer Stelle ein weiteres Grundstück erstanden werden könne.

Die Versammlung pflichtet dem bei, nachdem Vorkseher-Stellvertreter Richelet unter lebhaftem Beifall den Dank für die hochherzige Stützung ausgesprochen hat.

Nach einer Mitteilung des Magistrats erklären kurzzeitig in Berlin 9242 Hausbesitzer (Vollberechtigter) mit passivem Wahlrecht zur Stadtverordnetenversammlung.

Stadt, Borgmann (Soz.): Die Ziffer der Hausbesitzer mit passivem Wahlrecht, wie sie jetzt nach den Entscheidungen des Ober-

verwaltungsgerichtes festgelegt ist, ist doch außerordentlich niedrig! Wie steht es nun mit der Zahl derer, die das aktive Wahlrecht dagegen besitzen? In der ersten Wahlerabteilung 1628, in der zweiten 33 358, und in der dritten 247 108. Das sind zusammen zirka 382 200. Dieser Summe stehen 9200 mit passivem Wahlrecht gegenüber. Das sind 2 1/2 Proz., die also für diese Versammlung auf Grund der Gesetze das Recht haben, die Hälfte der Stadtverordneten zu stellen! Ein solcher Zustand entspricht den modernen Verhältnissen in keiner Weise mehr. Mit diesem Privileg muß also endlich aufgeräumt werden. Bei den etwa 20 000 Grundstücken ist eine Belastung von über 5000 Millionen Mark vorhanden. Die Besitzer sind also zum Teil so verschuldet, daß man diese Hausbesitzer keineswegs als Repräsentanten des immobilien Kapitals ansprechen kann. Weiter haben im letzten Jahr über 2000 dieser 20 000 Grundstücke den Besitzer gewechselt, so daß also innerhalb 10 Jahren der gesamte Berliner Grundbesitz in andere Hände übergegangen würde. Man wird einwerfen, daß das Hausbesitzerprivileg durch die Landesgesetzgebung bedingt ist. Das ist richtig; aber will man diesen Dingen wirklich zu Leibe gehen, so muß doch versucht werden, einen Weg dafür dort einzuschlagen, wo es allein möglich ist. Mögen die Herren aus der Versammlung im Landtag entsprechende Anregungen geben, um diesen unwürdigen Zustand zu befeitigen.

Unter dem Namen „Heinrichstiftung“ soll ein Betrag von 2000 M. verwaltet werden, welchen eine Dame, die nicht genannt sein will, dem Stadtschulrat fischer übergeben hat und dessen Zinsen zu gleichen Teilen von den Direktoren der 218. und 222. Gemeindeforschule zur Beschaffung von Frühstück für bedürftige Kinder während des Winterhalbjahres verwendet werden sollen.

Auf dem zirka 6400 Quadratmeter großen städtischen Gelände an der Ecke der Plantagen-, Ruheplatz- und Antonstraße beabsichtigt der Magistrat eine dreifache Gemeindeforschule mit 2 Turnhallen zu errichten.

Stadt, Borgmann: Wir stellen den Antrag, diese Vorlage wegen ihres besonderen Charakters einem Ausschuss von 15 Mitgliedern zu überweisen. Es ist das erste Mal, daß auf einem Grundstück eine dreifache Gemeindeforschule errichtet werden soll. Zunächst sind aber nur zwei Turnhallen vorgesehen, trotzdem man heute für jede Schule eine Turnhalle fordert. Weiter sind für diese drei Schulen nur 6400 Quadratmeter vorhanden, wohingegen für jede Doppelschule bisher mindestens 5200 Quadratmeter als erforderlich erachtet worden sind. Nun sind diese 5200 Quadratmeter bei zwei Schulen schon so unzulänglich, daß von einer Erhöhung der Kinder in den Pausen kaum die Rede sein kann; wieviel größer müssen die Inzuchtlichkeiten dieser dreifachen Schule bei 6400 Quadratmeter werden! Daher ist die Prüfung der Vorlage in einem Ausschuss notwendig.

Auf eine Entgegung des Stadtrats Schäfer, daß vorläufig ja nur ein Grundstück für Gemeindeforschulzwecke ohne einen speziellen Plan für den Bau einer Schule gefordert wird, weist

Stadt, Borgmann nochmals darauf hin, daß in der Vorlage des Magistrats die Größe des Grundstücks ausdrücklich mit der Absicht der Errichtung einer dreifachen Schule motiviert wird.

Der Antrag Borgmann auf Ausschussberatung wird mit großer Mehrheit angenommen.

Für die Feuerwache in der Schönlankestraße soll ein elektrisch betriebener Automobil-Löschzug (Gas-Spritze, Leucht-, mechanische Leiter, Dampfspritze) für 133 500 M. beschafft und sofort bestellt werden.

Die Gemeindeforschulverzeichnisse sind in diesem Jahre vom 15.—30. Juli insgesamt von 56 674 Personen eingesehen worden. Einspruch gegen die Richtigkeit ist in nicht weniger als 1063 Fällen erfolgt. Ueber die Einzelheiten hat der „Vorwärts“ bereits ausführlich berichtet. Von den Reklamanten sind u. a. 288 als Steuererstanten, 240 als Schlafsucher, 49 als Unterstützungsbekämpfer, 50 als nicht staatsangehörig aus den Listen ausgeschlossen worden; die Aufnahme fernerer 73 ist „bersichtlich“ unterblieben. In 122 Fällen werden Verichtigungen beantragt, welchen der Magistrat ohne weiteres Folge gegeben hat; dagegen stellt er zahlreichen Anträgen auf „Nichttragung“ der Wähler nach der neuen Wohnung die Verufung auf das Ortsstatut vom 19. August 1854 entgegen, wonach bei Verichtigungen der Wählerliste der Wohnungsstatus, wie er nach den Osterumzügen sich herausgestellt hat, zugrunde zu legen ist.

Die Vorlage geht ohne Debatte an den Wahlprüfungsausschuss.

Schluß der öffentlichen Sitzung 18 Uhr

Soziales.

Ergebnisse der Volkszählung.

Als weitere Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 werden in dem dritten Vierteljahrsheft zur „Statistik des Deutschen Reiches“ 1907 nachweise über die Staatsangehörigkeit der Bevölkerung des Deutschen Reiches veröffentlicht. Hiernach waren von den 60 641 278 ortsanwesenden Personen 59 610 462 Reichsangehörige, 1 028 560 (16,96 v. H.) Reichsausländer, und zwar 599 320 männliche und 429 240 weibliche sowie 2256 Personen, deren Staatsangehörigkeit nicht ermittelt ist. Der Anteil der Ausländer an der gesamten Bevölkerung ist seit dem Jahre 1900 von 13,81 v. H. auf 16,96 v. H. gestiegen, also durchschnittlich jährlich um 4,2 v. H. gegen 8,2 v. H. im Zeitraum 1895 bis 1900.

Das größte Kontingent der Fremden stellt Oesterreich-Ungarn, denn 51,12 v. H. aller Reichsausländer, also mehr als die Hälfte, stammen aus diesem Nachbarreiche. Erst im weiten Ablande folgen Rußland mit 10,37 v. H., die Niederlande mit 9,82 v. H., Italien mit 9,54 v. H., und die Schweiz mit 6,12 v. H. Diese fünf Staaten liefern zusammen 7/8 der gesamten Zahl der Reichsausländer. Im letzten Jahrzehnt wiesen von allen Ausländern die Russen verhältnismäßig die stärkste Zunahme auf. Ihre Zahl ist von 46 971 auf 106 639, also um 59 668 oder 127 v. H. gewachsen. Erheblich war auch die Zunahme der Angehörigen Oesterreich-Ungarns, deren Zahl von 360 914 auf 525 821, d. h. um 134 907 oder 34 1/2 v. H. wuchs, sowie die Zunahme der Italiener, deren Zahl sich von 69 700 auf 98 165, das heißt um 28 465 oder 41 v. H. erhöhte. Von den Staaten und Landesteilen haben im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl die meisten Ausländer: Elsaß-Lothringen 79 431 oder 43,77 v. H., Königreich Sachsen 161 534 oder 35,83 v. H., Bremen 8772 (83,30 v. H.), Hamburg 22 855 (20,12 v. H.), Berlin 48 879 (23,96 v. H.), Rheinland 151 557 (23,55 v. H.), Baden 41 428 (20,00 v. H.), Schleswig-Holstein 30 863 (20,52 v. H.) und Bayern rechts des Rheins 113 002 (20,15 v. H.).

In demselben Heft befinden sich auch nachweise über die Religionsbekenntnisse der Bevölkerung Deutschlands am 1. Dezember 1905, ferner über die Verteilung der Bevölkerung auf die größeren und kleineren Verwaltungsbezirke, auf die Oberlandesgerichtsbezirke und auf die Reichstagswahlkreise.

Zur Rechtslosigkeit der ausländischen Arbeiter.

In Tiesfurt bei Weimar spielte sich am vergangenen Sonntag eine Szene ab, die die Rechtslosigkeit der ausländischen Arbeiter drastisch illustriert. Die auf dem dortigen Gute lebendsten polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen glaubten sich in ihren Akkordlohnverhältnissen übervorteilt. Seit einigen Tagen liegen sie deshalb die Arbeit ruhen und verlangen durch einen Arbeitskollegen, der der deutschen Sprache etwas mächtig war, eine Regelung der Verhältnisse. Dieser Vorkämpfer war nun augenscheinlich dem Pächter im Wege. Er denunzierte ihn der Behörde als „Mißverwalter“. Darauf kam am Sonntagvormittag in der Behausung der Polen ein Gendarm, der diesem „Mißverwalter“ einen Ausweisungsbefehl einhändigen wollte. Mittags ein Uhr sollte der Pole bereits das Gut und den Ort verlassen

haben. Der Pole weigerte sich jedoch, das Papier anzunehmen. Gegen Mittag rückten drei Gendarmen an, um nötigenfalls mit Gewalt den Polen vom Gute zu entfernen. Es muß sehr lebhaft in der Behausung der Polen zugegangen sein. Ortsbewohner wollen sogar Säbellschneidern vernommen haben. Endlich brachte man den Polen in bewußtlosem Zustande, aus mehreren Wunden blutend, mit Stricken gefesselt und legte ihn auf den Boden. Um ihn wieder zum Bewußtsein zu bringen, wurde er mit frischem Wasser übergossen. Währenddessen erhob sich durch das Getöse der in Angst und Schreck verlegten polnischen Arbeiterinnen sowie der Frauen der Ortsbewohner ein ohrenbetäubender Lärm. Als man sich anschickte, den Bewußtlosen auf einen Wagen fortzuschaffen, warfen sich die polnischen Arbeiterinnen vor die Pferde, um dies zu verhindern. Mit Gewalt mußten sie weggebracht werden. Zwei Gendarmen nahmen mit einem gefüllten Wasserkrug auf dem Wagen Platz und fort ging es nach dem nahen Weimar, zum Amtsgerichtsgefängnis. Während dieser Kulturgenese rückten die Arbeiter mit ihrem Fähnlein in die Kirche, um Sankt Sebald zu feiern mit: Nun danke alle Gott. — Es ist nicht das erste Mal, daß die polnischen Arbeiter auf diesem Gute wegen Unstimmigkeiten die Arbeit einstellen. Empörend ist es, daß die Staatsgewalt gegen Arbeiter mobil gemacht wird und Ausweisungsbefehle ergehen, sobald ein ausländischer Arbeiter sein vermeintliches Recht geltend zu machen sucht. Ein solcher Vorfalle zeigt deutlich als lange theoretische Darlegungen, ob von Agrariern und Industriearbeitern der Nutzen als Mensch oder lediglich als Ausbeutungsobjekt erachtet wird.

Terrorisierung Arbeitswilliger durch Polizeiaufsicht.

Eine Fabrikarbeiterin Kurt stand vor dem Schöffengericht in Augsburg wegen Nichtbefolgung des behördlichen Befehls, sich ein Unterkommen zu verschaffen. Sie verteidigte sich damit, daß sie behauptete, die Polizei mache es ihr unmöglich, eine ständige Arbeit zu erhalten, denn kaum habe sie eine Arbeit gefunden, dann komme die Polizei, frage nach ihr und die Folge ist ihre jedesmalige Entlassung mit der Begründung, ein solches Mädchen könne man nicht brauchen, nach der immer die Polizei frage. — Die Beschäftigte erbrachte für ihre Behauptungen in der Verhandlung den Beweis und wurde daraufhin freigesprochen.

Tropdem insbesondere aus Anlaß der Affäre des Hauptmanns von Köpenick so sinnfällig erwiesen ist, daß es gerade die „Polizei-aufsicht“ ist, die Arbeitswillige an der Arbeit hindert, blüht die Möglichkeit polizeilicher Drangsalierung Arbeitswilliger also lustig weiter.

Versammlungen.

Der Fachverein der Tischler hielt am 22. August eine außerordentliche Generalversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Greulich den Bericht über die Resultate der bisher mit dem Parteivorstand gepflogenen Einigungsverhandlungen. Die Versammlung beschloß nach eingehender Diskussion gegen eine Stimme an den Beschlüssen des 7. Kongresses festzuhalten und die Fragen des Parteivorstandes vorläufig mit „Rein“ zu beantworten. Aus den Neuwahlen zum Vorstand gingen hervor: 1. Vorsitzender Kienast, 2. Kassierer Scholz, 1. Schriftführer Keeser, 2. Schriftführer Doye, Kartelldelegierter Robert Winkler, als Geschäftsleitungsmitglied Deutschmann. Sodann nahm die Versammlung den Bericht der Statutenberatungskommission entgegen und wurden die neuen Statuten mit kleinen Abänderungen gutgeheißen. Zum Schluß wurde der wöchentliche Beitrag wieder auf die normale Höhe gebracht. — Schwere Opfer hat die verfloßene Ausprägung gekostet. An der Aussperrung waren im Durchschnitt 175 Kollegen beteiligt und wurden im ganzen 37 400 M. an Streikunterstützung gezahlt. Angesichts dieser für die kleine Organisation gewaltigen Summe kann das Erreungene als ausreichend nicht angesehen werden. Aber dieses Wenige möchte das Unternehmertum den Fachvereinsmitgliedern nicht einmal gewähren, denn in ihrer Forderung veröffentlichten sie zu wiederholten Malen, daß die Mitglieder des Fachvereins an den Abmachungen nicht partizipieren, da der Fachverein nicht zu den vertragsschließenden Parteien gehöre. Sonderbare Logik einer Gewerkschaft gegenüber, die man nicht einmal aufgefodert hat, an den Verhandlungen teilzunehmen. Nun, die Mitglieder des Fachvereins sind geschult genug, auch den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen und sich überall dort Vorteile zu schaffen, wo nur irgend die Möglichkeit dazu vorhanden ist.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Breslauer Urteil.

Breslau, 5. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Anarchist Vinkner wurde heute, weil er sich geweigert hatte, gewaltsam photographiert zu werden, zu einer Gefängnisstrafe von 10 Tagen verurteilt. Als Belastungszeugen traten die Schulleute auf, die ihn zwingen wollten, sich dieser Prozedur zu unterziehen.

Totgequ coast.

Frankfurt, 5. September. (R. G.) Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich am heutigen Tage nachmittags auf dem Rangierbahnhof hinter dem Güterbahnhof. Beim Rangieren der Züge rissen sich einige Wagen los und liefen auf ein totes Gleis, auf welchem verschiedene andere Wagen standen. Auf einem der letzteren befand sich der 29-jährige Arbeiter Oesbar aus Hoesheim. Er wollte noch schnell von dem Wagen herabspringen, geriet aber in demselben Augenblick zwischen beide Schiebetüren. Der Kopf des Unglücklichen wurde vollkommen zerquetscht, der Tod trat auf der Stelle ein. Ein zweiter Betriebsbeamter erlitt leichtere Verletzungen.

Was ein Oberleutnant nicht sagen darf.

Budapest, 5. September. (R. G.) In den letzten Tagen machte eine Militäraffäre unliebsames Aufsehen. Wegen Abführung von Rüstungsgegenständen wurde der Oberleutnant Stephan Balazs vom 46. Infanterieregiment degradiert.

Niedergebranntes Hotel.

Tacoma (Vereinigte Staaten von Nordamerika), 5. September. (R. G.) In der zwanzig Meilen von hier entfernten Ortschaft Shelton ist in der gestrigen Nacht das Webbhotel durch Feuer zerstört worden. Sieben Personen wurden als Leichen aufgefunden, acht werden noch vermisst.

Eine verunglückte Polarexpedition.

Winnipeg, 4. September. (R. G.) Eine Nachricht aus Alaska berichtet den Verlust des der angloamerikanischen Polar-expedition gebhörigen Schiffes „Duchess of Bedford“ in der Nähe von Fort Anxious, Nisikellen, der Führer der Expedition, Liffingwell, ein amerikanischer Geologe, und ein dritter hätten das Schiff im Februar mit Vorräten für 60 Tage verlassen, um nach dem im Norden von ihnen vermuteten Land vorzudringen. 70 Tage lang wären sie vergriffen, als einer von ihnen Handeschriften umkehrte. Wahrscheinlich würde man von der Abreise Gesellschaft nie wieder etwas hören.

Das Nachrichtenbureau der Partei.

Von H. Debel.

Ein erheblicher Teil der Parteipresse hat sich mit dem zu gründenden Nachrichtenbureau beschäftigt, über dessen Einrichtung der Essener Parteitag Beschluß faßte. Es sind bei diesen Besprechungen wesentliche Meinungsverschiedenheiten hervorgetreten. Um den Entwurf der Parteileitung ist für und wider gestritten worden, auch wurden grundsätzliche Bedenken laut, ob es sich überhaupt empfehle, ein solches Institut einzuführen, das große Bedenken gegen sich habe. Es liegt im Interesse der Märange der Verhandlungen des Parteitags, eine Darlegung des Ganges der Angelegenheit zu geben, wodurch Nichtigstellungen herbeigeführt und erhobene Einwände widerlegt werden dürften.

Die Einrichtung eines Bureaus, wie das erwähnte, wurde zum ersten Mal auf der Redakteurkonferenz besprochen, die im März dieses Jahres in Berlin stattfand. Als Ergebnis zweier Verhandlungen entwarf ich eine Resolution, die, soweit ich mich entsinne, einstimmig oder doch mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit Zustimmung fand. Diese Resolution lautete:

„Die Konferenz empfiehlt der Parteileitung die Gründung eines Zentral-Preßbureaus ins Auge zu fassen, das die Zustellung wichtiger politischer Nachrichten, die Mitteilung über den Inhalt wichtiger Anträge und Beschlüsse in den Parlamenten, die Sichtung und Zusammenstellung wichtiger politischer Materialien, die Zurückweisung und Berichtigung von Angriffen und Verleumdungen gegen die Partei, die Herausgabe vollständig geschriebener Flugblätter usw. vorzunehmen hat.“

Es wurde später der Vorschlag gemacht, eine Anzahl Redakteure der Parteipresse sollten dem Parteivorstand einen Entwurf für die Organisation des Unternehmens unterbreiten, ein Vorschlag, dem der Parteivorstand zustimmte. Wie bekannt, verzögerte sich die Ausarbeitung des Entwurfs infolge von Krankheit eines der hauptbeteiligten Redakteure. Als endlich der Entwurf dem Parteivorstand unterbreitet wurde, war dieser über den Inhalt desselben nicht wenig überrascht. Wie die mitgeteilte Resolution zeigt, handelte es sich um die Gründung eines Bureaus, das wichtige Mitteilungen, Nachrichten und Materialien der Parteipresse liefern, dem aber eine irgendwie geartete Beeinflussung der Parteipresse im Sinne bestimmter in der Partei vorhandener Strömungen fernliegen sollte.

Dieser Anschauung entsprach auch in der Einleitung der Entwurfs der Redakteure. Es wurde darin ausdrücklich hervorgehoben, daß das Bureau der Parteipresse keineswegs den Stoff fertig verarbeitet übergeben solle, so daß die selbständige Redaktionsarbeit und die Arbeit der Mitarbeiter mehr und mehr überflüssig werde. „Ein Zentralbureau, das eine solche Entwicklung fördern würde, wäre kein Segen für die Parteipresse, es würde zu ihrer Schablonisierung und Bureaucratifizierung führen.“

Wer schon bisher verfolgt hat, wie gewisse Korrespondenzen die Schablonisierung der Parteipresse in hohem Grade herbeiführten, wie eine ganze Anzahl Redaktionen diesen Korrespondenzen gegenüber auf jedes eigene Urteil in oft sehr wichtigen Fragen verzichtet, ja nicht einmal unrichtige tatsächliche Angaben berichtet, wird dem Urteil der Verfasser des Entwurfs beistimmen.

Um so verwunderlicher war, daß den oben zitierten Ausführungen unmittelbar ein Satz folgte, in dem es hieß: „Das Bureau ist vielmehr in erster Linie und im wesentlichen als ein Informations-, Nachrichten- und Materialbureau für die Parteipresse gedacht.“ Hiernach war also von den Verfassern des Entwurfs das Bureau in zweiter Linie noch als etwas anderes gedacht. Und in der Tat wurde dieses auch in den späteren Ausführungen des Entwurfs bestätigt. Dort hieß es: „es solle die Parteipresse nicht nur über tatsächliche Vorgänge schnell unterrichtet werden, sondern auch über Unterströmungen in der Politik, über das, was im Werden ist.“

Hier handelte es sich also nicht mehr um Tatsachenmitteilungen, sondern um die Einführung einer Konjunkturalpolitik in die Parteipresse, um die Organisation einer Art Hintertreppendienstes, den bisher die Parteipresse, wo er sich in der bürgerlichen Presse bemerkbar machte, aufs schärfste verpönte und verhöhnte.

Noch deutlicher und bedenklicher hieß es auf Seite 8 des Entwurfs der Redakteure: „Ausgeschlossen sollen bleiben: fortlaufende Artikel über aktuelle Politik, Entresille über Parliaments- sachen usw., parteitheoretische und parteitaktische Artikel. Es versteht sich dagegen natürlich, daß die Nachrichten, Informationen und Materialien, die das Bureau übermittelt, keineswegs etwa lediglich trodene Tatsachenangaben sein sollen, sondern daß sie selbstverständlich geordnet, gefärbt, literarisch dargestellt und mit selbständiger Beurteilung versehen sein müssen.“

Mit diesem Satz wurden alle Versicherungen, daß es sich bei dem Bureau nicht um eine Beeinflussung der Parteipresse in der einen oder anderen der in der Partei vertretenen Richtungen handeln solle, über den Haufen geworfen. Es kam nur auf die Richtung an, der die Redakteure oder der einzelne Redakteur angehörten, danach würden die Mitteilungen gefärbt und mit selbständiger Beurteilung versehen sein.

Ein Bureau, das mit solcher Tendenz gegründet wird, trägt von vornherein den Keim des Streites und des Zerwürfnisses in sich, und wird zum Januspfel in der Partei und seine Wirksamkeit zu ihrem Verderb.

Die Befürchtungen des Parteivorstandes wurden aber noch verstärkt durch die Art, wie die Verfasser des Entwurfs sich seine Durchführung dachten.

Danach sollten ausschließlich die Redaktionen der Parteipresse die Organisation des Bureaus in die Hand nehmen, die Finanzierung desselben versuchen; die Parteikasse sollte mit einem erheblichen Zuschuß dem Unternehmen helfend zur Seite stehen.

Die technische Einrichtung des Ganges sollte dem Vorstand des Vereins Arbeiterpresse übertragen werden, der diese im Einverständnis mit dem Parteivorstand vorzunehmen habe. Für die Redakteure des Bureaus, die nach dem Entwurf der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse wählte, sollte der Parteivorstand das Wahlrecht haben. Wer die Mitarbeiter anstelle und die Gehälter bezog. Honorare für dieselben festsetzte, blieb nach dem Entwurf im Dunkeln. Als Organ zur Besprechung aller Angelegenheiten, die das Bureau angingen, sollten die „Mitteilungen“ des Vereins Arbeiterpresse dienen. Die Partei sollte einen Zuschuß von zunächst 20.000 M. pro Jahr liefern.

Hiernach wurde also der Schwerpunkt des ganzen Unternehmens in den Vorstand des Vereins Arbeiterpresse gelegt, der

tatsächlich das Ganze im Verein mit den von ihm gewählten Redakteuren in der Hand hätte. Für den Parteivorstand hatte man aus der monarchischen Kammer das sogenannte Bestätigungsrecht für die vom Vorstand des Vereins Arbeiterpresse gewählten Redakteure hervorgeholt. So sollte eine Einrichtung in eine Parteiinstitution eingeführt werden, die wie dem bürgerlichen Staat gegenüber auf das entschiedenste belämpften. Aber da die Verfasser des Entwurfs das Angehörliche erkannten, das darin lag, daß eine gänzlich außerhalb der Parteiorganisation stehende private Vereinigung, wie der Verein Arbeiterpresse, über eine durch die Partei unterhaltene Einrichtung nahezu absolut verfügen sollte, die die wichtigste Parteiinstitution, die Parteipresse, ihm in hohem Grade in die Hände lieferte, kam man auf den merkwürdigen Gedanken, dem Parteivorstand wenigstens einen Schein von Einfluß durch das sogenannte Bestätigungsrecht einzuräumen.

Sollte den Verfassern des Entwurfs nicht das bekannte Augurenlächeln um die Lippen gespielt haben, als sie diesen famosen Vorschlag zu Papier brachten? Wie konnten sie aber glauben, daß der Parteivorstand auf einen solchen Japs beißen und ihn gar noch verschlucken werde?

Ein anderes! Wer ist der Verein Arbeiterpresse? Ein Verein, dessen Mitglieder aus den Redaktions- und Verwaltungsbeamten der Partei und der Gewerkschaften besteht und den üblichen Zweck verfolgt, die Interessen seiner Mitglieder und die gegenseitige Hilfsbereitschaft nach Möglichkeit zu fördern. Eine offiziell anerkannte Institution der Partei ist der Verein nicht. Wir wissen nicht einmal, ob sämtliche Mitglieder des Vereins Arbeiterpresse parteipolitisch organisiert sind. Und im Organ des Vereins Arbeiterpresse, das mit Ausschluß der Öffentlichkeit nur für die Mitglieder des Vereins erscheint, sollten ausschließlich die Angelegenheiten des Preßbureaus — also einer auf Parteikosten für die Partei geschaffenen Einrichtung — besprochen werden.

Kam man dieses alles ins Auge, so fragt man sich: wie war es möglich, daß Männer, die ein Jahrzehnt und noch an hervorragender Stelle in der Partei stehen und täglich die Verordnungen der Demokratie in allen öffentlichen Einrichtungen fordern und verteidigen, einen solch durch und durch undemokratischen Entwurf dem Parteivorstand unterbreiten konnten?

Hier zeigt sich wieder, wie leicht einseitige Interessenvertretung kurzfristig und selbst blind macht. Wie das, was man vom Standpunkte seiner ausschließlichen Sach- oder Ständesinteressen beurteilt und für gerecht hält, zur größten Ungerechtigkeit für die Allgemeinheit wird. Für die Parteigenossen aber erwächst aus dem Vorgange die Lehre, unter allen Umständen die Augen offen zu halten und die Parteinteressen wahrzunehmen gegenüber Sonderinteressen.

Für die Verteidigung des Entwurfs der Parteileitung nur wenige Worte. Wer auf dem Standpunkte steht, daß eine Einrichtung wie die vorgeschlagene unter allen Umständen Gefahren bringe, muß sie ablehnen. Wer dagegen die Einrichtung für nützlich und notwendig oder doch eines Versuches wert erachtet, wird dem Entwurf der Parteileitung im wesentlichen zustimmen.

Es ist ein Vorteil und kein Nachteil, daß der vorliegende Entwurf der Parteileitung nur ganz allgemein sagt, was durch das Nachrichtenbureau erreicht werden soll. Jede Aufzählung der Aufgaben sagt leicht zu viel oder zu wenig. Wichtig aber ist, daß der Entwurf sehr bestimmt ausdrückt, was unter keinen Umständen die Einrichtung bezwecken darf: tendenziöse Beeinflussung der Parteipresse. Die mögliche positive Tätigkeit ergibt sich aus der Praxis.

Dadurch, daß in dem Entwurf der Parteileitung die Bestimmung enthalten ist, fünf Redakteure der Parteipresse sollten als Beirat dem Parteivorstande zur Seite stehen — wobei ich voraussetze, daß diese fünf Redakteure verschiedenen Parteiblättern und den verschiedenen in der Partei vorhandenen Strömungen angehören — ist das Interesse der Parteipresse auf das auskömmlichste gewahrt. Es ist damit auch das sachverständige Organ vorhanden, das am besten zu beurteilen vermag, ob die geschaffenen Einrichtungen genügend und richtig funktionieren oder ob und wie geändert und verbessert werden muß. Außerdem steht es jedem Redakteur, wie überhaupt jedem Parteigenossen zu, Kritik zu üben und Anträge und Vorschläge für Verbesserungen zu machen. Zu wünschen ist nur, daß von diesem Recht auch wirklich Gebrauch gemacht wird und die zuständigen Organe nicht, wie so oft in anderen Fällen, rein zufällig von vorhandenen Wünschen Kenntnis erhalten. Es müßte doch merkwürdig zugehen, wenn bei so viel sachverständigem Urteil und so viel Kontrolle aus der Einrichtung nichts Brauchbares zu machen wäre. In letzter Instanz spricht, wie in allen anderen Angelegenheiten der Partei, der Parteitag sein gewichtiges Wort.

Die russische Revolution.

Die Regierung im Kampf gegen die „sozialdemokratische Gefahr“.

Der Beschluß der sozialdemokratischen Partei, an den Duma-wahlen teilzunehmen, und die verstärkten Wahlvorbereitungen in den Parteiorganisationen haben das Ministerium des Innern, das mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln eine „gefähigke“ Duma zusammenstopfeln will, in rege Unruhe versetzt. Wie Petersburger Zeitungen berichten, werden gegenwärtig im Ministerium des Innern Auskünfte über die sozialdemokratischen Organisationen gesammelt, welche sich für die Wahlbeteiligung ausgesprochen haben.

Dieses „Auskunftsammeln“ erscheint verständlich, wenn in Betracht gezogen wird, daß die Sozialdemokratie schon in der zweiten Duma der Regierung ein Dorn im Auge war. Die Regierung selbst hat dies ja offen anerkannt, indem sie gegen die Fraktion die verächtliche Verschwörungsanlage erhob, welche sogar von den fadettischen Juristen als ungeschickt zusammengestrichenes Nachwerk bezeichnet wurde. Während der Vorbereitungen zur Auflösung der zweiten Duma, in der die sozialdemokratische Fraktion allein der Regierung unversöhnlich im Wege stand, suchte die Regierung aus dem Wahlgeseß alles zu entfernen, was der Sozialdemokratie die Möglichkeit bieten konnte, auch in die dritte Duma einzudringen. Es verdient Beachtung, daß die Regierung bei der Beschränkung des Wahlrechts der Grenzgebiete nach der treffenden Bemerkung des Genossen Martoff hauptsächlich dieses Ziel im Auge hatte. So verlor der Kaukasus, der zehn Sozialdemokraten in die zweite Duma entsandte, 20 Mandate von seinen früheren 29; Zentralasien, das 28 Sozialdemokraten in die Duma wählte, entsandte nun statt 23 Abgeordnete bloß einen einzigen! Sibirien, das zwei sozialdemokratische Vertreter in der Duma hatte und bei den Ergänzungswahlen noch zwei entsendet hätte, läßt nun ein Drittel seiner Mandate ein. Ebenso erging es den vier Gouvernements des Uralgebietes. Wlos in Polen suchte die Regierung durch die Herabsetzung der Abgeordnetenzahl einen anderen politischen Feind als die Sozialdemokratie zu treffen: die nationaldemokratische Partei. Die Wahlentziehung der Arbeiter in

Posen und Kiev verfolgt natürlich denselben Zweck wie die Entziehung der erstgenannten Grenzgebiete.

Der Staatsstreich vom 17. Juni sollte das russische Proletariat wiederum in die engen Rahmen der „unterirdischen“ Organisation verweisen; doch so leicht wird es der Reaktion nicht, ihr heimtückisches Vorhaben auszuführen. Die Sozialdemokratie hat beschlossen, an der Wahlkampagne teilzunehmen, und die sozialdemokratischen Organisationen gehen mit verdoppelter Energie an die Vorbereitungen für die Wahlen. Wo es nur möglich ist, werden Versammlungen abgehalten, zentrale und Bezirkswahlbureaus gegründet, Flugblätter verbreitet und sonstige Mittel ergriffen, um gegen den Indifferentismus in den Arbeiterkreisen anzukämpfen. Und obwohl die Regierung durch „Sammeln neuer Auskünfte“ darauf antwortet, um eventuell durch „Erläuterungen“ oder einfach durch Verhätungen das ohnehin schändlich beschnittene Wahlgeseß zu „verbessern“, sind die Beschlüsse der Sozialdemokratie, sich an den Wahlen zu beteiligen, und die mit verstärkter Energie betriebenen Vorbereitungen für die Wahlen Würge dafür, daß das Proletariat, allen Verfolgungen zum Trotz, auch in der dritten Duma seine Vertreter haben wird, die die mühselige Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma fortsetzen werden.

„Preßfreiheit.“

Am 2. September wurden plötzlich alle sibirischen Zeitungen in Wilna polizeilich geschlossen, darunter die „Volkszeitung“, die einzige sozialdemokratische Tageszeitung in Rußland, die allen Verfolgungen zum Trotz bisher herausgegeben wurde. Jetzt ist sie auch der russischen „Preßfreiheit“ zum Opfer gefallen.

Ilidor.

Dem „Verband wahrhaft russischer Leute“ ist es gelungen, einen seiner eifrigsten Anhänger, den berüchtigten Mönch Ilidor, zu „Missionreisen“ zu gewinnen. Dieser Judenschmeißer bereist nun kleinere Städte und Dörfer, hält die schlimmsten Brandreden und bringt so die Bevölkerung in Aufruhr. Da die Mission Ilidors mit stillschweigender Zustimmung der russischen Administrativorgane geschieht, so daß Ilidor seine wüste Pogrom-Propaganda ganz ungehindert treiben kann, so werden in den beteiligten russischen Kreisen die schlimmsten Befürchtungen gehegt.

Die Parteipresse über den Internationalen sozialistischen Kongreß.

Der Militarismus und die internationalen Konflikte.

II.

„Vollstimme“ (Magdeburg):

„... Die kann das international geeinte Massenbewußte Proletariat den Militarismus der herrschenden Klassen bekämpfen und die von den Kapitalisten noch einzuführenden Kriege der Zukunft verhindern? Die Frage barg den proletarischen Antimilitarismus in ihrem Schoße, das heißt eine Bewegung, die in Frankreich durch Herbe viel Lärm verursacht hat und die ja auch auf mehreren deutschen Parteitagungen an die deutsche proletarische Öffentlichkeit zu bringen versucht hat. ... Sie (die Resolution) birgt vor allem dreierlei. Erstlich betwirft sie eine besondere antimilitaristische Aktion neben der politischen und wirtschaftlichen Aktion des Klassenbewußten Proletariats. Zweitens empfiehlt sie zwar kein Mittel der Gewalt, aber als besonders geeignet, betwirft aber auch keine als schädlich und unwirksam. Das nationale wie das internationale Proletariat wird auf kein Kampfmittel gegen den Militarismus festgelegt; es wird ihm aber auch kein Kampfmittel genommen. Welches der vorgeschlagenen und eventuell noch möglichen Mittel anzuwenden ist, bleibt der Nation und der Stunde, der Situation und dem Augenblick überlassen. Schließlich und drittens lenkt der Kongreß die Aufmerksamkeit des internationalen Proletariats auf die sozialistische Erziehung der Jugend. Damit war zum Beschluß erhoben, wofür die deutschen Vertreter in jener Kommission gefochten hatten.“

„Vollmacht“ (Wreslau):

Die Art und Weise, wie Vollmacht und Debel bei der Militär- und Herne in der Kolonialfrage die Deutschen isolierten und spalteten, wie namentlich Vollmacht staatssozialistische Vaterlandsliebe und Debel's Absage an nahezu jede Aktion zur Beseitigung des Krieges und trennten von fast allen Vertretern der übrigen Nationen — das bleibt als ein Stachel in uns zurück. Das war der Vermutungskörper, der uns in den Becher überschäumender Freude geträufelt wurde. Es geführt Wanderwelle und Adler das Verdienst, die Gedanken der Debel'schen Rede wenigstens aus der Resolution ausgemergelt zu haben. Herbe's Hohn war nicht ganz unberechtigt, wenn er meinte, die Reden Debel's und Vollmacht seien schwarz gewesen, während die Resolution weiß sei. Das stimmt, aber: Das Angekehrte wäre uns noch unliebsamer gewesen.

Andererseits gibt uns das keine Ursache, den Kopf hängen zu lassen. Die Stützgerter Abstimmungen haben uns gelehrt, daß uns fast alle anderen Nationen in bezug auf revolutionäre Energie und Stolz voran, aber in der planmäßigen Organisation der Massen zurückgeblieben sind. Handeln wir deshalb nach Singers Schlusworten: „Jeder arbeite in seinem Lande an seinem Teile an der Revolutionierung und Organisierung der Massen.“ Die ausländischen Brüder werden dann bald unsere Organisation und Massen, und wir ihre revolutionäre Energie, ihre temperamentvolle Kampflust besitzen. Und allen vereint wird keine Macht der Erde widerstehen.“

„Vollblatt“ (Wochau):

Wir halten diese Lösung, die in der Resolution wieder ein Kampfmittel festlegt, noch eines ausschließ, in der Tat für die glücklichste. Wir würden uns selbst die Hände binden, wenn wir sagen wollten, dies oder jenes Mittel werden wir im Kampfe für unsere Ziele nie anwenden. Die Folge wäre auch nicht eine Verhinderung des verdamnten Mittels, sondern nur eine Verhinderung seiner planmäßigen, zielbewußten Anwendung, also eine Zerschmetterung der Kräfte und damit eine Schädigung des Proletariats. ...

Ebenso falsch wäre es gewesen, bestimmte Aktionsmittel festzulegen. Nicht nur, daß kein noch so erfindlicher Kopf alle Möglichkeiten auszuschöpfen vermöchte, kommt es auch wiederum ganz auf die Situation an, ob überhaupt eines der festgelegten Kampfmittel anwendbar ist. Das kann man nie im Voraus bestimmen. Und am Ende kommt es doch darauf an, daß die nationalen Gruppen der internationalen proletarischen Armee den bekundeten Willen zum Kampfe auch in die Tat umsetzen. Das war es schließlich auch, wo die hervorragenden Führer unserer auswärtigen Bruderparteien, insbesondere die Genossen Jaurès und Vandervelde, einschritten, indem sie die deutsche Delegation apostrophierten. Es kommt nicht allein auf die prinzipielle Stellungnahme gegen den Kapitalismus und seine Begleitergeinungen, als vielmehr auf das bestimmte Handeln im rechten Augenblick, auf die Tat an. Wie wenig selbst das lauteste Bekenntnis zu einem bestimmten Kampfmittel für die wirkliche Aktion bedeutet, das haben gerade wir in der reichsdeutschen Partei erleben können.

Wenn Genosse Viktor Adler gegenüber dem Genossen Wollant hervorhob, das zu viel reden und zu wenig handeln sei uns Deutschen eine unympathische Methode, so schließen wir uns dem vollständig an, möchten aber für die reichsdeutsche Sozialdemokratie den Aus-

druck der Hoffnung daran knüpfen, daß ihr zukünftiges Handeln das gute Wort nicht Lügen strafte. Dann wird sie die Führerschaft im internationalen Proletariat wieder gewinnen und sicher behalten."

"Volks-Zeitung" (Düsseldorf):

Wie die Resolution über die Kolonialpolitik ist auch die über die internationalen Konflikte und den Militarismus ein politisches Ereignis allerersten Ranges, dem kein Reichstag und kein Courgetparlament ein Gleiches an die Seite zu setzen vermag. Sie ist die stärkste und wirksamste Friedensgarantie der Gegenwart. Daran wird nichts geändert durch den Umstand, daß die deutsche Partei es ablehnte, sich auf bestimmte Mittel festzusetzen. Von den Blutopfern des Parisismus abgesehen, führt kein Hügel der internationalen Armee seine Kämpfe mit so großen Opfern wie das deutsche Proletariat, über das es Monat für Monat Jahre von Gefängnisstrafen regnet, das in den vierziger Jahren seines politischen Kampfes mehr Verleumdung ertrug, als seit dem ersten Auftreten des deutschen Volkes in der Geschichte Jahre vergangen sind. Keine Armee des kämpfenden Proletariats ist so wehrhaft und geschult, keine so zahlreich, wie die Organisation der deutschen Arbeiterklasse. Und wenn Hervé glaubte, über die seinen Träumen abholde deutsche Arbeiterklasse ein bitteres Urteil fällen zu sollen, so fand er angeichts der Vergangenheit des deutschen Proletariats mit dieser Auffassung allein. . . .

In der Nr. 48 der "Neuen Zeit" schrieb Genosse K. Kautsky:

Die Stuttgarter Tage bildeten eine stolze Heerschau des internationalen Proletariats, erhebend und anfeuernd für jeden, dem es vergönnt war, ihnen beizuwohnen. Aber sie bedeuteten noch mehr. Auf dem jüngsten internationalen Kongress dokumentierten die Arbeiterbataillone aller Länder nicht bloß eine Stärke und Enschlossenheit, wie sie bisher noch nicht bekannt worden, sie schmeißten dort auch neue Waffen von außerordentlicher Wirksamkeit, die unseren Vorkämpfern wesentlich erleichtern und beschleunigen werden.

Das gilt vor allem von der Resolution über die Militärfrage, den Kernpunkt des Kongresses, aber nicht minder von den Entscheidungen der übrigen Fragen, die dort behandelt wurden. Keinerlei begnügte man sich mit schöner Rhetorik oder vagen Sätzen, die jedem erlauben, sie nach Belieben auszuliegen. Allgemein wurde diesmal der Standpunkt verlassen, der noch in Amsterdam so viele Vertreter fand, als hätten die internationalen Kongresse nicht das Recht, bestimmte Regeln des Handelns für die sozialistischen Organisationen der einzelnen Länder aufzustellen. Für jeden der fünf Punkte der Tagesordnung wurden solche Regeln, und oft sehr eingehende, festgesetzt. Nicht weil seit Amsterdam diktatorische Geleise in den Proletariats einzelner Nationen entstanden und gewachsen wären, auch nicht, weil man eine Zentralgewalt gebildet hätte, die imstande wäre, den Beschlüssen der internationalen Kongresse Geltung zu verschaffen, sondern weil die proletarischen Bewegungen der einzelnen Länder nicht nur in ihren Grundzügen, sondern auch in ihrer Praxis einander immer näher gekommen sind. Fast jede der schließlich angenommenen Resolutionen wurde einstimmig votiert. . . .

Nur in einer Frage trat ein grundsätzlicher Gegensatz hervor, in der Kolonialfrage, wo plötzlich die Idee einer sozialistischen Kolonialpolitik auftauchte. Hier standen sich eine Mehrheit und eine Minderheit gegenüber, zwischen denen der Kongress entscheiden mußte. Er entschied für die Minderheit der Kommission und gegen die Idee einer sozialistischen Kolonialpolitik. Die Mehrheit gegen diese Idee war noch größer gewesen als die für das Amendement der Minderheit, wenn über den Antrag der französischen Delegation abgestimmt worden wäre, den ersten Absatz zu streichen, der die Idee der sozialistischen Kolonialpolitik enthält. War es doch zum Beispiel die gesamte französische Delegation, die die Streichung des ersten Absatzes beantragte, obwohl Frankreich nur 8 Stimmen für den Antrag der Minorität und 12 Stimmen dagegen abgab.

Es unterliegt also keinem Zweifel, daß der Absatz, der den Gedanken einer sozialistischen Kolonialpolitik ausspricht, mindestens mit 133 gegen 66 Stimmen abgelehnt worden wäre. Wahrscheinlich wäre die Majorität noch größer gewesen.

Diese Einmütigkeit bildete das vornehmste Merkmal des jüngsten Kongresses; ebenso bedeutsam aber erscheint mir die Tatsache, daß von der führenden Rolle, die bisher die deutsche Sozialdemokratie in der neuen Internationale tatsächlich einnahm, diesmal nichts mehr zu merken war — sie hat ein Ende gefunden gerade auf dem ersten internationalen Kongress, der auf deutschem Boden stattfand.

Wurde die erste Internationale von England aus geleitet, hatte die zweite bisher ihren tatsächlichen Schwerpunkt in Deutschland, so besteht seit dem Stuttgarter Kongress neben der formellen Gleichberechtigung aller proletarischen Bewegungen auch die tatsächliche Gleichwertigkeit der wichtigsten unter ihnen, eine Gleichwertigkeit, die nicht auf einem Zurückbleiben der deutschen Sozialdemokratie, sondern auf einem rascheren Wachstum der bedeutendsten der ausländischen beruht, eine Gleichwertigkeit, die nicht zur Zersplitterung führt, sondern zu wachsender Harmonie und Geschlossenheit, weil sie auf dem Wochstum aller in gleicher Richtung beruht und weil sie allen Eifersüchteleien ein Ende macht, die im stillen manche kleinere Organisation des Auslandes hie und da hegten, wenn sie die Ueberlegenheit der deutschen Sozialdemokratie bedrückend empfanden.

Diese selbst hat darum das Schwinden ihrer Ueberlegenheit aufs freudigste zu begrüßen, entspringt es doch nicht einem Schwinden ihrer eigenen Kraft, sondern dem raschen Zunehmen der Kräfte ihrer Brüder. Die Gleichwertigkeit der sozialdemokratischen Organisationen aller großen Kulturländer, sie erst bietet die feste Grundlage, die jeden unserer Fortschritte zu einem allgemeinen und unzerstörbaren macht."

Im zweiten Teil seines Artikels setzt Genosse Kautsky die Gründe auseinander, die ihn in Gemeinschaft mit der Genossin Luxemburg veranlaßten, den Antrag zu stellen, aus der Resolution zur Ein- und Auswanderung die Forderung des Minimallohnes zu streichen. Er sagt darüber:

Vor allem darf man nicht zweierlei miteinander verwechseln: den Minimallohn, den die Gemeinde oder auch der Staat für ihre Arbeiter festsetzen. Solche Minimallohne sind möglich und nützlich, die Arbeiterklasse hat sie mit aller Kraft anzustreben, wo immer sie Gelegenheit dazu findet. Dasselbe gilt von den in Lärts-Verträgen festgesetzten Minimallohnen. Aber darum handelt es sich hier nicht, wo vom Minimallohn als einem Stücke des gesetzlichen Arbeiterrechtes die Rede ist. Ellenbogen hat auch ausdrücklich auf Viktoria hingewiesen. Unter dem hier gemeinten Minimallohn ist ein Lohnsatz zu verstehen, der von Staat und wegen für die privaten Unternehmern festgesetzt wird. Den Kampf für einen solchen Minimallohn haben unsere Männer der Wissenschaft freilich verworfen, nicht weil sie fürchteten, der Minimallohn werde zum Maximallohn werden, davon ist mir nichts bekannt, und es ist auch unerfindlich, warum die Festsetzung des Minimallohns auf die Löhne herabdrückend wirken sollte. Sie haben den Kampf darum verweigert, weil sie es für unmöglich erachteten, in der kapitalistischen Produktionsweise mit ihren unauslöschlichen Preisrevolutionen den Mindestpreis irgendeiner Ware, also auch nicht den der Ware Arbeitskraft festzusetzen und diesen Preis zu erzwingen. Der Kampf um eine wirkungslose Maßregel ist aber eine Kraftverleumdung. Das Proletariat vor einer solchen zu bewahren, seine Kräfte auf mögliche und notwendige Ziele zu konzentrieren, das ist für die Vorkämpfer der Arbeiterklasse der Hauptnutzen der Wissenschaft. Dazu bedürfen wir der Theorie und nicht zur Pflege persönlicher Hochachtung vor den Männern der Wissenschaft, was für den proletarischen Klassenkampf eine sehr gleichgültige Sache ist.

Die Tatsachen widersprechen aber durchaus nicht der Theorie, sondern, soweit überhaupt Erfahrungen über den Minimallohn vorliegen, was nur in dürtigem Maße der Fall, bestätigen sie diese.

Ellenbogen beruft sich auf die vortreffliche Bewehrung des Minimallohns in Viktoria. Was steht dort das Gesetz darüber fest? Es bestimmt nicht einen allgemeinen Minimallohn, sondern gibt dem Gouverneur das Recht, für Industriezweige, in denen besonders elende Löhne gezahlt werden, die Ermählung einer Kommission anzuordnen, in die Lohnarbeiter und Unternehmer gleich viele Vertreter entsenden. Diese erwählen einen „Unparteiischen“ als Vorsitzenden. Die so zusammengesetzte Kommission hat das Recht, das Minimum festzusetzen, unter das der Lohn in dem Industriezweig nicht sinken darf. An dessen Festsetzung sind also die Unternehmer ebenso beteiligt wie die Arbeiter. Nichtsdestoweniger haben sie, das muß man zugeben, in manchen Fällen die Mindestlöhne nicht unerheblich erhöht. Was war aber die Folge? Die Unternehmer beschäftigten nur noch die kräftigsten und geschicktesten Arbeiter. Alle minder geschickten, schwächlichen oder alten Arbeiter wurden zu dauernder Arbeitslosigkeit verurteilt. Um dem Verhungern zu entgehen, blieb diesen Arbeitern nichts anderes übrig, als das Gesetz zu umgehen, unter dem Minimallohn zu arbeiten, dem Fabrikinspektor aber zu erklären, daß sie den Minimallohn erhielten. Entweder Umgehung des Gesetzes durch die schwächeren Arbeiter selbst, oder deren dauernde Arbeitslosigkeit, das ist die Folge des gesetzlichen Minimallohns. Der Hauptfabrikinspektor von Viktoria erklärt denn auch, der Minimallohn sei nur durchführbar, wenn der Staat selbst die Arbeitslosen zu Minimallohnen beschäftige und den alten Arbeitern ausreichende Pensionen zahle. Das ist sehr richtig, aber sind diese Maßregeln durchgeführt, dann wird der Minimallohn überflüssig."

Zum Schluß fordert Genosse Kautsky Verminderung der Delegiertenzahl, um Kraft und Selbstaufwand zu sparen. Er führt dazu aus:

Man kann das um so leichter, als sich die Zuteilung der verschiedenen Stimmzahlen auf die einzelnen Nationen diesmal vortrefflich bewährt und nirgends Widerstand gefunden hat. Nichts einfacher als nun das Maximum der Zahl der Delegierten jeder Nation in ein bestimmtes Verhältnis zur Zahl der ihr zustehenden Stimmen zu setzen, etwa das Dreifache dieser Zahl als Maximum zu bestimmen, was den größten Nationen 60, den kleinsten (außer Luxemburg) 12 Delegierte gäbe, insgesamt immer noch ein mögliches Maximum von etwa 700 Delegierten. Da aber eine Reihe kleiner Nationen nicht die volle ihnen zustehende Delegiertenzahl entsenden, dürfte die wirkliche Delegiertenzahl erheblich hinter diesem Maximum zurückbleiben. Ohne eine solche Beschränkung droht aber der nächste Kongress zu einer unlenkbaren, unformlichen Massenhaftigkeit anzuführen."

Für die Geschäftsführung der künftigen internationalen Kongresse macht Kautsky dann noch folgende beachtenswerte Vorschläge:

Ebenso notwendig aber wäre es, der Öffentlichkeit die Möglichkeit zu geben, die dem Kongress vorzuliegenden Resolutionen vor seinem Zusammentritt ausreichend zu beraten. Gleichzeitig mit der Festsetzung der Tagesordnung hätte das Internationale Bureau auch die Referenten zu bestimmen und diese anzudeuten, ihre Referate und Resolutionen einige Monate vor dem Kongress zu veröffentlichen.

Ein internationaler Kongress hat nur noch bei einem Verfahren von der Art des hier vorgeschlagenen Ansichts, Resolutionen zu schaffen, die nicht bloß im ganzen und großen, sondern auch in allen Details wohlüberlegt sind und jeder Kritik standhalten. . . .

Unsere Kongresse sind keine Parlamente, die Hunderte von Tagen im Jahre beisammen sitzen und es ermöglichen, daß jeder Standpunkt aufs ausführlichste vertreten wird. Nicht die Diskussion ist ihre wesentliche Funktion, nicht die Arbeit der Aufklärung und Begründung, sondern die Beschlußfassung, die Feststellung der Kraftverhältnisse der einzelnen Nationen der proletarischen Bewegung. Sie haben nicht zu zeigen, welcher Standpunkt richtig, welcher falsch ist, sondern welcher von der Mehrheit geteilt wird, welcher nicht.

Der Kampf der Argumente ist weit weniger Sache der Kongresse als der Parteipresse. Je mehr unsere Kongresse, nationale wie internationale, von Fragen der Praxis, der Organisation und des Kampfes, in Anspruch genommen werden, desto weniger werden sie Fragen der Grundsätze diskutieren, desto mehr werden sie darüber bloß Abstimmungen herbeiführen können, desto mehr wird an Stelle der Diskussionen bloß eine ausführlichere Motivierung der Abstimmung treten müssen."

Aus der Partei.

Erklärung.

Gegen die dem Verhandlungsbericht aus dem 2. Wahlkreis angehängte Redaktionsbemerkung habe ich nur zu erklären, daß mich der geschmackvolle Vorwurf der Verleumdung nicht treffen kann; ich habe ja nur die illoyale Art gegeteilt, mit der die Redaktion den Genossen, die in der Mehrheits-Kolonial-Resolution andere Meinungen vertraten, die bekannten Motive der schlechten Bestimmung unterlegte. Motive, die in letzter Linie auf Parteiverrat hinauslaufen. Meine „notorische Befangenheit“ braucht mich nicht zu entschuldigen; ich glaube vielmehr der Redaktion nahe genug zu sein, um sie zu kennen. Freilich, zu der Höhe der Sachlichkeit reiche ich nicht heran, die der Redaktionsvertreter Genosse Ströbel in der Versammlung behauptete, als er mich belehrte, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika seit 140 Jahren keine englische Kolonie mehr seien und daß im Reichstag nicht die „Revisionsisten“, sondern nur die „Radikalen“ gegen die Kolonialgremien usw. aufgetreten seien. Aber die Versammlung hat ja in der Ablehnung der von Hülle eingebrachten Resolution ihr Urteil abgegeben.

Wenn die Redaktion meint, die Schärfe ihrer Zurückweisungen gehe aus dem Verammlungsbericht nicht genügend hervor, so darf ich wohl auch gegen die meine Ausführungen wiedergebenden nicht „kritischen“ Darlegungen des Berichterstatters ein paar Richtigstellungen gestalten. Ich beschränke mich auf drei Punkte. — damit mein Schweigen nicht für künftige Schlussfolgerungen als Zustimmung aufgefaßt werde.

1. Ich habe nicht gesagt, daß Genosse Wurm sich für die Kolonialpolitik erklärt habe, sondern nur gemeint, sogar Genosse Wurm habe den parteigefährlichen Charakter der Resolution von Kol-David nicht erkannt, sonst würde er nicht gemeinsam mit David die Abänderungsform vertreten haben.

2. Ich habe nicht gesagt, daß der Kongress über die Frage des angeblichen Ruhens und Schadens der Kolonien nicht lange zu debattieren gehabt hätte, sondern ich sagte, wenn nur die deutsche Kolonialpolitik zur Debatte gestanden hätte, so wäre der Kongress in 5 Minuten damit fertig gewesen.

3. Ich habe auch nicht gesagt, daß ich Wort für Wort unterschreibe, was Vernstein gesagt habe, so unvorsichtig bin ich nicht, sondern ich erkläre nur, was Vernstein in bezug auf den Verkauf der Kolonien und dessen Konsequenzen gesagt habe, unterschreibe ich Wort für Wort.

Richard Fischer.

Wir haben darauf zu erwidern:

Fischer behauptet erneut die Unwahrheit, wenn er bemerkt, der „Vorwärts“ habe in illoyaler Art irgendwelche Genossen ihrer Stellung zur Kolonialresolution wegen „Motive der schlechten Bestimmung“ unterworfen, die „auf Parteiverrat hinauslaufen“. Der „Vorwärts“ hat lediglich der Wahrheit gemäß festgesetzt, daß die Genossen van Kol und Vernstein Äußerungen getan haben, die mit der bisherigen Stellung der Partei im schroffen Widerspruch stehen. Das war Recht und Pflicht der Redaktion des „Vorwärts“. Daß das Fischer nicht gesteht, der ja gleich Vernstein den Verkauf der Kolonien — einen Standpunkt, auf dem sogar noch vor Jahresfrist die „Freie Stg.“

stand! — für nicht wünschenswert hält, ist ja begreiflich. Aber das gab ihm kein Recht, dem „Vorwärts“ „struppelose Redaktionsführung“ vorzuwerfen. Wir wiederholen, daß wir das jedem anderen als Fischer gegenüber, dessen Temperamentsausbrüche ja nicht besonders tragisch genannt zu werden pflegen, als Verleumdung bezeichnen müßten.

Die „Verleumdung“, daß die Vereinigten Staaten bereits seit 140 Jahren — der Unabhängigkeitskrieg begann 1774 — keine Kolonie mehr seien, war sachlich notwendig, weil Fischer in ähnlicher Weise wie Vernstein in Stuttgart die einer ganz anderen Kolonialpolitik angehörende amerikanische Kolonialpolitik mit der heutigen Kolonialpolitik zusammenwarf.

Eine Verdrehung Fischers ist es, daß Ströbel behauptet habe, im Reichstag seien die Revisionsisten nicht gegen die Kolonialgremien „eingetreten“. Was ja so gedeutet werden könnte, als habe Ströbel bezweifelt, daß die Bekämpfung der Kolonialgremien durch die Fraktionsredner nicht von der gesamten Fraktion gebilligt worden sei! Ströbel hat vielmehr ausgeführt, daß vornehmlich gerade die Radikalen im Parlament und der Presse diese positive kolonialkritische Arbeit geleistet hätten. Will das Fischer bestreiten?

Darüber, in welchem Sinne die Ablehnung der von Hülle eingebrachten Resolution zu deuten sei, wollen wir uns mit Fischer nicht streiten. Es genügt die Feststellung, daß Fischer, dessen polemische Besessenheiten ja durch den Bericht hinlänglich charakterisiert werden, sich des demagogischen Mittels bediente, der Resolution zu unterstellen, sie wolle die deutsche Delegation „ohrfeigen“.

Ein solcher Debatter ist in der Tat der geeignete Mann, sich als Zensor über Loyalität oder Unloyalität des „Vorwärts“ aufzuspielen!

Eine Reform der Geschäftsführung des Parteitagess regt Genosse Karl Kautsky in seinem an anderer Stelle ausgedehnter wieder-gegebenen Artikel der „Neuen Zeit“ über den Stuttgarter Kongress an. Er schreibt:

„Nebst dem würde es sich empfehlen, Referate über Gegenstände von grundsätzlicher Bedeutung auch für unsere deutschen Parteitage schon einige Zeit vor dessen Zusammentritt im Druck erscheinen zu lassen. Ihre Diskutierung wäre eine ausgiebigere und vielseitigere, die Delegierten könnten das Referat gründlicher studieren, der Kongress endlich gewönne mehr Zeit und wir vermieden das so oft schon eingetretene peinliche Vorwärtswort, daß ein hochwichtiges, vorzüglich ausgearbeitetes Referat aus Mangel an Zeit von der Tagesordnung abgelehrt werden oder am Schluß der Verhandlungen vor einem gänzlich erschöpften Kongress stüchzig vorgebracht werden und ohne jede Diskussion erledigt werden mußte.“

Zur Angelegenheit v. Elm.

In der „Freien Presse“ zu Elberfeld erschien folgende Erklärung:

„Besänntlich ist die Elberfelder „Freie Presse“ mit scharfer Kritik gegen die Rede des Genossen v. Elm auf dem Düsseldorf Kongress nennenswerte Vorgegangen. Genosse v. Elm hat auf diese Angriffe sachlich gar nicht erwidert, hat vielmehr auf der Stelle — in einer Zuschrift an die Düsseldorf „Volkszeitung“ — zu persönlichen Beschimpfungen gegriffen, die er nachher in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ noch fortgesetzt hat. Auf diese Beschimpfungen habe ich nichts erwidert und erwidere ich auch heute nichts, weil ich unter keinen Umständen meine Hand dazu bieten werde, aus einer sachlichen Erörterung eine persönliche Schimpferei zu machen.“

Als ganz besonders schälimm stellte es Genosse von Elm hin, daß die gegen ihn gerichteten Artikel nicht mit dem Namen des Verfassers unterzeichnet und ihm nicht (von der Redaktion oder vom Verfasser) sofort zugelaufen worden sind, dies gab ihm Anlaß zu der Beschimpfung: der Verfasser habe „nicht den Mut gehabt“, mit seinem Namen für seine Anklagen einzutreten, und man habe „aus dem sicheren Versteck einer Redaktionsstube vergiftete Pfeile“ auf ihn abgeschossen.

Selbstverständlich habe ich nie Veranlassung gehabt, meinen Namen als Verfasser der Artikel zu verheimlichen; ich bin einfach dem in der deutschen Presse allgemein üblichen Brauch gefolgt, demzufolge der Verfasser eines politischen Artikels sich nur in Ausnahmefällen nennt, insbesondere dann, wenn hervorgehoben werden soll, daß die Redaktion mit seinen Ausführungen im wesentlichen nicht übereinstimmt.

Aber ebenso wenig hatte ich bisher Anlaß, um nachträglich von dem üblichen Brauch abzuweichen, sag es doch klar zutage, daß es sich hier nur um ein Fehlerkenntnis des Genossen von Elm handelte, dazu bestimmt, die Aufmerksamkeit der Genossen von dem sachlichen Inhalt des Streit es auf eine persönliche Nebenfrage abzulenken. Wie sehr das Ganze nur eine Spiegelschere war, lehrt die Tatsache, daß Genosse von Elm sowohl die Angriffe wie den Namen ihres Ueberbers in Wirklichkeit sofort erfahren hat, nicht von mir, aber von seinen Freunden, die es ihrerseits von mir wußten.

Nun sind aber neuerdings Ereignisse eingetreten, die es mir notwendig erscheinen lassen, nunmehr auch öffentlich in aller Form mit meinem Namen hervorzutreten.

Besänntlich hat Genosse von Elm sich in seinem Wahlkreis Elmsborn-Binneberg ein Vertrauensvotum aufstellen lassen, worin es wörtlich heißt:

„Die . . . Generalversammlung . . . erklärt es für eine Niederträchtigkeit, wenn er (v. Elm) jetzt von Reuten, die sich als Parteigenossen gerieren, zum Gaudium der Gegner und in totaler Unkenntnis der Sache mit Schmutz beworfen wird, weil er analog früherer Entschuldigungen anderer hervorragender Parteigenossen sich gegen ihm zu weitgehenden Forderungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen interessierter Kreise in der Konsumgenossenschaftsbewegung erklärt hat.“

Die Leser der „Freien Presse“ wissen, daß diese Begründung ganz falsch ist. Nicht weil v. Elm irgend welche „ihm zu weitgehende Forderungen“ verworfen hat, habe ich ihn angegriffen, sondern weil er Forderungen verworfen hat, die wie der Natur-Lohnsatz, die 60 stündige Arbeitszeit pro Woche, die völlige Sonntagsruhe usw. zu dem Minimum dessen gehören, was ein Sozialdemokrat erstreben muß, und weil er überdies sein Verhalten mit durchaus kapitalistischen Gründen motiviert hat. Wörtlich habe ich geschrieben: „Die ganze Rede war ein einziger Hohn auf alle sozialdemokratischen Grundzüge.“ Das war der Grund meiner Angriffe, nicht aber eine Meinungsverschiedenheit über die Höhe irgendwelcher beliebigen Forderungen.

Das haben die Elmsborn-Binneberger Genossen, als sie der Resolution zustimmten, offenbar nicht gewußt. Und somit liegt der Schluß nahe, daß sie über den Streit falsch informiert worden sind. Wer anders kann sie informiert haben, als v. Elm selbst? Und wenn nicht, so hätte er als wahrheitsliebender Mann doch die Genossen, die von falschen Voraussetzungen ausgingen, über den wahren Sachverhalt aufklären müssen. Das hat er nicht getan.

Bei der Erörterung der Binneberger Resolution hat dann v. Elm (nach dem Bericht des „Vorwärts“) gesagt:

„Er habe es iat, von gewissen Journalisten sich beschimpfen und verleumden zu lassen und werde ihren Ausschluß aus der Partei beantragen.“

Ich habe das für leere Modomantie gehalten und deshalb auch dazu bisher geschwiegen. Nun aber lese ich heute in der Parteipresse: folgt der vom „Vorwärts“ veröffentlichte Anschlußantrag des Genossen v. Elm gegen fünf Handwerker Lagerhalter.

Also gegen einige Lagerhalter, die sich vielleicht (ich weiß es nicht) aus den Inhalt meiner Artikel gestiftet haben, geht v. Elm vor; ich selbst habe bisher keine Kunde von einem gegen mich

gestellten Ausschlagantrag bekommen. Wohlgerichtet wird v. Ein dies damit begründen, daß er ja offiziell gar nicht wisse, wer der Verfasser der Artikel sei. Diese Ausschlag muß ich ihm benehmen, und so erkläre ich denn hiermit feierlich und öffentlich, daß ich der Verfasser der oben genannten Artikel der „Freien Presse“ bin. Meine Adresse sowie die Organisation, an die der Antrag zu richten ist, erfährt von Ein aus der Unterschrift. Und nun darf ich wohl recht bald um seinen Antrag bitten.

Julian Vorkhardt,
Schriftsteller,

Berlin SO. 86. Boudoirstr. 21, Eingang Hofstr. 54, Mitglied Nr. 488 des Wahlvereins für Treptow-Vaumshulenberg, Ortsverein des Sozialdemokratischen Zentral-Wahlvereins für den Kreis Keltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg.

Der erste Sozialdemokrat im galizischen Landtag. Aus Jaraz wird der Wiener „Arbeiterzeitung“ vom 3. September gemeldet: In den galizischen Landtag hält nun ein Sozialdemokrat Einzug. Heute wurde im ruthenischen Landgemeinbezirk Jaraz die Wahl für den Landtag vorgenommen und Genosse Andreas Szmigielczyk, ein intelligenter Bauer, wurde mit 78 gegen 66 Wahlmännern gewählt. Der Gegenkandidat war der Bauer Michael Gregorzak. Die Wahl ist ein großer Erfolg der ruthenischen Sozialdemokratie, die unter den Bauern unseres im äußersten Nordosten des Landes gelegenen Bezirkes begeisterte und opferfertige Anhänger hat. Die Schlacht hat heute eine Niederlage erlitten, die sie schwer verwunden wird. Trotzdem bei der Reichsratswahl Genosse Ostapczuk in unserem Bezirk die überwältigende Mehrheit der Stimmen erlangt hat, hoffte sie auf einen Erfolg. Die Bedingungen für sie waren auch günstiger. Das Wahlrecht zum Landtag ist beschränkt und muß öffentlich ausgeübt werden; dann hat sie einen ruthenischen Bauern eingefangen, um den Bezirk der Sozialdemokratie zu entreißen, und ihr Bezirkschauptmann und ihre Bezirkskommissäre haben die schwersten Mißbräuche nicht gescheut. Es war umsonst. Auch in den galizischen Landtag, das Heiligtum der Schlachzigen, ist die Sozialdemokratie eingezogen!

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die beleidigte Polizei.

Halle a. S., 5. September.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Genosse Fröhlich vom „Volkblatt“ für Halle wurde vom hiesigen Schöffengericht wegen Beleidigung der Kreisraier Polizei zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Vorstehender des Gerichts war Amtsrichter Hoffmann, den unser Genosse als besangenen abgelehnt hatte.

Strafstoße der Presse. Wie wir seinerzeit berichteten, wurde der verantwortliche Redakteur der „Märkischen Volkszeitung“, Genosse Kasparek, von der Kottbuser Strafkammer wegen angeblicher Beleidigung eines Stationsvorstehers zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Da der Staatsanwalt in Rücksicht auf die Unbescholtenheit des Verurteilten „nur“ 14 Tage Gefängnis beantragt hatte, legte er, da die Begründung des Urteils dafür Raum ließ, Revision beim Reichsgericht mit dem Erfolg ein, daß das Urteil aufgehoben und zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen wurde. In der erneuten Verhandlung verschaffte der Staatsanwalt dem Verurteilten zwar abermals keine Gefängnisstrafe, doch ist das Sühnopfer auf 100 M. erhöht worden.

Aus Industrie und Handel.

Preisstatistik.

Die „Wossische Zeitung“ zeigt in einer regelmäßig monatlich veröffentlichten Aufstellung die Bewegung der Preise der wichtigsten Lebens- und der allgemein gebräuchlichen Genusmittel. In der letzten Aufstellung bringt sie die Jahresdurchschnittspreise von 1905 und 1906 in Vergleich zu den im Juli 1907 gezahlten, indem sie den Durchschnittspreis für das Jahrzehnt 1889 bis 1898 zugrunde legt und ihn gleich 100 setzt. Dabei ergeben sich für die wichtigsten Lebensmittel sehr starke Steigerungen. Auch gegen das Vorjahr sind die Preise wiederum gestiegen, namentlich bei allen Getreidearten. Diejenigen Waren, welche gegen 1906 einen Preisrückgang aufwiesen, sind zum Teil solche, die für den Massenkonsum nicht sehr ins Gewicht fallen, andererseits sind die Rückgänge nur ganz unbedeutend. Allerdings sind einige wichtige Waren wie Schweinefleisch, Kalbfleisch und Hühnerfleisch beträchtlich billiger wie im Vorjahre, doch muß man dabei bedenken, daß die Preisbildung bei diesen Waren gerade im Vorjahre unnatürlich gewesen ist und daß sie damals geradezu Ausnahmepreise erreicht hatten.

Sehr beträchtliche Steigerungen weisen auch die Preise wichtiger Produkte auf, aus denen die notwendigen Verbrauchsmittel hergestellt werden, ferner sind Kohlen, Metalle und andere Rohstoffe viel teurer geworden. Dieser Preisrückgang wirkt naturgemäß auf die Fertigprodukte nicht gerade verhängnisvoll; letztere werden vielmehr in höherem Maße sich verteuert haben. Dazu kommt, daß der Kleinhandel die Preise nach oben immer noch aufrechterhält und daß der Kleinhandel wohl einem Preisaufstieg leicht und schnell zu folgen pflegt, dem Preisrückgang aber stets erheblich nachhinkt.

Um welche Preissteigerungen es sich in den letzten Jahren handelt, kann jeder aus den folgenden paar Zahlen ersehen, in denen die Waren zu Gruppen zusammengefaßt sind. Der Durchschnittspreis des Jahrzehnts 1889/98 ist gleich 100 gesetzt. Dann kosteten

	im Jahresdurchschnitt	im Juli	
1905	1906	1907	
Getreide	101,01	105,05	124,88
Sonstige inländische landwirtschaftliche Produkte	120,15	93,13	109,25
Ausländ. landwirtschaftl. Produkte	108,77	110,97	122,38
Tierische Produkte	132,64	130,50	128,10
Textilprodukte	116,44	134,61	151,67
Mineralien	126,03	147,88	156,01

Nur die tierischen und die inländischen landwirtschaftlichen Produkte sind seit 1905 zurückgegangen; gegen das Jahrzehnt 1889/98 weisen aber auch sie außerordentliche Preissteigerungen auf. Eine Berechnung nach dem Indexverfahren ergibt für alle Waren eine Preissteigerung um mehr als ein Drittel. Damit ist natürlich die Steigerung der Kosten der Lebensverhältnisse noch lange nicht erschöpft, denn der wichtigste Faktor der Wohnungsmiete, in deren Steigerung die Verteuerung der Wohnungsherstellung und nicht zu vergessen die riesigen Spekulationsgewinne stecken, ist noch nicht einmal dabei berücksichtigt.

Rechnen wir bei allem sehr vorsichtig und milde, und sehen wir auch von der Berechnung mit dem Generalindex ab, weil sein Wert doch immer ein höchst problematischer ist, so bleibt doch eine so große Steigerung der Preise und der Lebenskosten übrig, daß es für das werthaltige Volk ausgeschlossen war, sie durch Erfolge von Lohnbewegungen wieder weit zu machen.

Der Zweck, den wir mit unseren Darlegungen in bezug auf Preise verfolgen, ist immer, zu sehen, wie sie auf den Haushalt der breiten Massen wirken. Uns liegt gar nichts daran, daß der Preis einer Ware um ein Komma fünfzig höher oder gefallen ist, uns liegt vielmehr an der Wirkung der Preisrückgänge und -steigerungen auf den Haushalt des Arbeiters. Wir operieren nicht mit den Dezimalen und den Hundertsteln von Prozenten, wo die Finger und die Zehner nicht stimmen. Wir operieren auch nicht von heute auf morgen wie Leute, die aus der Last der kurzfristigen Schwankungen heraus gleich immer grundstürzende Änderungen und Revisionen ihrer Anschauungen vorzunehmen bereit sind.

Immer ist es nicht so leicht, den Zahlenkitterungen entgegenzutreten, wie in der Frage des billigeren Brotes der englischen und deutschen Arbeiter. Das liegt aber an der Mangelhaftigkeit unserer Preisstatistik. Davon ist das Öfteren in der „Kommunalen Praxis“ die Rede gewesen (4. Jahrgang Nr. 9 und 7. Jahrgang Nr. 30).

Wir müssen darauf etwas eingehen, um die Schwierigkeiten, mit derartigen statistischen Zahlen zu operieren, aufzuzeigen. — In erster Linie sticht beim Aufstellen von Preisstatistiken die Frage auf, ob Großhandelspreise oder Kleinhandelspreise zugrunde zu legen sind. Da der Arbeiter von der Hand in den Mund lebt, ist er auf den Kleinverkauf angewiesen, weshalb also Kleinhandelspreise benützt werden müssen. Das führt aber schon aus dem Grunde zu Mißverständnissen, weil nicht überall solche Preise notiert werden, während die Großhandelspreise an den bedeutendsten Märkten stets zu erlangen sind. Die Kleinhandelspreise machen aber nicht die Schwankungen der Großhandelspreise mit, sondern zeigen ganz eigene Bewegungen. — Bei der Erhebung der Kleinhandelspreise fragt sich weiter, ob man Mark- oder Ladenpreise benützen soll. Beide laufen nicht gleich, und die Spannung zwischen ihnen ist oftmals erheblich und a priori kaum zu beurteilen. Um Arbeiterpreise zu bekommen, wird man in den Städten die Ladenpreise besonders heranziehen müssen. Das fählet jedoch wieder eine Vergleichung der Preise von Ort zu Ort aus; dafür sind wieder die Marktpreise besser geeignet. Zudem hängt die interlokale Vergleichbarkeit wieder ab von den Bedürfnissen der Bevölkerung und ihren Lebensverhältnissen in den verschiedenen Landesteilen. Wo bessere Warenqualitäten bevorzugt und bezahlt werden können, scheinen die Lebensverhältnisse teurer zu sein, ohne daß sie es gerade in der Wirklichkeit zu sein brauchen. Dies führt zugleich auf einen weiteren Umstand, nämlich den, welche Qualität der Waren den Erhebungen überhaupt zugrunde zu legen sind: eine gute, eine mittlere oder eine mindere. In den von vielen statistischen Kernen in ihren statistischen Wochen-, Monats- oder Vierteljahrsberichten verzeichneten Preisen wird meist der Preisumfang angegeben, oft aber auch ein Mittelwert oder ein Durchschnitt der Preisstufen, in anderen Fällen der Preis der gangbarsten Sorten, oder der Durchschnittspreis der gangbarsten Sorte und dergleichen mehr. Das führt zu außerordentlichen Unterschiedlichkeiten. Damit noch nicht genug. Eine genaue Erfassung der gezahlten Summen müßte berücksichtigen, wie viel von jeder Sorte eigentlich gekauft worden ist! Die Zahlen der französischen Statistik zeigen, wie bedeutendswoll die Veräuflichung der in verschiedenen Preislagen gekauften Warenmengen ist.

Alle die vorgebrachten Fragen spielen auch eine Rolle bei einer weiteren sich aufdringenden Frage, nämlich der nach der Art der zu erhebenden Waren. Diese sind je nach den Gewohnheiten in den verschiedenen Landesteilen sehr mannigfaltig. Die Kleinhandelspreisstatistik ist vornehmlich für jeden einzelnen Ort da. Man sieht auch hier wieder, welche Schwierigkeiten der interlokale Vergleich hat. Wie nun erst bei Vergleichen für verschiedene Länder?

Schließlich drängt sich als sehr wesentliche Frage auf, durch wen denn die Preise erhoben werden sollen, ob durch die Verkäufer, oder durch die Marktpolizeibeamten oder durch Umfragen der statistischen Kerne bei den Ladeninhabern oder Konsumvereinen oder sonstwie. Die Mitwirkung der Erhebungsbeamten hat sich, wie das nicht anders zu erwarten war, in Preußen als gänzlich unzuverlässig erwiesen. — Für interlokale Vergleiche müßte zudem neben den örtlichen Behörden noch die Landesstatistik eingreifen, die in Deutschland selbst wieder sehr verschieden ist. Das reichsstatistische Amt wird die Landesstatistik nicht umgeben können, weil die Einzelstaaten selbst solche Statistiken herstellen, und das führt wieder zu erheblichen Verzögerungen in der Berichterstattung. In Preußen hat man dabei hauptsächlich auf die Beobachtung des Ernährungszustandes der Bürgerfamilien Gewicht gelegt, während doch zweifellos die Erkenntnis der Ernährungsverhältnisse der breiten Volksklassen um gleich viel wichtiger ist.

Wir sehen, welche Schwierigkeiten allein schon zu überwinden sind, wenn eine Preisstatistik aufzustellen ist. Und welche Komplikationen treten erst noch in die Betrachtung ein, wenn bei der außerordentlichen Verschiedenartigkeit der Bedürfnisse der Bevölkerung in den einzelnen Landesteilen diese mangelhaften Zahlen zur Beurteilung der Ernährungsverhältnisse der Bevölkerung benützt werden sollen! — Spricht man so schlechtlich von Preisen, so ahnt man gar nicht, mit welcher komplizierten Begriffen man es zu tun hat. Zur Entscheidung der eingangs erwähnten Fragen ist es aber durchaus nötig, diesen Begriffen auf den Grund zu gehen, wenn man nicht Gefahr laufen will, eilig anzuwenden. Und auf Grund solcher Begriffe über Fragen zu streiten, von denen sie doch nur Einzelfaktoren sind, ist keine leichte und stets eine mißliche Aufgabe.

Man erfährt aus unseren Darlegungen, wie lächerlich es ist, bei Preisen mit kleinen Zahlenangaben zu arbeiten. Nur die größeren geben einen Anhalt über die Richtung, in der sich das Ganze bewegt, ein absolutes Bild geben sie auch nicht. Diese Erkenntnis ermahnt dazu, im Streite vorsichtig zu sein. Wir haben nur betrachtet, welches Gewicht diese Frage bei genauerer Betrachtung zeigt, nicht, wie man als Statistiker zu verfahren hat, weil das zu weit führen würde.

Bankiertag. Die in Hamburg auf ihrem dritten allgemeinen Kongreß versammelten Bankiers nahmen einstimmig eine Erklärung an, in der sie die Abschaffung des Börsenregisters und die Wiederzulassung des Terminkontrahs in den Anteilen der Bergwerks- und Fabrikunternehmungen für ebenso unerlässlich erachtet, wie die Erweiterung des Kreises der zur Erhebung des Spiel- oder Differenz-einwands nicht berechtigten Personen. Ferner spricht der Bankierstag die dringende Erwartung aus, daß eine diesen Forderungen genügende Novelle in dem Reichstage noch in der gegenwärtigen Session zur Beratung und Verabschiedung gelangt. Am Schlusse der Erklärung heißt es: Der Bankierstag spricht sich gegen die zurzeit stattfindende Erhebung des Umlandestempels für ausländische Wertpapiere bei der Einbringung ins Inland aus, weil diese Bestimmung die deutschen Erwerber ausländischer Effekten zu deren Verlassung im Auslande veranlassen und damit in kritischen Zeiten eine zweifelhafte Verlegung über jenen Effektenbesitz erzwängen würde. Zur Vermeidung dieses Mißstandes empfiehlt der Bankierstag unter der Wiederherstellung der entsprechenden Vorschriften des Reichstempelgesetzes vom 1. Juli 1881 und 29. Mai 1885, die ausländischen Effekten einer Besteuerung erst dann zu unterwerfen, wenn die erste inländische Hand sie zum erstenmal in den inländischen Verkehr bringt.

Ein rechtliches Schmerzenskind für die Herren Dividendenjäger ist die vor einigen Jahren in Dortmund gegründete Gesellschaft „Nordseewerke Emden, West und Ost A.G.“, an der vornehmlich Dortmund Kapital beteiligt ist. Die auf die Zukunft gebauten Hoffnungen sind ins Wasser gefallen und steht die Gesellschaft, nachdem sie ihre Wähler hat prüfen lassen müssen, notgedrungen vor der Sanierung. Die gestern abgehaltene Gläubiger-versammlung biß in den sauren Apfel und erklärte sich, um event. wieder zu ihrem Gelde zu kommen, mit der Sanierung einverstanden, allerdings unter der Voraussetzung, daß erstens die Aktionäre mindestens 1.800.000 M. zuzahlen müssen, zweitens, daß alle Gläubiger mit Forderungen von über 1500 M. zustimmen, drittens, daß mit den Schiffsbesitzern geeignete Abkommen getroffen werden, und vierdens die Hälfte der Forderungen in Bar beglichen werden. Für die andere Hälfte nehmen die Gläubiger Vorkaufsalien. Das Gesamtkapital der dem Plane zustimmenden Gläubiger kann jetzt auf 900.000 M. angegeben werden.

Steigende Kälberpreise. Die Preise für auf dem holländischen Viehhof zu Markt gestellten Kälber sind bedeutend gestiegen. Der Durchschnittspreis war am 14. v. Mts. bereits auf 124 M. für 100 Kilogramm Schlachtgewicht zurückgegangen und stieg am Mittwoch auf 145 M.

Aus der Frauenbewegung.

Vorwärts.

Durch die vollständige ökonomische Umwälzung und Verschiebung unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse trat eine Erziehungsurage, die allen Sphären einen heillosen Sacerd einjogte, sodas darüber die Puberzöpfe zu wackeln begannen. Eine Bewegung wurde stark, die verlangt, daß die Frau als Volkswirtin

gewertet werde, auf Grund ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Pflichten, denen notwendiger- und logischerweise auch entsprechende Rechte gegenüberstehen müssen. Die kapitalistische Entwicklung zwang die Frau, sich in die Arena des wirtschaftlichen Kampfes zu stellen, ein Umstand, der es bedingte, daß sich ihr beengter Gesichtskreis erweiterte und der ihre bisherige Rechtlosigkeit in hellstem Lichte hervortreten ließ. Der Wert und die Notwendigkeit der Betätigung der Frauen auf sozialem und politischem Gebiet trat mit prägnanter Deutlichkeit zutage. Und so bahnte sich das erwachende Weib langsam, Schritt für Schritt, sicher und zielbewußt den Weg zur Emanzipation. Vorbei ist die Zeit, wo die Idealgestalt, die Schlüssel und Stopynabel schwingende Hausfrau, zufriedene in ihrer kleinen Welt, als Herrscherin im Reiche der Kochtöpfe sich wohl und dollaus befriedigt fühlte und ihr geistiger Horizont nicht über die Enge des häuslichen Kreises hinausreichte. Wo nur Reid, Praderie, Mätzchen und Putzucht den Inhalt ihres arbeitsamen Lebens bildete. Vorbei, und alle Klagen um die „gute alte Zeit“ bedeuten in der modernen Gegenwart nur Entengedächtnisse im erwachenden Morgen. In einer Zeit, wo die kapitalistische Raubwirtschaft in trunkenem Beutegier unaufhaltsam ihren Siegeszug über die Erde nimmt, aufbauend, zerstörend, umgestaltend und kürzend, Schritt für Schritt, aber um so sicherer sich in seinem eigenen Labyrinth verirrt, aus das ihn nur der Sozialismus befreien und ablösen kann, verhalten rührselige Betrachtungen und wehleidige Klagen wie Schall im Winde. Selbst der „höheren Tochter“, die außer ihren mehr oder weniger anziehenden Reizen und einem unbändigen Stolz nichts „Ningendes“ aufzuweisen hat, kommt mehr und mehr in die trostlose Lage, dem poetischen Verufe, „eine Ehe im Himmel zu schließen“, der „Sonnenschein“ des Hauses und das zärtliche Wesen zu sein, das dem heimflehrenden Gatten die trübe Laune hinwegzaubert und inmitten der „blühenden Ackerfelder“ zu walten und zu schalten, entsagen zu müssen. Da mit tritt an sie, sobald die Wforten des ertlichen Heims sich für immer schließen, der werbittliche Ernst des Lebens und durch die brutale Macht der Notwendigkeit sieht sie sich plötzlich allein vor den wirtschaftlichen Kampf gestellt. Hat sie mehr gelernt als Wolger-spielen und in holperigem Schulfrauzösisch zu sonderieren, so kann sie von Glück lagen. Wehe aber, wenn dies nicht zutrifft und sie mangels jedweder Fähigkeiten und Kenntnisse hinaus in die tosende Brandung des brutalen Existenzkampfes gestochen wird, sie verflucht und ist unrettbar verloren. Aber selbst, wenn sie genügend Wissen besitzt und die Ellenbogen mutig zu gebrauchen weiß, so werden ihr von ihren männlichen Standesgenossen aus stillem Reid und eugherziger Konkurrenzsucht fortwährend Steine in den Weg gerollt, mit der feststehenden Absicht, die weibliche Konkurrenz aus dem Veris zu verdrängen. Und da kommen wir auf eine zweite Erwägung zu sprechen: Auf die proletarische Frauenbewegung. Dieselbe ökonomische Bedingung, die die bürgerliche Frauenbewegung schuf, hat auch die proletarische zeitigt. Und doch: wie grundverschieden sehen die beiden „Zwillinge“ aus. Da ist keine Spur auch nur der entferntesten Familienähnlichkeit zu entdecken und jegliche Geschwisterbande sind, bis auf einige dünne Aden, zertrissen. Während die höhere Schwester, die Nase rümpfend, auf ihre plebejische Verwandte gering-schäßig herabsieht, andererseits mit ihrem männlichen Standesgenossen einen erbitterten Existenzkampf führt, steht die proletarische, klassenbewußte Arbeiterin solidarisch in den Reihen ihrer Arbeitsgenossen. Schulter an Schulter trotzen sie dem Unternehmern und kämpfen, frei von aller Scheelsucht, den stolzen, weltbewegenden Emanzipationskampf für alle Unterdrückten ohne Unterschied des Standes und Geschlechts. Indem die bürgerliche Schwester ihre ganze Kraft gegen die egoistischen Auswüchse ihrer „galanten“ Standesgenossen einsetzt, stützt sie die proletarische Kämpferin, in friedlicher Eintracht, der Größe des gemeinsamen Zieles bewußt, an der Seite ihres männlichen Geschlechts, gegen die verheerende Wirkung des kulturfeindlichen Kapitalismus mit all seinen üblen Begleiterscheinungen. Deshalb stehen sich auch die beiden Bewegungen diametral gegenüber, sowohl in der Frage des Frauenstimmrechts als auch in ihren Endzielen. So fordert die sozialistische Bewegung ohne jede Einschränkung das allgemeine, gleiche, direkte Wahl- und Stimmrecht mit geheiner Stimmabgabe für alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Damit ist klipp und klar unser programmatischer Standpunkt dargelegt, während die bürgerliche Frauenbewegung durch allerlei Winkelzüge und auf allen möglichen Umwegen ein Wahlrecht zu erreichen sucht, das in erster Linie auf ihre Interessen zugeschnitten ist. In den oberen Kreisen ist man ja auch nicht abgeneigt, ein beschränktes Wahlrecht, das an Besitz und Bildung gebunden ist, ein sogenanntes „Damenwahlrecht“, zu bewilligen, in der sicheren Hoffnung, der proletarischen Frauenwahlrechtsbewegung das Wasser abzugraben und die Reaktion zu stärken. Denn das steht fest: haben die Damen erst ihr Schäfchen im Trocknen, so verstimmt auch ihr Geschrei und sie ziehen sich befriedigt in den bescheidenen Ruhe-winkel zurück. Anders die Proletarierinnen: Gleiche Pflichten, gleiche Rechte! Heraus mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht! Kein Wahlkampf mehr, ohne die nachdrückliche Forderung des unbeschränkten Frauenwahlrechts, lautete die kampfes-trohe Losung auf der Stuttgarter Frauenkonferenz. Und unsere betönderungswürdige, unvertutliche Genossin Jekku, welche sich ihrer Aufgabe als Referentin über das Frauenstimmrecht in gewohnter glänzender Weise entledigte, betonte mit aller Schärfe, daß die Frage des beschränkten Wahlrechts glatte Weg zu verwerfen, und die Devise zu erheben sei: Frauenwahlrecht oder nichts! Und sie schloß ihre wirkungsvollen Ausführungen mit dem wichtigen Appell an die Genossinnen: Die Frauen selbst aber müssen die treibenden Kräfte in diesen Kämpfen sein und müssen dadurch beweisen, daß sie für den Gebrauch des Frauenwahlrechts reif sind, und aus ihren Gebelnen werden dann die Richter ersehen, Kämpfer und Kämpferinnen, die sie nicht nur ersehen, nein, die sie an Kampfesstempel überreichen werden.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Groß-Lichterfelde und Umgegend. Montag, den 8. September, 8 1/2 Uhr, in Lichterfelde, Chausseest. 104, bei Meisen: Vorrag.

Gewerkchaftliches.

Zwei Telegramme!

Gestern erhielten wir aus Hamburg folgendes merkwürdige Privat-Telegramm:

Hamburg, 5. September. Bei der hiesigen Polizeibewertung ist gestern abend folgendes Telegramm eingelaufen:

Wir bitten Vergarbeiterfamilien auf dortigem Bahnhof aufzufahren, daß wir Arbeiter nicht annehmen, da keinen Auftrag gegeben haben. Weiterere ebenfalls etwa an unsere Adresse abgefangen werden.

Bez.: Gewerkschaft Marie Luise Oscherleben.

Die bürgerliche „Duisburger Anzeigerzeitung“ schreibt dazu: „Unter diesen Umständen müssen die Vergarbeiter vor der Reise nach Oscherleben eindringlich gewarnt werden. Zu bedauern ist, wenn die Rede ihren telegraphisch mitgeteilten Standpunkt schroff festhält, für die etwa 100 Familien, die gestern und vorgestern bereits nach Oscherleben abgefahren sind. Die Bedröbe wird sich nun gewiß in der Vermittlung, die da mit im Spiele gewesen ist, etwas genauer ansehen und feststellen, wer die Vergleife so frechhaft leichtsinnig oder böswillig hinter Licht geführt hat, denn die Rede in Oscherleben erklärt ausdrücklich, daß sie keinen Auftrag gegeben hätte.“

So die nackte Mitteilung. Ueber alles andere schweigt sich unser Korrespondent in sieben Sprachen an, freudlich der Redaktion überlassend, was sie mit dem — wir erkennen das a wenigstens dankbar an — prompt übermittelten Material beginnen soll. Aber während wir über den möglichen Zusammenhang der Dinge noch kramhaft nachdenken, hat das

Schickel ausnahmsweise einmal Einsicht mit einem vielgeplagten Redakteur und der Draht blickt uns folgende neuerliche Mitteilung auf den Tisch:

Hamborn, 5. September. Gestern nachmittag wurden mit dem Zuge 5.35 nach Krefeld etwa 20-30 Arbeiter nach Antwerpen befördert unter Begleitung von zwei Agenten, die sie als Hafenarbeiter angeworben hatten, als Streikbrecher.

Also Streikbrecher nach Antwerpen werden gesucht! Die Deutschen, die nach dort gingen, haben den Streikenden in einer Versammlung bekanntlich erklärt, daß man sie unter Vorspiegelung falscher Tatsachen nach dem bestreikten Hafen gelockt habe. Wie nun, wenn es Gewissenlose gibt, die Leute in eine Zwangslage bringen, welche sie nötigt, jede Arbeit anzunehmen. Man denke: 100 Familien haben sich im Vertrauen auf die Versprechung von Agenten nach Hamborn begeben. Die Besche, für die sie angeblich bestimmt waren, verweigert ihre Einstellung. Liegt es nicht auf der Hand, daß diese Leute zum großen Teil genötigt sind, jede Arbeit anzunehmen? Alle deutschen Arbeiter werden gut tun, Massenarbeiterangebote, die sie in die Nähe der belgischen Grenze führen, mit größtem Mißtrauen zu betrachten. Man nehme einfach keine Arbeit an, ohne vor der Abfahrt das Geld für die eventuelle Rückreise erhalten zu haben. Reelle Unternehmer haben solche Bedingung nicht zu scheuen. Und handelt es sich um verkappte Streikbrechergeheule, so bleibt den Arbeitern dann wenigstens die Möglichkeit, sich dem versuchten Attentat auf ihre Arbeiterehre zu entziehen!

Berlin und Umgegend.

Die Lehren des Streiks der Drahtarbeiter besprach Handl vom Vorstand des Metallarbeiterverbandes in der letzten Drahtarbeiterversammlung. Er sagte unter anderem: Nach einer Dauer von 18 Wochen ist der Streik vor 4 Wochen aufgehoben worden, weil die drei größten Betriebe kein Entgegenkommen zeigten, sondern die Wiederaufnahme der Arbeit zur Voraussetzung von Verhandlungen machten. Wenn auch der Erfolg des Streiks nicht derart ist, wie es die Arbeiter beim Eintritt in den Kampf erwarteten, so kann doch keineswegs von einem erfolglosen Streik gesprochen werden. Von den in Frage kommenden 25 Firmen haben 18 den Tarif durch Unterschrift anerkannt und 4 Firmen haben eine Erhöhung der Akkordpreise sowie der Stundenlöhne bewilligt. Der von den 18 Arbeitgebern anerkannte Tarif hat den Arbeitern eine Erhöhung des Minimalverdienstes gebracht. Er enthält auch die Bestimmung, daß vom 1. Juli 1908 ab die 8 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt wird und die Akkordpreise bis zu diesem Termin um 6 Prozent, bis zum 1. Juli 1909 um weitere 2 1/2 Prozent und bis zum 1. April 1910 wieder um 2 1/2 Prozent erhöht werden. Das ist also eine Lohnerhöhung von 10 Prozent bis zum 1. April 1910. Auch die Erhöhung der Stundenlöhne ist bei Einführung der verkürzten Arbeitszeit gesichert. Als ein Erfolg ist es auch anzusehen, daß sich die 18 Firmeninhaber genötigt sahen, einen Vertrag mit dem Metallarbeiterverbande abzuschließen, obgleich die Organisation der Drahtindustriellen bei Beginn des Streiks jede Verhandlung mit dem Metallarbeiterverbande ablehnte. Die Absicht, die Organisation der Drahtarbeiter zu vernichten, ist der Unternehmerorganisation nicht gelungen. Im Gegenteil. Der Verband der Drahtindustriellen hat außer seinem materiellen Schaden auch noch den Verlust eines großen Teiles seiner Mitglieder zu beklagen. In Saalfeld hatte die Unternehmerorganisation wegen des Streiks von 300 Drahtarbeitern 1000 Metallarbeiter ausgesperrt, die zu diesem Streik in gar keiner Beziehung standen. Trotzdem haben die Saalfelder Arbeiter einen Sieg errungen. So haben auch die Berliner Drahtarbeiter trotz aller Gegenmaßnahmen der Unternehmer einen Erfolg zu verzeichnen. Die Unternehmer, welche den Streik noch nicht unterschrieben haben, werden schon merken, daß es ihr Schaden ist. Ihr Verhältnis zu den Arbeitern läßt sich mit dem „bewaffneten Frieden“ vergleichen. Die Lehre dieses Kampfes soll die sein, daß die Drahtarbeiter das alte Vertrauen zu ihrer Organisation bewahren und ihre Kollegen zu Kampfern für ihre Interessen erziehen. Dann werden sie auch der Zukunft ruhig entgegengehen können. — Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen zu und ließ erkennen, daß die Organisation der Drahtarbeiter durch den Kampf keineswegs geschwächt ist.

Die Steinarbeiter stehen seit Montag im Streik. Der Zentralverband, Filiale Berlin II, hielt am Mittwochabend eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Englischen Garten ab, in der Ohnegemach einen Situationsbericht gab. Neun Firmen mit 78 Arbeitern haben die Forderungen anerkannt, neun andere, die zusammen 175 Arbeiter beschäftigen, leisten noch Widerstand, aber schon sind zwei davon in Verhandlungen mit der Organisation eingetreten. Schwarze Listen sind in Umlauf gebracht worden, aber die Arbeiter fürchteten diese Maßnahme nicht; sie sind zu einem energischen Kampf entschlossen. Die ersten Forderungen sind etwas ermäßigt worden, aber darauf wird man beharren. Es wird die Abschaffung der Akkordarbeit verlangt. Der Stundenlohn soll für Steinmehnen in der Werkstatt 75 Pf., auf Bauten 80 Pf. betragen, für Hand- und Maschinenfleischer, Hobler, Dreher, Fräser und Zusammenfeger in der Werkstatt 85 Pf. und auf Bauten 70 Pf. Firmen, die nur Verkehrearbeiten ausführen, zahlen an Steinmehnen 85 Pf., an Schleifer 70 Pf. pro Stunde. Die Arbeitszeit soll 8 1/2 Stunden betragen. Die übrigen Forderungen (bereits bekannt gegeben) bleiben bestehen. — Den Lebrigen wird empfohlen, abzureisen. Zugang ist von Berlin fernzuhalten. Es wurde als wünschenswert bezeichnet, daß auf den Bauten die Bauhandwerker sich von den Steinarbeitern die Arbeitsberechtigungen karren lassen. Diese Karten sind weiß und werden wöchentlich abgestempelt. Das Streikbureau befindet sich im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c; der Leiter des Bureaus ist Willi Doman, der jede gewünschte Auskunft erteilt. In bezug auf die Vorkommnisse bei der Firma Deutsche Steinindustrie A.-G., Berlin, die in dem Zirkular des Verbandes der Steinmehngeschäfte erwähnt sind, wurde erklärt, daß es sich um zwei Kollegen handelte, die die Beschlüsse ihrer Organisation nicht respektierten. Dies allein gab die Veranlassung, daß sich die übrigen weigerten, mit den beiden zusammen zu arbeiten.

Achtung, Dachdecker Berlin!

Nachdem die Firma Gustav Adolf Bernick verschiedene Kollegen gegen Wochenlohn und einen Sondervertrag angestellt, und nachdem vier dieser Kollegen ihren Austritt aus der Organisation erklärt haben, ist es zu Differenzen mit der Firma gekommen. Die dort arbeitenden Kollegen erklärten unter diesen Umständen nicht weiter arbeiten zu können und forderten ihre Entlassung. Die Kollegen allerorts haben nun die Pflicht, die Werkstätte zu meiden. Zentralverband der Dachdecker, Verwaltungsstelle Berlin.

Deutsches Reich.

Der Bruderszwist der Bergleute.

Man schreie uns aus Essen unter dem 4. September: Der „Gewächter“ von heute veröffentlicht ein „Eingefandn“ mehrerer Bergleute, das sich mit der jetzigen Lage der Bergarbeiter befaßt.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

in bezug der Anknappungsangelegenheit beschäftigt und zur Einigkeit der Bergleute aufrordert. Die Hälfte der Bergknappen sei in vier Verbänden, die andere garnicht organisiert. Letztere sagen, wozu uns organisieren? Solange es nicht einen Bergarbeiterverband gibt, hat das keinen Zweck. In beiden Zeitungen, dem „Bergknappen“ und der „Bergarbeiterzeitung“, findet man, daß ein Bruder den anderen beschimpft, belächelt. Die größte Mehrzahl der Bergarbeiter hat die Heberzeugung, daß nur wirklich etwas zu erreichen ist, wenn der Bruderszwist aufhört und die Verbände sich verschmelzen. In den letzten Versammlungen sei zutage getreten, daß Kameraden in den meisten Orten statt gemeinsam das Kapital, sich selbst belächeln. Es ist kein Wunder, daß durch diese gegenseitigen Heberzeien niemals etwas Gutes herauskommt. Die Verschmelzung der Verbände sei nur möglich, wenn es einen Bergarbeiterverband gebe, und dieser müßte heißen: „Deutscher Bergarbeiterverband“. Sorgen wir dafür, daß es in Zukunft nur noch einen Verband gibt. Sollten gewisse Führer gegen die Verschmelzung arbeiten, so liegt es klar auf der Hand, daß sie etwas ganz anderes im Auge haben als die Verbesserung unserer Lage. Auf den Beiden müssen wir zusammenarbeiten, gleichviel welcher Konfession oder Organisation wir angehören, wenn wir etwas verdienen wollen, oder in Gefahr sind; deshalb ist es unsere Pflicht, mit allen Kräften dahin zu arbeiten, daß die Verschmelzung zustande kommt. Die Führer, die keine Verschmelzung anstreben, sind keine Arbeitervertreter, sondern Arbeiterverräter, denn sie suchen nur ihren Vorteil und nicht den der Allgemeinheit. Deshalb auf zur Einigkeit! Segen wir dem Unternehmerverband gleichfalls nur einen starken Bergarbeiterverband gegenüber, so werden wir mit Leichtigkeit Besserung schaffen, denn Einigkeit macht stark!

Koksarbeiterstreik. Auf Besche „Germania“ bei Dortmund sind die Koksarbeiter in einen Streik getreten. Die Streikenden verlangen Erhöhung des Schichtlohnes von 4,40 auf 4,80 bis 5 Mark. Außerdem verlangen sie einen Raum, in welchem sie ihr Frühstück einnehmen können. Wäher mußte dies im Freien geschehen, ob es regnete oder nicht.

Die Fochverwaltung, die gar nicht geneigt ist, die bescheidenen Forderungen zu bewilligen, suchte die Streikenden durch sonstige Tagesarbeiten, Handwerker und Lehrlinge zu ersetzen. Diese ließen sich aber nicht betören, sondern stellten ebenfalls die Arbeit ein.

Brauerstreik. Neben den Brauern in Augsburg stehen nun auch die Arbeiter der Brauereien in Memmingen und in Donauwörth im Streik.

Die Käsearbeiter in Ulm sind immer noch im Aufstande. Die dabei in Betracht kommende Firma Wilhelm Ruffer ist Lieferantin von circa 60 Arbeiter-Konsumvereinen.

Die Arbeiter im Allgäu (Zinnenstadt, Sonthofen, Oberstdorf) sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

Die Aussperrung bei der Kraftwagenfabrik Weich in Augsburg-Oberhausen dauert unverändert fort.

Ausland.

Der Bundesvorstand des Schweizerischen Arbeiterbundes hielt am Sonntag in Zürich eine Sitzung ab, zu der sich außer ca. 50 Mitgliedern auch ein Vertreter des Schweizerischen Industrie-Departements in Bern in der Person des Sekretärs Dr. Kaufmann eingefunden hatte. Beschlossen wurde die Weibehaltung der Adjunktenstelle in Biel und als neuer Leiter derselben Genosse Rhyer, Präsident der Uhrenarbeiter-Union, gewählt. Um die Wiederbesetzung der vakanten Stelle eines deutschsprachigen Adjunkten im Zentralbureau des Arbeiterssekretariats in Zürich zu ermöglichen, soll neuerdings der Bundesrat um Erhöhung der Bundessubvention von 25 000 Frank angegangen werden. Ein weiterer Beschluß betrifft die Veranstaltung einer Heimatabstimmung im Sommer 1908 in Zürich. Im Organisationskomitee sollen außer den Gewerkschaften auch das Industrie-Departement in Bern, die Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich, der Züricher Stadtrat usw. Vertretung erhalten.

Der Streik der Antwerpener Sodarbeiter.

Antwerpen, 4. September. (Fig. Ver.)

Der Wunsch der Unternehmer ist erfüllt: seit gestern erfreut sich der Antwerpener Hafen militärischen Schutzes. Die Haffins, die am Dienstauchmittag der Schaulplatz von Stragenkämpfen waren, sind mit den Regimentern der Bürgergarde besetzt, bereitete Gendarmen patrouillieren an den Kais und auch die Revolver der Polizisten, die am Dienstag schon ihre Schuldigkeit getan, sind in Bereitschaft — denn die Schaultruppe der Haffinskapitän — sie haben buchstäblich auch die Streikbrecher zu „bewachen“ — hat, wie mit geistlicher Deutlichkeit kundgemacht wird — „Kreuzgehorchen“. Nun ist aber folgendes zu sagen: Gewiß sind an den gestrigen blutigen Zusammenstößen mit den Polizisten Streikende beteiligt gewesen — zählt man doch bis jetzt offiziell 20 Verwundete unter ihnen — aber ebenso sicher ist, daß halbwüchsige Jungen von 14 bis 18 Jahren die Agents provocateurs gespielt haben, daß insbesondere von diesen das Zubrandschrecken der mit Baumwollballen beladenen Wagen, das Anzünden von Baumwollschuppen, das Stürmen von Lastwagen und ähnliche Gewalttaten besorgt wurde. Sprechen doch selbst bürgerliche Blätter von „Gamins“, von Stragenjungen und von jenem Gefindel, das sich das ganze Jahr arbeitslos im Hafen herumtreibt. Die Beteiligung dieser Leute, so begreiflich sie auch genug aus eigenem Antrieb wäre, gibt aber auch noch zu Vermutungen aller Art Anlaß. Es sollte Militär her, und was durch die bisherige Haltung der Streikenden nicht möglich war, wurde möglich durch eine Horde Stragenjungen und verlorrene Gesellen, die nichts mit dem Streik zu tun hatten. Man hat sich ja auch nicht gehütet, gewisse Gerüchte in Umlauf zu setzen, um die Bevölkerung in Schrecken zu jagen und gegen die Streikenden vorzugehen, aber auch um die von den Unternehmern zum Schutz der Streikbrecher herbeigeschickte militärische Hilfe um so dringender erscheinen zu lassen. So hat man verbreitet, Streikende sollten die Villa des Führers der Unternehmer (Steinmann) stürmen; Streikende sollten die Petroleumreservoirs in Brand stecken! Auch sei der Polizist Vercompel an einer Verletzung durch einen von Streikenden geschleuderten Stein gestorben. All das erwies sich als leeres Gerücht — hinterher nämlich. Bei dem gestrigen Zusammenstoß der Streikenden mit den Polizisten auf dem Platz Schoonbeek am sogenannten alten Waffin, schossen die Polizisten in die Menge, nachdem sie mit dem Säbel in der Hand schon vorher alle Künste des „Chargierens“ hatten spielen lassen. Daß es in der ausgereizten, in einer gefährlichen Stragenkreuzung zusammengedrängten Menge, über deren Köpfe die Säbel blühten, auch zu Steinwürfen gegen die Polizisten kam, wird keine Menschenseele wundern können. Auch später, als die Menge von 3-4000 Streikenden nach dem Kanal de Pancre zog, schossen die Polizisten, die mittlerweile Verstärkung bekommen hatten, in dem Augenblick, als ein vorüberziehender Heumagen von Jungens in Brand gesteckt wurde. Bei diesem Zusammenstoß wurde auch ein Kind von 10 Jahren verwundet. Während des weiteren Kampfes wurde noch eine Frau und etliche Kinder verletzt. Auch im Laufe des heutigen Vormittags kam es noch zu ersten Zusammenstößen. Die wenigen Schiffe, auf denen gearbeitet wird, sind von einem Regiment der Bürgergarde bewacht. Unter den massenhaft umhergehenden Streikenden sind viele Frauen, die das Spottlied auf die Streikbrecher singen.

Gestern ist der Präsident der Unternehmervereinigung vom Arbeitsminister zu sich berufen worden, um ihn über die Situation zu „belehren“. Der Arbeitsminister erinnert sich etwas spät, Inzeratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlaassantikat Paul Singer & Co., Berlin SW.

daß eine Intervention in einem derartigen Streik auch ein wenig zu seinem Ressort gehört. Aber der Minister soll auch schon wieder erklärt haben, daß er keinen Grund habe, einzugreifen. Wohlgeachtet, nach dem Gespräch mit dem Unternehmerführer.

Der heutige „Sair“ bemerkt ausdrücklich, daß die gestrigen Brandlegungen und Ausraubungen von Wagen von Kindern ausgeübt wurden, während die Polizisten gegen die Streikenden „chargierten“.

In der heute von 3000 Streikenden besuchten Versammlung protestierten die Führer dagegen, daß man den Streikenden die Verantwortung für die gestrigen Vorfälle aufbürden wolle. Die Streikenden werden die Verödlerung, die ihnen unentwegt ihre Sympathie zuwendet, aber den wahren Sachverhalt und die wahren Schuldigen aufklären und zu dem Zweck Plakate anschlagen lassen.

Der Generalrat der belgischen Partei hat an das ganze Land einen Aufruf gerichtet, durch Anwendung von Mitteln den schweren und gerechten Kampf der Hafenarbeiter zu unterstützen.

Es verlautet, daß der Bürgermeister einen neuen Vorschlag zur Lösung des Konfliktes machen will, nach welchem die Streikenden zu den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen würden, wogegen die Unternehmer in 3 oder 4 Monaten die Löhne aufbessern sollten.

Für heute Nacht sind zur Bewachung der Petroleumreservoirs und Holzdepots drei Infanterieregimenter angefündigt.

Will man aber eine wirkliche „Lösung“, dann genügt das Militär allein nicht; das werden die Herzen Unternehmer auch bald merken und hoffentlich danach handeln.

Antwerpen, 5. September. In einem Meeting protestierten heute mittag die Streikenden lebhaft gegen die Anschuldigung, daß von seiten der Ausschändigen die Holzlager in Brand gesteckt worden seien.

Brüssel, 5. September. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Feuersbrunst in der Halber dauerte von gestern abend um 6 Uhr bis heute mittag. Wegen der Lager von Baumwolle, Holz, dem Wind und der Wasserschwierigkeiten war große Gefahr. Die Antwerpener, Genier und Brüsseler Feuerwehre griff ein. Bis das Feuer endlich fast besiegt war. Der Schaden beträgt etwa vier Millionen. Militär ist konsigniert. Am Hafen halten drei Bataillone Militär, Polizei und Bürgergarde die Ordnung aufrecht. Die Stadt ist von Menschen überflutet. Drei Brandstifter sind verhaftet. 60 Gendarmen sind angekommen. 650 englische Streikbrecher wurden von der Bürgerwehr bewacht nach Schiffen der Red-Start-Linie gebracht. Viele Engländer sind abgereist. Die heutige Unternehmerversammlung hat den Bürgermeistervorschlag wieder abgelehnt. Die Partei hat tausend Frank bewilligt. — Jungen sollen den Brand mit Petroleum gelegt haben.

Die russische Gewerkschaftspresse.

Eine sehr bemerkenswerte Seite der russischen Gewerkschaftsbewegung bildet die ihren Interessen dienende Gewerkschaftspresse. Wie die Bewegung selbst, so kann auch die Presse nur auf ein kurzes Dasein zurückblicken. Mit der einzigen Ausnahme des „Druderei-arbeiterboten“, der bereits im Sommer 1905 erschienen ist, sind alle übrigen Gewerkschaftsorgane nach der Oktoberrevolution entstanden. Die meisten der zu dieser Zeit entstandenen fielen aber bald der Dezemberrevolution zum Opfer, und es liegen keine glaubwürdigen Angaben über ihre Zahl, Art usw. vor. Im Frühjahr 1906 legt jedoch die Entwicklung der Gewerkschaftspresse erneut ein und läßt sich nicht einschränken trotz aller Gegenmaßnahmen der Regierung. Ein ungefähres Bild des Entstehens und Vergehens, d. h. der völligen Unterdrückung — ohne von zahlreichen Konfiskationen usw. zu sprechen — der Gewerkschaftsorgane bietet folgende Zusammenstellung des letzten Jahres:

	III. Quart. 1906	IV. Quart. 1906	I. Quart. 1907	II. Quart. 1907	Insges.
Entstanden	10	20	21	9 Org.	60
Unterdrückt	8	9	16	11	44

Diese Tabelle spiegelt mit großer Deutlichkeit das allgemeine Tempo des politischen Lebens Russlands wider: das Ende von 1906 und der Anfang von 1907 — die Zeit vor und während der zweiten Duma, die Zeit der gehobenen politischen Stimmung — ergibt die größte Zahl von Neuerwerbungen, aber bereits zum Schluss dieser Periode und bis in die Gegenwart hinein legen die Repressalien der Regierung ein, die bewirken, daß kaum 25 Proz. der während des letzten Jahres entstandenen Gewerkschaftsorgane einem unfreiwilligen Ende entronnen sind.

Nach den einzelnen Berufen verteilen sich die 72 Gewerkschaftsorgane, von denen überhaupt irgend welche Angaben zu erlangen waren, wie folgt:

Allgemein gewerkschaftlichen Charakters	16 Organe in 80 Nummern.
Spezielle:	
1. Drudereiarbeiter	3 „ 103 „
2. Handelsangestellte	12 „ 83 „
3. Metallarbeiter	6 „ 51 „
4. Textilarbeiter	8 „ 20 „
5. Lederarbeiter	2 „ 6 „
6. Arbeiter der Nahrungs- mittelbranche	3 „ 15 „
7. Holzarbeiter	2 „ 6 „
8. Arbeiter d. Bekleidungs- branche	1 „ 32 „
9. Eisenbahn- und Schiffs- arbeiter	3 „ 120 „
10. Techniker, Zeichner usw.	5 „ 63 „
11. Andere Berufe	12 „ 73 „

Der größte Teil dieser Gewerkschaftsorgane erschien und erscheint in Petersburg — nämlich 36, d. h. 50 Proz., an zweiter Stelle steht Moskau mit 17, gleich 23 Proz. In der Provinz aber erschienen während der ganzen Zeit nur 18 Organe, und gegenwärtig erscheint nur eines — „Der Schiffer“ in Nischij-Novgorod.

So wiederholt sich hier dasselbe Bild, welches wir bei der Betrachtung der Gewerkschaftsbewegung überhaupt gesehen haben: nämlich die Konzentration auf die Großstädte. Ferner aber bemerken wir, daß diejenigen Berufe, welche den größten Prozentsatz von Organisationen aufzuweisen hatten — Drudereigewerbe, Metall- und Textilindustrie, Handelsgewerbe — es auch auf die höchsten Nummerzahlen ihrer Organe gebracht haben. Zum großen Teil rührt es von der entsprechend größeren Leistungsfähigkeit der größeren Gewerkschaften her, die es ihnen erlaubte, einem unterdrückten Organ auf dem Fuße ein neues folgen zu lassen und so eine gewisse Kontinuität ihrer Presse verbürgte.

*) Es ist hier nur die russische, nicht aber die polnische, jüdische usw. Presse berücksichtigt.

Eingegangene Druckschriften.

Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereines Eberfeld-Barmen 1906/07. Hat Christus überhaupt gelebt? Von G. Tschim. 30 Pf. Verlag: D. Wigand in Leipzig. Ist Schwere! Die Wahrheit über Han vom Jengen Lenz. 50 Pf. Verlag: H. Pulvermacher u. Co., Berlin W. 30.

Zum Eisenbahnglück bei Strausberg.

Am der Aufreißung der Unfallstelle wurde vorgestern abend und die Nacht hindurch eifrig gearbeitet. Um 8 Uhr abends war man so weit, daß die Maschine und der letzte Wagen wieder aufreichtanden. Dann galt es, sie mit Schienen und Binden auf das Gleise zu bringen und mit mehreren Maschinen, mit denen sie durch starke Drahtseile verbunden wurden, nach dem Strausberger Bahnhof zu schleppen. Gestern morgen begann man mit der Ausbesserung der beschädigten Schienen. Bis gestern nachmittag gegen 2 Uhr glaubt man fertig zu werden und den regelmäßigen Betrieb wieder aufnehmen zu können. — Gestern nachmittag kam eine Gerichtskommission nach der Unfallstelle, um den Befund im Verein mit dem Kriminalkommissar Weiß vom Berliner Polizeipräsidium genau aufzunehmen. Dann suchten Eisenbahn- und Kriminalbeamte das Gelände nach den Werkzeugen ab, die der Frevler benutzt haben muß. Etwa 200 Meter nach Westfeld zu von der Unfallstelle entfernt fanden sie einen Schlüssel, der anscheinend zum Abschrauben der Schienen von den Schwellen benutzt worden ist. Der Weg nach Westfeld führt am Bahndamm entlang durch Laub- und Kiefernwald. Ein kleiner Schleppfad zweigt sich ab und führt 48 Meter tief nach Norden in den Wald hinein. Hier lag der Schlüssel in einer natürlichen laubartigen Röhre. Seine Prüfung ergab, daß mit ihm die Schwellenschrauben sehr gut gelöst werden können, wenn er auch etwas zu groß ist. Zu den Laubschrauben dagegen paßt er nicht, für sie ist er zu klein. Der Schlüssel ist aus rohem vierkantigen Eisen gearbeitet, seiner ganzen Beschaffenheit nach in einer Landtschmiede hergestellt worden. Zur Herstellung des Loches ist das Kopfeisen umgeben und dann wieder an die Stange angegeschweißt worden. Die amtliche Beschreibung sagt: Der aus Schmiedeeisen gefertigte Schlüssel ist nach übereinstimmenden Gutachten von Sachverständigen erst kürzlich und höchst wahrscheinlich von einem Dorfschmied angefertigt worden. So viel steht fest, daß die Bahnverwaltung derartig beschaffene Schlüssel nicht verwendet. Der Schlüssel ist 60 Zentimeter lang, die Kopfbreite beträgt 6,5 Zentimeter, die Öffnung 2,2 Zentimeter. Die Stärke des Vierkants ist jede Seite 1,8 Zentimeter. Der Vierkant ist nach herumgebogen des Eisens zusammengeschweißt worden. Die Schlüsselstelle ist ganz roh. Der Betreffende, der den Schlüssel benutzt hat, hat die Form der Schlüsselöffnung nach dem Gedächtnis anfertigen lassen oder gefertigt, worauf die zweite Öffnung schließen läßt.

Die Eisenbahnbeamten gebrauchen für die Schwellenschrauben einen Stockschlüssel, der von oben heraufgesetzt wird. Der gefundene Schlüssel aber ist ein Flachschlüssel, der waagrecht angelegt wird. Er ist etwas gebogen, so daß das Heft über die Schwellen hinweggeht. Sonst wäre er nicht recht geeignet gewesen. Daß er erst kürzlich gemacht worden ist, geht schon daraus hervor, daß noch Schmiedeschlacken an ihm haften und daß die Stelle, an der er von der längeren Eisenstange abgebrochen wurde, noch frisch ist. Der aus der Entleerung erwachsene Materialschaden wird auf etwa eine halbe Million Mark geschätzt. Der Schutztruppendirektor Treutepohl scheint doch schwerer verletzt zu sein, als man zuerst annahm. Er hat nämlich einen Schädelbruch davongetragen, doch dürfte er mit dem Leben davonkommen. Er hat seine Rettung nur dem Umstande zuzuschreiben, daß er der Länge nach auf der Bank gelegen hat.

Partei-Angelegenheiten.

Französisch-Buchholz. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß die ordentliche Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 11. d. M., ausfällt. Dafür findet am Sonntag, den 15. September, eine öffentliche Versammlung statt. Handzettelverbreitung zu dieser wird am Sonntag, den 8. September, vormittags 10 Uhr, von Käthe aus vorgenommen. Regte Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Waldmannslust. Montag, den 9. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im Schweizerhäuschen eine öffentliche Versammlung statt. Gemeindevorsteher Oswald Brauer-Lichtenberg referiert über: „Sozialdemokratie und Gemeindepolitik“. Außerdem gibt Gemeindevorsteher Denger einen Situationsbericht über die Gemeindevertretung in Waldmannslust. Zu dieser Versammlung findet eine Handzettelverbreitung am Sonntag früh 8 Uhr pünktlich vom Schweizerhäuschen aus statt. Die Genossen werden hierdurch ersucht alle Mann zur Stelle zu sein. Der Vorstand.

Schildow-Blankenfelde! Bezirk Nieder-Schönhausen. Am Sonntag, den 8. d. M., nachmittags 3 Uhr, findet in Wöhlsmühle bei Snaappe die regelmäßige Wahlvereinsversammlung statt. 1. Vorlesung über den internationalen Kongress in Stuttgart. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. In Anbetracht der wichtigen Lageordnung ersucht um pünktliches und zahlreiches Erscheinen dieser Versammlung der Vorstand. — Abmarsch der Nieder-Schönhauser Genossen Punkt 1/2 Uhr von Bratvogel, Nordend, aus.

Nieder-Dehme, Neue Mühle. Den Parteigenossen genannter Orte zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 7. September, der Jahlabend für die obgenannten Orte Punkt 8 Uhr im bekannten Lokale stattfindet. Das Erscheinen aller Parteigenossen ist notwendig.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die erste Sitzung nach den Sommerferien verlief ohne große Debatten. Sie brachte aber einige bemerkenswerte Beschlüsse, die von der sozialdemokratischen Fraktion angeregt worden waren und in der Versammlung eine Mehrheit fanden.

Da war zunächst eine Magistratsvorlage, die einen älteren Schadenersatzanspruch an einen Gaswerksarbeiter betraf. Erst nachträglich und sehr spät hat man im Magistrat begriffen, daß die Geltendmachung dieses Anspruches eine Härte ist und der Gemeindeverwaltung wahrlich nicht zur Ehre gereichen kann. Nun sollte dem Arbeiter, nachdem er ziemlich ein Drittel abgezahlt hatte, wenigstens der Rest erlassen werden. Die Sozialdemokraten beantragten aber, daß die ganze Summe niedergeschlagen werde. Genosse **Leid** begründete diesen Antrag in sehr glücklicher Weise mit einem Hinweis auf die Ausführungen der Magistratsvorlage selber. Der Magistrat gibt darin zu, daß man den Arbeiter eigentlich für sein Versehen gar nicht habe verantwortlich machen dürfen, im übrigen werde es ihm schwer, mit seinem Lohn seine Familie durazubringen. Als Leid daran erinnerte, daß ja auch Beamte und sogar Magistratsmitglieder schon Fehler gemacht haben, die dem Stadtsäckel teuer genug geworden sind, glaubte der Vorsteher Herr Langerhans den Magistrat in Schutz nehmen zu sollen. Der alte Herr, der wohl nicht recht zugehört hatte, regte sich gewaltig auf. Er scheint gemeint zu haben, daß Mitgliedern des Magistrats der Vorwurf gemacht werden solle, sie hätten strafbare Handlungen begangen und am Ende gar —

den Stadtsäckel zu plündern versucht. Genosse **Leid** beruhigte ihn, indem er ihm ein bestimmtes Beispiel nannte. Der Antrag wurde schließlich mit nicht sehr großer Mehrheit, die von gegnerischer Seite zunächst sogar noch angezweifelt wurde, zum Beschluß erhoben. Er schließt natürlich ein, daß dem Arbeiter nun auch der schon bezahlte Betrag zurückgegeben werden muß. Der Beschluß ist bedeutungsvoll insofern, als er den Verwaltungsdeputationen, wie wir hoffen, fortan als Richtschnur dienen wird. Es steht der Stadtgemeinde als Arbeitgeberin schlecht an, bei entschuldbaren Versehen solche Erfahrungsprüche zu stellen. Dieser beschämende Vorgang darf sich nicht wiederholen.

Aus dem weiteren Verlauf der Sitzung ist zu erwähnen der Streit um den angeblichen Schulenerfüß in Berlin-Südost. Daß da draußen im Köpenicker und im Gölziger Viertel von einem Ueberfluß an Gemeindeschulen noch lange keine Rede sein kann, wurde von unserem Genossen **Kron** nachgewiesen. **Kron** begründete hiermit den von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrag, künftig vor Einziehung von Gemeindeschulen die Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung einzuholen. Der freisinnige **Jden**, eine Lokalgröße aus den Bezirks- und Grundbesitzvereinen des Südostens, suchte die bereits durchgeführte Einziehung der Schule in der Kammnstraße zu entschuldigen, und leider sekundierte ihm Stadtschulrat **Fischer**. Aber der Antrag wurde angenommen; hoffentlich wird auch er als Richtschnur dienen. Nebenbei bemerkt: der „Vorwärts“ hat bereits vor mehr als Jahresfrist auf die Schuleinziehungspläne in Berlin-Südost hingewiesen und die dortige Bevölkerung zur Gegenwehr aufgerufen.

Schulhausfragen wurden schließlich auch erörtert aus Anlaß der Vorlage, ein Grundstück auf dem Wedding für eine dreifache Gemeindeschule herzugeben. Genosse **Borgmann** forderte Ueberweisung an einen Ausschuß, der erst mal prüfen soll, ob das Grundstück nicht viel zu klein für drei Schulen sei. Auch dieser Antrag wurde angenommen.

Ueber den Automobil-Omnibusbetrieb

sprach Generalsekretär **Weguth** Berlin auf der 11. Hauptversammlung des Vereins deutscher Straßen- und Kleinbahnen-Verwaltungen in Mannheim. Der Redner führte aus, daß über diese neue Verkehrsunternehmung bisher noch die Kenntnis der Kosten und der überhaupt möglichen Einnahmen fehle, weil es bisher außerordentlich schwer gewesen sei, darüber zuverlässige Angaben zu erhalten. Die meisten der kleinen, mit so vielen Hoffnungen ins Leben gesetzten Betriebe seien schon wenige Monate nach ihrer Eröffnung wieder eingegangen, weil nicht einmal die nackten Betriebskosten gedeckt werden konnten; manche brachten sogar noch nicht den Lohn des Führers und die Kosten des Benzins ein. Und die wenigen, die heute noch bestehen, und auf eine für den Kostennachweis ausreichende Betriebszeit zurückblicken können, hüllen fast alle ihre Betriebszahlen nach außen in ein tiefes Dunkel. Dies gilt vor allem von den großen Unternehmungen in London, Paris und Berlin. Wieder andere, die Zahlen nennen, haben diese offenbar gefälscht. Redner verbreitete sich sodann über den Brennstoffverbrauch der Automobil-Omnibusse. In England werde ausschließlich in Deutschland noch größtenteils Benzin von 0,670 bis 0,680 spezifischem Gewicht (Motorbenzin genannt) verwendet. Dieser heute noch beste Brennstoff wäre vielleicht allein weiter verwendet worden, wenn nicht seine Produzenten oder Zwischenhändler durch enorme Preissteigerungen die Konkurrenz anderer Brennstoffe künstlich groß gezogen hätten. 1905 kostete das Motorbenzin noch 28 Pf. per Kilogramm, in der ersten Hälfte 1907 bis 46 Pf., zurzeit etwa 40 Pf. Berlin weise einen höheren Brennstoffverbrauch im Vergleich zu London auf. Andere Brennstoffe als Benzin verwende man neuerdings auch in Deutschland. Hier komme außer der in Paris angewendeten Alkoholsolmischung reines Benzol und Naphta in Frage. Von all diesen Stoffen wird annähernd dasselbe Volumen wie vom Benzin für die gleiche Leistung gebraucht. Von der Verwendung von Spiritus sei man in Deutschland recht bald wieder abgekommen. Ueber die Lebensdauer des Autos machte der Referent folgende interessante Mitteilungen: Diese außerordentlich wichtige Frage könne, da die modernen Konstruktionen höchstens zwei Jahre laufen, nur nach dem Augenblicke beantwortet werden. Von den deutschen Fabrikanten würden zurzeit acht bis zehn Jahre Lebensdauer angegeben, aber die Praxis bestätige diese Angaben nicht. Ein Wagen einschließlich Kassen wird bei guter Instandhaltung eine Jahresleistung von 50 000 Kilometer erreichen, das heißt nicht mehr als vier Jahre fahren können, wobei ausreichende Reserven und gute Straßen vorausgesetzt sind. Bei einem Vergleich der Vorzüge von Straßenbahn und Autobus ergeben sich folgende Nachteile für den letzteren: größere Betriebskosten, mangelhafte Federung, Unzuverlässigkeit, Verjagen der Steuerung bei schlüpfrigen Straßen, Gefahr für die übrigen Straßenfahrzeuge, starkes Geräusch und dadurch Belästigung der Fahrgäste, Passanten und Anwohner, Geruch und Feuergefahr. Als Vorteile aber können gelten: größere Geschwindigkeit, weil Hindernissen ausweichen werden kann, Möglichkeit der Verlegung von Linien ohne Verlust der Kosten für Schienenverlegung usw., die Möglichkeit, Fahrgäste am Bürgersteig aufzunehmen, das Fehlen der Schienen im Pflaster und schließlich bessere Abwidelung des Verkehrs in engen Straßen.

Der Redner gelangt dann zu der Schlussfolgerung, daß zurzeit bei den hohen Betriebskosten in städtischen Betrieben jeder Art der Autobus keine Gelegenheit zur Existenz finde, weil, einerlei, ob mit oder ohne Konkurrenz von Straßenbahnen, die Einnahmen nur selten die Hälfte, in den meisten Fällen nur ein Drittel oder weniger einbringen als die Kosten betragen. Einnahmen, die dieses Verhältnis überschreiten, werden nur auf einigen, wenige Kilometer langen, sehr dicht belebten Straßenzügen Berlins erreicht. Bei ländlichen Betrieben besteht, sofern Konkurrenz von Bahnen jeder Art ausgeschlossen ist, unter besonderen Umständen die Möglichkeit, den Ausgaben mit den Einnahmen nahe zu kommen, so daß dann bei hoher Tarifierung von 8 Pf. für das Personenkilometer und höher unter Zuhilfenahme eines Zuschusses der Gemeinden usw. die Kosten gedeckt werden könnten. Schlechte Straßen schloffen den Autobusbetrieb in jedem Falle aus, weil die Ausgaben für Gummireifen und Erhaltung des Wagenbestandes bis zu einem Vielfachen der normalen Kosten anwachsen, sowie, weil das Fahren auf solchen Straßen unrentabel ist. Unrentabel würden die Kosten des Autobusbetriebes künftig geringer werden, jedoch nicht in solchem Maße, um eine elektrische Straßenbahn in ihrem Gebiete ernstlich gefährden zu können. Die Kostenverbilligung dürfte in erster Linie beim Brennstoff eintreten, demnächst beim Gummi und bei der Wagenunterhaltung.

Abessinischer Besuch weist gegenwärtig in Berlin. Gestern ließ sich die Gesandtschaft die Einrichtungen der Berliner Feuerweh zeigen.

Etwas mehr Gewissenhaftigkeit, Herr Pastor!

In Berlin besteht ein „Kinderrettungsverein“, der sich die Aufgabe gestellt hat, für uneheliche Kinder sofort nach der Geburt die Väter zu ermitteln und diese zur Erfüllung ihrer Pflicht gegen Kind und Mutter anzuhalten. Der „Kinderrettungsverein“ ist ein Anhängel des „Berliner Hauptvereins für Innere Mission“; der Geschäftsführer dieses Vereins, ein Pastor **W. Pfeiffer**, ist auch die wichtigste Stütze des

„Kinderrettungsvereins“. Wenn Herr Pfeiffer sich eines unehelichen Kindes annehmen will, so wird demjenigen, den die Mutter als den Vater bezeichnet hat, vom Bureau des „Kinderrettungsvereins“ ein Brief zugesandt mit der Aufforderung, die Vaterschaft anzuerkennen. Gleichzeitig wird ihm Klagerhebung angedroht für den Fall, daß er nicht binnen einer Woche antwortet.

Man sollte erwarten, daß bei Vererbung solcher Briefe nur mit größter Vorsicht und peinlichster Gewissenhaftigkeit verfahren wird. Uns wird aber mitgeteilt, daß einem verheirateten Mann eine derartige Aufforderung zugesandt worden ist, obwohl ihm die darin genannte Mutter des unehelichen Kindes völlig unbekannt war. Der Mann — auf seinen ausdrücklichen Wunsch nennen wir Namen und Wohnung: **Fischer Scheibe, Fruchtstraße 36** — hat, wie er uns berichtet, schweren Verdruß durchgemacht, den der Brief ihm bezeugt hat. Seine Frau erhielt Kenntnis von dem Inhalt des Briefes, und die Affäre sprach sich dann bald auch in der Nachbarschaft herum. Selbstverständlich begab Herr **Sch.** sich schleunigst zum Bureau des Vereins, das übrigens in dem Brief schlechthin als „Geschäftsstelle für Innere Mission, Kinderrettungsverein“ bezeichnet war, und forderte Aufklärung. Er bekam die abweisende Antwort, die Sache habe schon ihre Richtigkeit, eine Verwechslung sei ausgeschlossen, man wisse es von der Mutter selber. **Sch.** verlangte Nennung der Adresse des Mädchens, damit er durch persönliche Gegenüberstellung den Irrtum aufklären könne. Mühl wurde ihm erwidert, das lasse sich jetzt nicht machen, die Akten seien nicht zur Hand, doch werde man ihm brieflichen Bescheid geben. Der Bescheid kam nach einigen Tagen und bestand in einem — Entschuldigungsschreiben. Es handelte sich um eine „Verwechslung mit einem Herrn gleichen Namens“, die Schuld treffe aber nicht die Mutter, sondern das Bureau. Die Unterschrift lautete: „**W. Pfeiffer, de Waal**“; de Waal ist, nebenbei bemerkt, ein Fräulein **Dr. jur.** und vermutlich die Leiterin des Bureaus.

Unsere Ermittlungen haben nun ergeben, daß der „Herr gleichen Namens“ tatsächlich existiert, sogar denselben Vornamen wie Herr **Sch.** aus der Fruchtstraße hat und auch denselben Beruf ausübt. Er ist aber unehelicher und wohnt in einer anderen Straße. Seine Wohnung muß von dem Mädchen, das in der Charité entbunden wurde, dort nicht richtig angegeben worden sein. Am 27. Mai war das Kind geboren worden; am 7. Juni schrieb die Armenverwaltung dem anderen **Sch.** unter seiner richtigen Adresse, daß er zur Kostendeckung in Anspruch genommen werden sollte, weil er als Vater bezeichnet worden sei; aber noch am 13. Juni schrieb der „Kinderrettungsverein“ dem in der Fruchtstraße wohnenden **Sch.**, daß die Mutter des Kindes ihn als den Vater bezeichnet habe. Erst am 20. Juni konnte dann das Bureau in dem Entschuldigungsschreiben ihm die Wohnung des anderen **Sch.** angeben. Da muß man denn doch fragen, wie das Versehen überhaupt möglich war und ob es nicht bei etwas mehr Gewissenhaftigkeit der Leute des Herrn Pastors hätte vermieden werden können. Herr **Sch.** fühlte sich beleidigt durch die an ihn gerichtete Aufforderung, die Vaterschaft anzuerkennen. Er mußte auch die Erfahrung machen, daß bei Vererdächtigungen „immer etwas hängen bleibt“. Das Gerede über ihn, das nicht verkommen wollte, verdroß ihn so, daß er schließlich gegen Fräulein de Waal Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattete. Der Bescheid ist ihm kürzlich zugegangen; selbstverständlich wurde er auf den Weg der Privatklage verwiesen. Ob er mit Privatklage mehr erreichen wird? Uebrigens ist das Schreiben, das er als beleidigend ansieht, nur unterzeichnet: „Der designierte Vormund“; ein Name fehlt. Es muß also erst mal festgestellt werden, ob der Herr Pastor oder das Fräulein Doktor sich als verantwortlich betrachten will. Ein gleichlautender Brief, der dann am 27. Juni dem anderen **Sch.** zugesandt wurde, ist unterzeichnet: „Der designierte Vormund, **W. Pfeiffer, de Waal**“. Herr Pfeiffer läßt in der Regel sich selber zum Vormund vorschlagen; er soll bereits viele Hunderte von Mündeln haben.

Dienlich wärd dem Herrn Pastor, wenn er durch Gerichtsurteil belehrt würde, daß dem Bureau seines Vereins etwas mehr Gewissenhaftigkeit tut. Was würde er selber zu folgendem Fall sagen, den wir einmal konstruieren wollen! Denken wir uns, daß zu Herrn **Sch.** eine uneheliche Mutter gekommen wäre und irgend einen „Pastor **W. Pfeiffer**“ als Vater ihres Kindes bezeichnet hätte, und daß **Sch.** dann irtümlich den Geschäftsführer der Inneren Mission aufgefunden hätte, sich als Vater zu bekennen. Wir wagen nicht zu vermuten, daß ein Bericht dem Herrn **Sch.** Straflosigkeit zugebilligt hätte.

Vom Risiko des Arbeiters.

Ein tödlicher Betriebsunfall ereignete sich Mittwoch nachmittag in der Möbelfabrik von Wegener, Luisenstr. 24. Dort war der 37 Jahre alte Tischler **Heinrich Schwilke** an einer Landsgänge beschäftigt; plötzlich glitt er aus und fiel so unglücklich, daß er mit dem Kopfe gegen die im Gange befindliche Säge geriet, wobei ihm die Schädeldecke vollständig durchschnitten wurde. Der Schwerverletzte wurde mittels Krankenwagens nach dem Urban-Krankenhaus geschafft, wo er bald nach seiner Einlieferung seiner furchtbaren Verletzung erlag.

Die Gefahren der Straße.

Große Aufregung rief gestern abend ein schwerer Unglücksfall in der Radstraße hervor. Der Kaufherr **Robert Döhmel**, Choroerstraße 63 wohnhaft, war mit einem mit Möbeln beladenen Wagen den erwarteten Straßenzug entlang gefahren, als die Pferde durch ein vorüberziehendes Automobil scheu wurden und durchgingen. D. sprang schleunigst vom Sattel herunter, um die Tiere, deren Zügel ihm entglitten waren, anzuhalten. Er fiel ihnen von vorn in die Hugel, wurde jedoch ungerissen und mitgeschleift. Erst durch hinzupringende Männer konnten die wilden Tiere zum Stehen gebracht werden. Dem **D.** war die rechte Hand vollständig zerquetscht worden. Außerdem hatte er mehrere Rippenbrüche und erhebliche äußere Verletzungen davongetragen. Er fand im Lazarus-Krankenhaus Aufnahme.

Selbstmord verübt hat vorgestern in der Nähe des Spandauer Bods ein unbekannter etwa 46 Jahre alter Mann, der mit einem grauen Jodetzanzug bekleidet war und blondes Haar hat. Der Lebensmüde hatte sich einen Schuß in die rechte Schläfe beigebracht, der den sofortigen Tod herbeigeführt haben muß. Die Leiche, die gestern von Spoziergängen aufgefunden wurde, ist nach dem Friedhof in Schildhorn gebracht worden.

Das Polizei-Präsidium teilt mit: Am 1. d. Mts., nachmittags ist in einem Coupé IV. Klasse des Zuges 204 von Neu-Stralitz nach Berlin ein junges Mädchen vom Unwohlsein befallen und in Löwenberg aus dem Zuge entfernt worden. Sie ist bald darauf verstorben, ohne vorher Angaben über ihre Person gemacht zu haben. Ausweispapiere sind auch nicht vorgefunden worden. Die Person, welche schwarz gekleidet war, trug ein graues Jackett und um den rechten Arm ein Trauerband. Die Leiche befindet sich in der Leichenhalle zu Löwenberg. Zu Mitteilungen soll sie vorher erzählt haben, daß sie aus Berlin sei und ihren Bräutigam überall vergeblich gesucht habe. Es wird daher gebeten, daß diejenigen Personen, welche Angaben über die Persönlichkeit machen können, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 331 melden oder ihre Befundungen schriftlich zu 6228 IV, 28. 07 mitteilen.

Wegen eines gefährlichen Kesselbrandes wurde der 17. Zug gestern mittag nach der Lindenstraße 105 gerufen. Dort war auf dem ersten Hofe im Keller des Luergebäudes aus noch unbekannter Ursache Feuer ausgebrochen. Vermutlich ist der Keller mit Licht betreten worden. Als die Feuerwehr unter Leitung des Brand-

meißers Sandberg erschien, drang unerbittlicher Qualm aus den Fenstern. Die Luft im Keller war zum Ersticken. Der Brandherd lag so verdeckt, daß er erst nach vielem Suchen gefunden werden konnte. Es brannten Kisten, Stroß und Hausat. Um an den Brandherd zu gelangen, mußte ein Rohrführer mit einer Wiener Rauchmaske ausgerüstet und ihm fortwährend frische Luft von außen zugeführt werden. Durch kräftiges Wassergeben gelang es schließlich, den Brand zu löschen. Nachher mußte das Wasser mit einer Dampfspritze wieder aus dem Keller gepumpt werden.

Vorort-Nachrichten.

Pantow.

In der Versammlung des Wahlvereins am 3. d. M. berichtete Genosse Laubmann-Wehensee über die Verhandlungen des internationalen Arbeiterkongresses zu Stuttgart. In anschaulicher Weise schilderte er den Verlauf der bedeutsamen Debatten und wies auf den Wert dieser internationalen Zusammenkunft der Arbeitervertreter und die Wichtigkeit der beschlossenen Resolutionen hin. Die Versammlung behandelte dem Referenten ihren Verfall zu den Ausführungen. Auf den Vortrag folgte eine lebhafteste Diskussion, aus der hervorging, daß die Redner den Kongreßbeschlüssen zustimmten. Neumann äußerte sein Erstaunen über die Stellungnahme der deutschen Delegation zur Kolonialfrage. Inzwischen suchte Richter mit Rücksicht auf den schwachen Besuch für Vertagung der Versammlung Stimmung zu machen. Die Diskussion wurde aber fortgesetzt. Kubig bemerkte, daß die Stellungnahme der Gewerkschaftsdelegierten bei den Debatten über die Kaiserer und Kolonialfrage in die Augen springe. Es sei einwilligen noch nicht zu konstatieren, daß die Bestrebungen, Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaften herbeizuführen, schwebere Erfolge erzielt haben. Das Ziel sei aber zu erreichen, wenn in Gewerkschaftskreisen unsere Ideen noch mehr propagiert würden. Ferner gab Kubig seiner Genugtuung über die Annahme der Kolonialresolution der Genossen Bedebour und Sturm Ausdruck. Worte äußerte sich über die Gewerkschaftsdelegierten in Kubigs Sinne und betonte die Notwendigkeit der politischen Organisation. Sonntag wünschte, daß in der Kolonialresolution ebenso wie in der Militärresolution erneut unsere Aufgaben prägnanter worden wären, ähnlich den Forderungen: durch Sozialisierung der Wirtschaftsordnung die Solidarität der Völker zu verwirklichen, das Heerwesen zu demokratisieren und Schiedsgerichtlichen Einfluß zu verschaffen. Röber ging näher auf die antimilitaristische Resolution ein und erörterte die Methoden, durch die für diese Ideen Propaganda in den breiten Schichten der Bevölkerung gemacht werden kann. Laubmann erwiderte ihm in seinem Schlusswort, daß hierbei das Bildungsniveau der Landbevölkerung und namentlich die Macht der Kirche gebüht zu beachten seien; ferner beantwortete der Referent einige Anfragen und wies Sonntag gegenüber darauf hin, daß seinen Wünschen durch die Kolonialresolutionen der früheren internationalen Kongresse Rechnung getragen sei. — Zur Aussprache über Meinungsverschiedenheiten unter mehreren Vereinsmitgliedern soll die nächste Monatsversammlung als außerordentliche Generalversammlung einberufen werden. Ferner wurde darüber Klage geführt, daß die Kirchensteuerbesteuerten Pächter enthielten, da auch von Dissidenten Steuern gefordert worden seien. Genosse Walter lud noch zur Beschäftigung der Bauten der Pagenossenschaft „Paradies“ am Sonntag, den 7. d. M., ein; die Teilnehmer treffen sich früh 7 Uhr am Ringbahnhof Schönhauser Allee zur Abfahrt nach Grünau.

Groß-Vichtersfelde.

Die Listen für die ausgesperrten Tabakarbeiter werden einbezogen. Die Inhaber wollen die Ablieferung am Sonnabend, den 7. September, abends von 8—10 Uhr bei Reisen, Ghausseier, 104, bewiesen. Das Gewerkschaftsamtell.

Nieder-Schönhäusen.

Am Dienstag fand bei Seitelern eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Freiwaldt-Pantow in einem 14stündigen Vortrag über den Internationalen Kongreß in Stuttgart Bericht erstattete. Da die Versammelten mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren, wurde von einer Diskussion abgesehen. Nachdem der Vorsitzende, Genosse Pehold die Anwesenden ermahnt hatte, recht fleißig und rege für den „Vormärts“ und den Wahlverein zu agitieren, erfolgte Schluß der Versammlung. Der Besuch war in Anbetracht der interessanten Tagesordnung leider recht schwach. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Niederschönhäusener Genossen sich in Zukunft eifriger und zahlreicher als bisher an den Parteiarbeiten und Veranstaltungen beteiligen möchten.

Neuenhagen (Ostbahn).

In einer Versammlung des Gewerkschaftsamtells für Neuenhagen und Umgebung hielt am letzten Sonntag Genosse Nag Hoppe einen Vortrag über „Zweck und Ziele der Konsumgenossenschaften“. Nach dem vortrefflichen Vortrag fand eine rege Diskussion statt, in der sämtliche Redner sich für die Konsumgenossenschaften aussprachen. Ein vom Genossen Ködler gestellter Antrag, am hiesigen Ort einen Konsumverein zu gründen, fand einstimmige Annahme. Die weiteren Schritte in dieser Angelegenheit trifft eine Kommission, der als Mitglieder die Genossen Joh. Hübscher, A. Böhm, Aug. Schmälke, Aug. Reßmann, H. Höfelbart und H. Deder angehören.

Spandau.

Was ist eine Grabschuld? Ueber diese Frage hatte am Mittwoch das hiesige Schöffengericht zu entscheiden. Es hatten der Zimmergeselle Otto Wod zu Falkenhagen, der Gärtner Robert Pieser-Spandau und der Bureaubeamte Ernst Rieger-Berlin jeder einen Strafbefehl in Höhe von 80 M. erhalten, weil sie, und zwar Wod am 22. Februar cr. bei der Verurteilung des Postkassiers Nührmundt zu Falkenhagen, und Pieser und Rieger am 19. September vorigen Jahres bei der Verurteilung des Wäckermeisters Wod zu Falkenhagen Neben gehalten haben sollen. Sie haben gegen diesen Strafbefehl Einspruch erhoben. Wod, dessen Sache von der beiden anderen Angeklagten getrennt verhandelt wird, gibt zu, bei der Niederlegung eines stranges folgende Worte gesprochen zu haben: „Im Namen des Männer-Turnvereins von Falkenhagen lege ich diesen Kranz nieder. Mögest Du, teurer Freund, sanft ruhen!“ Der als Zeuge vernommene Wäckermeister Wäckermeister bestätigte diese Angaben Wods, meint aber, die Teilnehmer des Begräbnisses, die nicht dieser Gesinnung waren, haben daran Anstoß genommen. Auf die Frage des Verteidigers Dr. Carl Wehnstedt, was der Zeuge denn unter „dieser Gesinnung“ versteht, erklärte der Zeuge zunächst, daß er sich gar nicht für verpflichtet halte, diese Frage zu beantworten. Erst als er vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er diese Fragen beantworten müsse, erklärte er, daß Wod der sozialdemokratischen Partei angehöre und viele der anwesenden diese Gesinnung nicht hätten. Auf die weitere Frage des Verteidigers, weshalb er in seiner Anzeige hervorgehoben habe, daß der Kranz vom sozialdemokratischen Turnverein war, wollte der Zeuge erst wieder nicht antworten, erklärte dann aber, daß er den Turnverein für sozialdemokratisch halte. Der Amtsanwalt beantragte 80 M. Geldstrafe. Das Gericht schloß sich jedoch der Ansicht des Verteidigers an, daß in der vom Angeklagten am Grabe ausgesprochenen Widmung keine Rede zu erblicken sei und erkannte auf Freisprechung.

In der zweiten Sache vermag Pieser nicht mehr genau anzugeben, was er am Grabe gesprochen. Inhaltlich habe er etwa folgendes gesagt: „Im Namen des sozialdemokratischen Wahlvereins widme ich Dir, leider zu früh verstorbenen Freund und Genosse diesen Kranz. Ruhe sanft!“ Rieger, der nur für seine Person einen Kranz gewidmet, gibt zu, gesagt zu haben: „Dem toten Freunde!“ Der als Zeuge vernommene Prediger Richter kennt die Personen nicht, die am Grabe gesprochen, er weiß nur, daß der erste eine längere Rede gehalten, die folgenden aber kürzer gesprochen

haben. Das Gericht sieht in den Worten Piesers die Kriterien einer Rede und verurteilt ihn zu 80 M. Geldstrafe. Rieger wird freigesprochen.

Am Dienstag verschied unser Genosse Porzellandrescher Franz Pest an Lungenentzündung im Alter von 33 Jahren. Die Vererdigung findet am Sonnabend, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes aus statt. Die teilnehmenden Genossen werden ersucht, sich um 3 1/2 Uhr bei Hausburg, Kurze Straße, einzufinden. Es wird um zahlreiche Beteiligung erfragt.

Gerichts-Zeitung.

Ein Arzt wegen unbefugter Ausübung des Schankgewerbes verurteilt.

Der praktische Arzt Dr. Labendorf zu St. Andreasberg im Harz sollte als Inhaber und Leiter einer Heilstätte für Lungenkranke das Schankgewerbe unbefugt ausgeübt und sich außerdem durch Nichtanmeldung dieses Gewerbes zur Steuer vergangen haben. Die Kurgäste seines Sanatoriums erhalten dort volle Beköstigung. Des Mittags wird nun Wein, Bier und Sauerbrunnen getrunken, welche Getränke sich Dr. Labendorf zu diesem Zwecke anschafft. Die Getränke müssen die Kurgäste extra bezahlen. Es kam auch vor, daß aus Anlaß von Geburtsstagen die Gäste von seinem Wein kauften, um ihn zu Bowle zu verwenden. — Die Strafkammer zu Göttingen verurteilte den Angeklagten im Sinne der Anklage zu einer Geldstrafe von dreißig Mark. Sie führte aus: Die Schankwirtschaft setze voraus den Ausschank der Getränke als Genussmittel. Möge es nun auch zutreffen, daß der Wein nicht als Genussmittel gelten könne in den Fällen, wo er Patienten vorgeschrieben war, so blieben hier doch eine große Zahl von Fällen übrig, wo er unbedingt des Genusses wegen getrunken wurde. Daß die Abgabe an jedermann erfolge, sei für den Begriff des Schankgewerbes nicht erforderlich. Es müsse ferner die Gewerbmäßigkeit feststehen. Dies würde nun schon der Fall sein, wenn es sich um die Absicht der dauernden Erzielung eines mittelbaren Gewinnes handele. Das treffe aber hier zu. Der Angeklagte habe gestofft, durch die Abgabe der Getränke seinen Kunden zu gefallen, weiter empfinden zu werden und neue Kunden zu gewinnen, da die meisten Kurgäste gern ein Sanatorium aufsuchten, wo ein heiterer Ton herrsche. Außerdem aber habe Angeklagter aus dem Weinverkauf auch direkten materiellen Gewinn erzielt. — Das Kammergericht erteilte am Dienstag die Revision des Angeklagten. Es nahm an, daß ohne Rechtsirrtum die Ausübung des Schankgewerbes ohne Konzession festgestellt sei.

Die Flucht von fünf geisteskranken Verbrechern aus der städtischen Irrenanstalt Buch

hatte gestern ein Nachspiel vor der ersten Ferienstrafkammer des Landgerichts III. Wegen vorsätzlicher Gefangenenerbeziehung mußte sich der Pfleger Max Bodwald vor dem Strafrichter verantworten. In der Nacht zum 1. November v. J. gelang es auf unerklärliche Weise fünf Leuten namens Sittel, Müller, Kuhne, Diebards und Grallert, die als Polizeigefangene in der Irrenanstalt zu Buch interniert waren, die Flucht zu ergreifen. Es wurde damals festgestellt, daß die fünf, die in der Abteilung für der Simulation verbliebige Polizeigefangene untergebracht worden waren, eine kurze Abwesenheit des Pflegers Bodwald benutzten, um mit Hilfe von Nachschlüssel, die ihnen, wie damals angenommen wurde, beluhende Verwandte zugestiftet hatten, die Flucht zu ergreifen. Der Wärter Bodwald wurde seinerzeit entlassen, da er sich grober Verstöße gegen die Dienstordnung schuldig gemacht hatte. Diese Fluchtstasche fand erst geraume Zeit später die richtige Aufklärung. Bodwald hatte noch während seiner Dienstzeit in der Anstalt in Buch zu verschiedenen Personen Anweisungen getan, durch welche ein Verdacht angeregt wurde, daß es bei jener Flucht nicht ganz richtig zugegangen sei und daß irgend ein Angestellter die Hand dabei im Spiele gehabt habe. Diese unvorsichtigen Anweisungen des Angeklagten führten zu einem Ermittlungsverfahren, in dem folgendes festgestellt wurde. Bodwald selbst war mit der „Braut“ des entflohenen Sittel, einer unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehenden Emma Pauschinsky wiederholt außerhalb der Anstalt zusammengetroffen und hatte sich von dieser 20 M. dafür zahlen lassen, daß er dem Sittel die Schlüssel zu dem Barackentor ausliefern. In der Absicht des Angeklagten lag es anfänglich nur, dem Sittel bei der Flucht behilflich zu sein. Die übrigen Gefangenen hatten jedoch von diesem Plan Kenntnis erlangt und waren ebenfalls die sich ihnen bietende Gelegenheit benutzten. Der Angeklagte wurde in Hamburg ermittelt, wo er wieder als Pfleger in einer Irrenanstalt angestellt war. Seine Verhaftung erfolgte gerade in dem Augenblick, als er die Reise „über'n großen Teich“ antreten wollte, nachdem er anscheinend von Berlin aus eine Warnung erhalten hatte. Vor Gericht war der aus der Haft vorgeführte Angeklagte vollkommen geständig. Der Vertreter der Anklage beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Jahre und sechs Monaten, da sich die Handlungswelt des Angeklagten nicht nur als eine grobliche Pflichtverletzung, sondern auch als eine höchst gemeingefährliche Tat charakterisiere. Das Gericht verurteilte den Irrenwärter zu sechs Monaten Gefängnis.

Die erste Schwurgerichtstagung nach den Gerichtsferien wird am Landgericht I am 23. d. M. unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lehmann beginnen. Die Zahl der spruchreifen Sachen ist so groß, daß die auf 14 Tage berechnete Tagung vollauf besetzt ist und an einzelnen Sitzungstagen sogar zwei Sachen zur Aburteilung kommen müssen. Zu den spruchreifen Sachen, die noch zurückgestellt werden mußten, gehört auch die Bluttat, die der pensionierte Feuerwehremann Jakob Landefeld Ende April dieses Jahres ausgeübt hat. Am 21. April ist der von Eiferflucht geplagte Landefeld in die Wohnung seiner Schwiegermutter, Witwe Schwedt, Prenzlauerstraße 18, gedungen und hat seine von ihm getrennt dort wohnende Ehefrau und deren Mutter durch Schüsse aus einem Revolver getötet. Auch eine zufällig anwesende Freundin seiner Frau, ein Frä. Klitsch, erhielt zwei Schüsse in den Unterleib, so daß sie schwerverletzt nach dem Krankenhaus transportiert werden mußte. Da Landefeld vor etwa zwei Jahren bei einem Brande in der Mühlenstraße durch Rauchvergiftung verunglückt ist und nun behauptete, daß er die Tat im „Dämmerzustande“ begangen habe und sich der Vorgänge nicht mehr erinnern könne, wurde eine eingehende Beobachtung des L. auf seinen Geisteszustand angeordnet. Diese hat das Ergebnis gehabt, daß L. geistig minderwertig ist, der § 51 Str.-G.-B. auf ihn aber keine Anwendung finden kann. Es ist nunmehr die Anklage erhoben worden, die nur auf Todschlag lautet, da Landefeld die Tat im Affekt und ohne Ueberlegung ausgeführt habe. Das dritte Opfer der blinden Wut des Angeklagten, das Frä. Klitsch, ist erst vor einigen Wochen aus dem Krankenhaus entlassen worden. Diese Bluttat wird das Schwurgericht in der übernächsten, am 16. Oktober beginnenden Tagung beschäftigen.

Wegen eines Ragenkopfs — eine Woche Gefängnis.

Vor dem Rixdorfer Schöffengericht hatten sich gestern die Schleifer Otto Erkner und August Kettner wegen Körperverletzung sowie wegen Vergehens aus §§ 152, 153 G.-O. zu verantworten. Beide Angeklagten waren mit dem Zeugen Johann Kluth in einer Fabrik in der Schöneberger Straße beschäftigt.

Am 2. Januar d. J. ließ fragte der Angeklagte Kettner den Kluth, ob er „im Verbands“ sei, was letzterer verneinen mußte. Kettner erwiderte ihm, wir sind alle drin. In der Mittagspause versammelten sich sämtliche organisierten Arbeiter der Fabrik um

Kluth. Erkner machte den Vortrager und legte ihm eine Beitrittsklärung zum Verbands vor mit den Worten: Die wäre es, wenn Du den Schein unterschreibst? Kluth weigerte sich jedoch organisiertes Mitglied zu werden und verneinte. Darauf sagte Kettner: Laß nur, Otto, das gehört nicht hierher. Ich werde aber morgen schon Bescheid sagen, was das für ein Bruder ist. Kluth fühlte sich beleidigt und sagte es dem Richter, er wolle lieber aushören. Darauf sagte ihm der Richter: Nichts da, Sie arbeiten weiter, damit basta! Am Abend will Kluth einen Faustschlag von Erkner erhalten haben. Erkner gibt zu, dem Kluth einen Ragenkopf gegeben zu haben, bestreitet aber die angelegliche Beleidigung und rügt, die nur von Kluth behauptet wird. Der Amtsanwalt erachtet nur die Körperverletzung für erwiesen und beantragt deshalb 50 M. Geldstrafe gegen Erkner, im übrigen beantragt er gegen Kettner die Freisprechung. Das Gericht erkennt aber auf 1 Woche Gefängnis gegen Erkner; Kettner wird freigesprochen.

Wieviel Jahre Gefängnis müßte mancher Unteroffizier und Lehrer erhalten, wenn jeder Ragenkopf mit 1 Woche Gefängnis bewertet wird? Die Verurteilung wird das harte Urteil wohl ändern.

Vermischtes.

Der Hofzug des Kaisers.

Die übermäßige Geschwindigkeit des kaiserlichen Hofzuges erregte kürzlich die Aufmerksamkeit des Kaisers. Als er am Sonnabend die Eisenbahnstrecke Kassel—Hannover benutzte, rief bei der Station Kassel, wo die Strecke besonders kurvenreich ist, die Geschwindigkeit des Zuges eine so schaukelnde Bewegung der Salonwagen hervor, daß der Kaiser nur die Erklärung fand, am Bahnkörper oder der Gleisanlage müsse etwas nicht in Ordnung sein. Der Kaiser hatte seinerzeit angeordnet, daß der Hofzug nie schneller als 70 Kilometer in der Stunde fahren dürfe, und da er nicht voraussetzte, daß diesem Verbot zuwidergehandelt worden sei, nahm er an, daß das Schaukeln des Waggons am Bahnkörper liege. Auf seine besondere Anordnung schickte der Eisenbahnminister sofort einen Sachverständigen zur Untersuchung der Strecke, der die Linie im Sonderzug abfuhr. Der Lokomotivführer mußte auf freier Strecke den Sonderzug mit genau derselben Geschwindigkeit fahren wie den Hofzug des Kaisers, und da stellte es sich denn heraus, daß der Hofzug mit der riesigen Geschwindigkeit von 90 Kilometern in der Stunde gefahren war, wodurch in den scharfen Krümmungen die schaukelnde Bewegung hervorgerufen wurde. Im übrigen war der Bahnkörper in Ordnung. Das Studium des Sonderfahrplanes für den Kaiserzug ergab jedoch, daß die Ankunftszeiten auf den einzelnen Bahnhöfen so kurz bemessen waren, daß unter einer Geschwindigkeit von 90 Kilometern nicht gefahren werden konnte, wenn eine erhebliche Zugverpätung, die mit Rücksicht auf die für den Empfang getroffenen Vorbereitungen unter keinen Umständen eintreten durfte, vermieden werden sollte. Auch der auf der Lokomotive des Kaiserzuges befindliche Regierungsrat mußte wohl oder übel den von der Eisenbahndirektion Kassel beglaubigten Fahrplan innehalten und konnte nicht verhindern, daß der Hofzug übermäßig schnell gefahren wurde.

Durch diese Materie wird der gesamte Zugverkehr einer ungeheuer großen Gefahr ausgesetzt.

Vom Spiel in den Tod.

Einen tragischen Abbruch fand ein in der Gemeinde Marda in Westfalen abgehaltenes Turnfest. Die auf dem Festplatz konzertierende Musikkapelle in Stärke von 65 Mann war in einem Pavillon untergebracht, der jedoch der Last nicht standhielt und zusammenbrach. Die Musiker kamen mit ungesährlichen Quetschungen davon, dagegen wurden von zwölf Kindern, die auf dem unteren Boden des Holzbaues herumliefen, acht schwer verwundet, vier davon tödlich.

Entgleister Personenzug.

In der Nähe der Station Sufowaca in Böhmen entgleiste gestern ein Personenzug. Die Lokomotive stürzte den Bahndamm herunter. Von den im Zuge befindlichen Personen wurden der Lokomotivführer und ein Passagier verletzt.

Vergammelsod. Auf der Zinsenstraße bei Jährze stürzten Kohlenmassen auf die arbeitenden Vergleute. Der Vergmann Orzarel wurde getötet, mehrere Personen verletzt.

Die Cholera

gewinnt in Ostland immer mehr an Ausdehnung. Wie eine Meldung aus Rischni Nowgorod besagt, wurden allein in dieser Stadt 18 neue Cholerafälle amtlich festgestellt.

Verammlungen.

Die Ortsverwaltung I des Deutschen Transportarbeiterverbandes (Verein Berliner Hausdiener) hielt ihre regelmäßige Generalversammlung im Gewerkschaftshause ab. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß, nachdem die Schwierigkeiten, welche durch den Zusammenschluß des Vereins mit dem Deutschen Transportarbeiterverband entstanden, beseitigt waren, daran gegangen wurde, mit aller Kraft den inneren Ausbau der Organisation zu pflegen und die wirtschaftliche Lage der Berufscollegen zu verbessern. Es war keine leichte Aufgabe, welche sich die Verwaltung gestellt hatte, jedoch kann behauptet werden, daß durch unermüdeliches Mitarbeiten aller in Frage kommenden Kollegen immerhin ganz nennenswerte Erfolge erzielt wurden. Es fanden im 2. Quartal 7 öffentliche Verammlungen, 32 Mitgliederversammlungen und 126 Besprechungen und Sitzungen statt, in welchen hauptsächlich organisatorische und agitatorische, sowie Lohnfragen erörtert wurden. Ferner fanden 9 Angriffsbewegungen statt, an welchen 787 Kollegen beteiligt waren. Von diesen verliefen alle ohne Streik. Davon 8 mit Erfolg, 1 ohne Erfolg. In Ausperrungen (Bauarbeiter) sind 16 Kollegen beteiligt. In den Streiks anderer Gewerkschaften sind in 2 Fällen 2 Kollegen beteiligt. Nachregelungen unserer Kollegen fanden in 7 Fällen statt, und sind dabei 10 Kollegen betroffen worden. Aus den Lohnbewegungen ergibt sich erst der Nutzen und der Wert der geschaffenen Einheitsorganisation. Hoffentlich ziehen auch unsere Lokalorganisierten Brüder den Wert des einheitlichen Zusammengehens und Zusammenarbeitens aus den Vorteilen, welche für eine große Zahl von Berufscollegen geschaffen wurden. Auch das kommende Vierteljahr wird zeigen, daß endlich die Berliner Hausdiener aus dem ewigen Schlaf der Gleichgültigkeit erwacht sind, und neuen Erfolgen in der Agitation sowie in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wollen wir entgegensehen. Auskünfte wurden im Bureau an zahlende Kollegen in folgenden Fragen erteilt (ausgenommen sind die vielen, welche den Verbandsamtall in Anspruch nahmen): Wegen Polizeikonventionen 27, gewerbliche Streikfragen 263, andere gerichtliche Streitfragen 46, Unfallversicherung 27, Invalidenversicherung 13, Krankenversicherung 52. Der Kassenabrechnung zeigt ein wesentlich günstigeres Resultat gegenüber dem des vorigen Quartals. Es wurden vereinnahmt 93 106,88 M., demgegenüber stehen an Ausgaben 81 160,38 M., verbleibt ein Bestand am 1. Juli von 61 946,50 M. In den Ausgaben sind für Krankenunterstützung 3484,60 M., für Arbeitslosenunterstützung 2727,50 M., für Streikunterstützung 675,90 M., Extraintersubstanz 220 M., für Sterbenunterstützung 2592 M. enthalten. Für Agitation, Referate usw. wurden 1552,95 M. aufgewandt, für Rechtschutz 91,10 M. Der Arbeitsnachweis zeigt folgendes Resultat: Stellen wurden gemeldet 2023, besetzt wurden 1534. Auf Antrag der Revisoren wurden dem Kassierer sowie der Gesamtverwaltung Decharge erteilt. Ferner wurde beschloßen,

Dem Zentralvorstande den Ausschluß der Kollegen Hr. Reibner, Hermann und Paul Grundel, Inhaber des Wäckerleib-Instituts „Kordoff“, und O. Gleich, Handtuchfabrik, zu empfehlen. Der Protest gegen die Wahl des Revisionskommissionsmitgliedes zum Hauptvorstand H. Webers wurde durch Uebergang zur Tagesordnung verworfen. Zu Delegierten zur Gewerkschaftskommission wurden gewählt: Bernhardt, Doppler, Schmaßl, Fuchs, Schwabe und Wilhelm Müller. Nachdem noch auf die Ausstellung von Erfindungen der Kleinindustrie, zu welcher Billets zu ermäßigten Preisen verausgabt werden, und ferner auf die Treptow-Esterwars hingewiesen, wurde beschlossen, unter Berücksichtigung derselben als wissenschaftliches Institut je 500 Billets voll und halb zu entnehmen. Nach einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf die freie Gewerkschaftsbewegung und internationale Sozialdemokratie wurde die von einem guten Geist getragene, äußerst gut besuchte Versammlung geschlossen.

Genosse Reibner ersucht und zu dem Versammlungsbericht aus dem 6. Kreise um Aufnahme einer Erklärung, der wir entnehmen, daß er in bezug auf den Genossen Liebnicht das Wort „Abnatsch“ gar nicht gebraucht habe. Dies sei erst vom Genossen Ledebour in einer Polemik gegen ihn geschehen. Seine ganz beiläufige Erwähnung der Liebnicht'schen antimilitaristischen Propaganda sei von der Versammlung auch mit keinerlei Entschuldigung aufgenommen worden. Erst als Ledebour seine Neufassung, wie Genosse Reibner schreibt, wütend deutete, wären die im Bericht verzeichneten Psui-Nuse gefallen.

Eingegangene Druckschriften.

- Jahresbericht des Deutschen Tabakarbeitersverbandes 1906. 130 Seiten. Selbstverlag in Bremen.
- Tätigkeitsbericht des Sozialdemokratischen Vereins Frankfurt a. M. vom 1. Januar 1906 bis 30. Juni 1907. 82 Seiten. Selbstverlag des Parteisekretariats in Frankfurt a. M.
- Die Zimmerlichen Lächerhelme von Dr. F. Zimmer. 0,50 M. Verlag: F. Wunder, Berlin N.W. 23.
- Protokoll über die 4. Konferenz der Freien Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg. 50 Pf. Verlag: Zentralkommission der Krankenkassen Berlin, Engel-Ufer 15.
- Politische Je- und Zeitfragen. 6. Heft. Herausgeber: H. Schöler. Verlag: E. Streiband, Berlin S.W. 68.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion (Großhandel). Rindfleisch Ia 70-72 pr. 100 Pfd., Ia 64-66, Ia 59-62, Brustfleisch Ia 63-65, Ia 51-60, Rülge, fett 50-58, do. mager 40-48, Bräuer 54-62, Bullen, den. 52-63, do. hell 0,00, Rindfleisch, Doppelender 100-115, Marktälber Ia 75-85, Ia 65-73, Rülber get. gen. 48-60, do. hell 0,00, den. 0,00, Hammelfleisch Marktlammer 78-80, Hammel Ia 73-77, Ia 67-72, ungar. 0,00, Schafe 54-56, Schweinefleisch 60-64, Fleisch Ia per Pfund 0,65-0,68, Ia 0,45-0,50, Rindfleisch Ia 0,50, do. Ia 0,40, Dambirch 0,25-0,54, Milchscheweine 0,30-0,40, Frischlinge 0,46, Kammern per Stück 0,40-0,85, Wildenten per Stück 1,40-1,50, Sturken per Stück 0,00, Rebhühner, junge große 0,90-1,00, mittel u. kleine 0,30-0,85, alte 0,85-0,85, Dübner, alte, per Stück 1,50-2,30, Ia 1,00-1,30, do. junge 0,40-1,00, Tauben 0,30-0,55, Haisische 0,00, Enten per Stück 1,50-2,50, do. Hamburger per Stück 2,00-3,00, Gänse per Pfund 0,55-0,66, do. per Stück 1,50-3,50, do. Hamburger per Pfund 0,30, do. Oberbrücker per Pfund 0,60-0,70, Boulets per Stück 0,80-1,10, Bouletchen per Pfund 0,00, Rechte per 100 Pfd. 111-124, do. matt 0,00, do. mittel 1,30, do. klein 0,00, do. groß 0,00, Rander, klein, matt 0,00, Schiele, hochland 0,00, do. groß, mittel 1,23-1,31, do. unfortiert 1,47, Kule, groß 99-102, do. klein und mittel 86-87, do. mittel 94-99, do. unfortiert 81, do. groß-mittel 0,00, do. klein 80, Wägen, matt 0,00, Raddow 74, Rapsen, 70er-90er, stumpf 76-80, do. 0,00, Mele 0,00, Duntz Rülge 70-92, Barie 0,00, Hilo klein 0,00, Kammern 0,00, do. klein 0,00, Weis 0,00, Weisliche 0,00, Hant 0,00, Cusappen 0,00, Amerikanischer Wachs Ia neuer, per 100 Pfd. 110-120, do. Ia neuer 90-100, do. Ia 0,00, Seelachs 10-20, Humbern, Meier, Stiege Ia 2-6, mittel per Rülge 2, Damb Stiege 4-6, halbe Rülge 2-3, bann. Ia Schaf 9 Ia 0,00, Säcklinge, Meier per Maß 2-3, Straß, 3,50-4,50, Bernb. 0,00, Kule, groß per Pfund 1,10 bis 1,40, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Heringe per Schaf 5-9, Schellfische Rülge 3-4,50, 1/2 Rülge 1,50-2,50, Sardellen, 1900er per Anker 98, 1901er 98, 1902er 98, 1903er 90-95, Schottische Heringe 1900 0,00, large 40-44, full 38-40, mod. 36-42, deutsche 37-44, Heringe, neue Rülge, per 1/2, Ia 50-120, Sardinen, russ., Rülge 1,50-1,80, Bräuerlinge Rülge 1,20-1,40, do. Rülge (4 Meier) 1,40-1,70, Kammern, Schaf 11, do. kleine 5-6, do. Meier 14, Krebse per Schaf, große 27,50, do. mittelgr. 12-14 cm 8,50-10, do. kleine 3,50, do. unfortiert 5-7, Gollier groß 0,00, do. unfortiert 2,40, Eier, Vands, unfortiert per Schaf 3,60-3,80, do. große 4,00, Butter per 100 Pfd. Ia 117-120, Ia 108-117, IIIa 100-108, abfallende 90-95, Saure Butten, neue, Schaf 4,00, Buttergarten 4,00, Kartoffeln per 100 Pfd. weiße runde 1,75-3,00, blaue 2,50-3,75, Meien 1,50 bis 2,50, Meien, 2,00-3,50, Borree, Schaf 0,50-1,00, Weizen, Schaf 5-15, Spinal per 100 Pfund 10-15, Seilerie, per Schaf 2,00-8,00, Meideln per 100 Pfd. 3,00-6,00, do. Berl. 40,00-75,00, Chalotten 50,00-60,00, Weisliche, grün, Schaf 0,75-1,00, Rülber Ia Schaf 0,75-1,25, Rülber, bayr., neuer

Stück 0,07-0,10, do. Meier Schaf 3-4, Rülber, per 100 Pfund 3,00 bis 5,00, Karotten, Meier, Schaf 2,00-3,00, Rülber, per Schaf 4,00 bis 12,00, Rülber, Schaf 6-12, Weisliche 4-10, Blumenkohl, Meier 100 Stück 5-14, do. Hamburger 100 Stück 0,00, do. Erfurter 100 Stück 5-14, Rülber, Schaf 4,00-7,00, Petersilienwurzeln, Schaf 3,00-4,00, Schoten per 100 Pfund 20-35, Pfefferlinge per 100 Pfd. 6-10, Steinpilze per 100 Pfund 20-40, Radische per Schaf 0,50-1,00, Salat per Schaf 1,50-2,00, Gurken, Einnache, Schaf 10-25, do. böhmische Schaf 0,00, do. Meier Schaf 3,00-5,00, Bohnen, grün, 100 Pfund 12-22, Bohnen, per 100 Pfund 15-25, Tomaten per 100 Pfund 5-15, Blaubeeren per 100 Pfd. 10-16, Johannisbeeren per 100 Pfd. 7-18, Preiselbeeren per 100 Pfd. 20-28, Rülber, (außer, 100 Pfd. 10-12, Meien, ital., 100 Pfund 14-40, Tiroler 22-40, Meier 3-10, Salander 20-23, Weisliche, Meier per 100 Pfd. 15-20, ital. in Rülber zu 12 Stück 0,85-1,50, do. in Rülber Ia per 100 Pfd. 20-35, do. Ia in Rülber per 100 Pfd. 8-24, Apfelsinen, ital., per 100 Pfund 0,00, französl. 0,00, Meier, Meierliche, per 100 Pfund 8-15, ungl. 10-13, Meier 3-10, Orangenmeier Ia 15-25, do. Ia 10-20, Meier, ital., per 100 Pfund 0,00, Meierclauden 12-16, Meier 6-14, ungl. 4-13, Babener, Rülber, 0,00, franz. 8-15, Weintrauben, franz., per 100 Pfd. 16-22, Meierliche 15-25, Ananas I, per Pfund 0,00, do. II 0,00, Meier, Meier, 300 Stück 10,00-18,00, do. 800 Stück 10,00-16,00, do. 200 Stück 10,00-14,00, do. 150 Stück 6,50 bis 9,00, Bananen, gelb, per 100 Pfd. 18,00-20,00, grün 0,00, Melonen, per 100 Pfd. Meier 25-35, ital. 12-18, franz. 0,00, holl. 25, spanische 0,00, ungarische 10-12.

Witterungsübersicht vom 5. September 1907.

Stationen	Barometer hoch vom Morgen	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in °C	Stationen	Barometer hoch vom Morgen	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in °C
Eintriede	766	SW	2	wolkig	11	Dachau	763	SW	4	hell	10
Hamburg	768	SO	2	wolkig	8	Berlin	763	SW	2	bedeckt	16
Berlin	767	SW	1	wolkig	9	Schwabm.	760	SW	2	Dunst	13
Königsbr.	767	SW	3	bedeckt	8	Worms	762	SW	2	bedeckt	9
München	769	SW	2	bedeckt	9	Wien	765	SW	2	bedeckt	14
Wien	767	SW	4	hell	9						

Wetter-Prognose für Freitag, den 6. September 1907.
Zunächst wärmer bei mäßigen südwestlichen Winden und zunehmender Bewölkung; später wieder Regen und Abkühlung.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

- Freitag, 6. September.**
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Stieglieb. Anfang 7 Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. Die Radenheimer.
Deutsches. Der Gott der Rache.
Kammerstücke: Erdgeist.
Anfang 8 Uhr.
Berliner. Sherlock Holmes.
Festung. Wenn wir Luten ermahnen.
Schauspielhaus. (Wälder - Lieder.)
Nonna Donna.
Schiller Charlottenburg. Der Herr Senator.
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Abteilungen.
Neues Schauspielhaus. Der Hasch.
Neues. Ueber den Wassern.
Komische Oper. Carmen.
Wägen. Die lustige Witwe.
Unterhand. Hofentwender.
Zentral. Lophens in der Unterwelt.
Kleines. Vater und Sohn.
Meiberg. Haben Sie nicht zu verzeihen?
Trianon. Fräulein Josette - meine Frau.
Thalia. Der Sechste - Uebel.
Bernhard Nole. Der große Unbekannte. Anfang 8 1/2 Uhr.
Rachmittag 6 Uhr: Lily Webb.
Die Löwenbraut.
Theater an der Spree. Der Affenbubler.
Nervos. Der Teufel lacht dazu.
Apollo. Schwäbischer Schaffner. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Gebr. Herrfeld. Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachtleben.
Valkyrie. Eine Rausch. Spezialitäten.
Wintergarten. Amie Dancrey. Annie Dirksen. Spezialitäten.
Prater. Der Tanzmeister.
Luisen. Turandot.
Kafino. Die wilde Jagd.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Urania. Landenstraße 18/19.
Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtsstunde.
Zentral. Anwaltsbüro. 57/62.
- Ferdinand Houns**
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes
Sonntag und Sonntag: Die langenden Mäuschen.
Neues Theater.
Heute zum erstenmal:
Heber den Wassern.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag: Heber den Wassern.
Kleines Theater.
Zum 51. Male:
Vater und Sohn.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag: Vater und Sohn.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Rachtstgl.
Abends 8 Uhr: Vater und Sohn.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr: Die lustige Witwe.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: Frühlingstanz.
Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Gujarenfieber.

Urania.

- Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtsstunde.
Anwaltsbüro. 57-62; Sternwarte.
Täglich geöffnet von 7 1/2-11 Uhr abds.
ZOOLOGISCHER ZGARTEN
Täglich ab nachm. 4 Uhr:
Großes
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mk. von abends
6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter
10 Jahren die Hälfte.
Residenz-Theater.
8 Uhr
Direktion: Richard Alexander.
Freitag, den 6. September:
Haben Sie nichts zu verzeihen?
Schwan in 3 Akten von
Maurice Dennequin und Pierre Weber.
Friedrich-Wilhelmstadt Schauspielhaus
Thaussestr. 50/51.
Heute abends 8 Uhr:
Eröffnungs-Vorstellung
„Die Nibelungen.“
Sonntag: Die Nibelungen.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Jugend.
Abends 8 Uhr: Die Nibelungen.

Zentral-Theater.

- Heute und folgende Tage:
Daphens in der Unterwelt.
Sonntag nachmittag: Weiss.
Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Zum ersten Male:
Die beiden Reichenmüller.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag: Turandot.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Gipsenker.
Abends: Gebildete Menschen.
Montag: Turandot.

Theater an der Spree

- Köpenickerstraße 68.
Abends 8 Uhr:
Der Affenbubler.
Bilder aus dem Volksleben in Befang
von D. Kallisch.
(Josefine Dorn, Heinz Gordon, Marie
Grimm-Graßhöfer.)
Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Schluß des Abonnementes am
8. September.
Beginn der Vorstellungen:
18. September.

Bernhard Rose Theater

- Dr. Kraussstr. 132.
Im Garten. Anf. 4 1/2 Uhr:
Das glänzende
September-Programm
Spezial 50 Pf. Entree 30 Pf.
Im Theater abends 8 1/2 Uhr:
Der große Unbekannte.
Sommerreise.
Trianon-Theater.
Fräulein Josette - meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater.

- Schiller-Theater O. (Wälder-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Nonna Vanna.
Schauspiel in 3 Aufzügen von
Maurice Maeterlinck.
Deutsch von H. v. Oppen-Steinfortsch.
Sonntag abends 8 Uhr:
Die Schmockler.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Traumulus.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Herr Senator.
- Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Herr Senator.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz
v. Schönthan u. Gustav Kadelburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Götz von Berlichingen.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Nonna Vanna.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Götz von Berlichingen.

Metropol-Theater

- Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern
von Julius Freund. Musik von
Viktor Hollaender. Dirigent Max
Roth. In Szene gesetzt von
Direktor Richard Schultz.
Kauschen überall gestattet.
- Fröbels Allerlei-Theater**
Schönd. Allee 148, Kastan.-Allee 97/99.
Bestes Volkstheater Berlin.
Ob Regent Der Ob Regent
glänzende Semptember - Spielplan
mit Karl Braun.
Oestions, Little Smith, Franconi usw.
Mit Caros, Florus Rapmet, Wendanis.
8 Uhr: Der Bomardier im Feuer.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Im Saal täglich: Großer Ball.
Morgen: Sommerachtsfest.
Alle aufgeborenen Ehren- u. Frei-
karten haben Gültigkeit.

Etablissement „Pharus-Säle“

- Müllerstr. 142. Inhaber Julius Wernau. Müllerstr. 142.
Freitag, den 6. September:
Große Eröffnungs-Soiree.
Spree-Athener.
Berliner Sänger-Gesellschaft. (9 Herren.)
Nach der Soiree: Familien-Tanz.
Im Wilhelm Busch-Restaurant (55 Schenkerstr.): Täglich:
Künstler-Frei-Konzert.

Neubau „Arminhallen“

- Kommandantenstraße 58/59.
Eröffnung Sonntagabend, 5. Oktober 1907.
Geöffnet, bis 1100 Personen lassend, auch mit Bühne, an Sonntagabenden
und Sonntagen im Oktober, November, Dezember, Januar, Februar,
März frei. 587524

Gebrüder Mieltz,

Kommandantenstr. 21 II
Fernsprecher Amt I 8995.
Größtes
Spezial-Geschäft
sämtlicher
Gastwirts-Artikel.
L. Katz & Co.,
Spandauerstr. 45,
am Molkenmarkt.
Filialen:
Ecke Kaiser- u. Schillingstr.
und
Brandenburg a. H.

Nicht das deutsche Volk

sondern die Regierungen beschwören die gefährlichsten
Wirtschaftskatastrophen herauf, weil sie keinen Sinn und
kein Verständnis für volkswirtschaftliche Fragen haben,
weil sie sich um die Volksernährung nicht kümmern.
Die von der deutschen Presse absichtlich unterdrückte
Broschüre Proestler hat schon seit Jahren darauf hin-
gewiesen.
Das Wirtschaftsabbild der Gegenwart und der Zukunft
ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Welka,
Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2.- Teil- und Verkauf-
ausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, werden die Broschüren
insland, Mk. 2.20 bzw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren
postfrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg ver-
sandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
Man verlange ebendasselbe Flugschriften und Prospekte.

Apollo Theater

- Ab 8 Uhr:
Dehnis u. neuen Spezialitäten
Silvester Schäffer,
Der berühmte Universalkünstler.
Tom Wilson u. Mit Helvis, Bar-Mit.
Ponscherrys Traublich-Mit.
Geschwister Amoros,
equilibristische Kunst.
Ines et Tali,
musikalische Exzentriks u. a. m.

Gebr. Herrfeld-Theater.

- 57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr.
Billetvorverkauf 11-2 Uhr.
Täglich: Die Novität
Madame Wig-Wag
Operetten-Burleske von Anton u.
Donat Herrfeld. Musik v. L. Ital.
Dazu die Separat-Karten
Es lebe das Nachtleben!
mit den Autoren Anton u. Donat
Gerrfeld in den Hauptrollen.
„Das Lied der Liebe“ und das
„Anekdoten-Couplet“ aus der
Operetten-Burleske „Mad. Wig-
Wag“ sind im Theater sowie in
allen Musikalienhandlg. zu haben.

WINTERGARTEN

- Anne Dancrey, Pariser Säng.**
The 8 English Girls,
Gesangs- und Tanztruppe.
Die 4 Barowskys, Akrobaten.
„Die Bauernjungen im Walde“.
Le Roy Talma u. Bosco,
Zauberer.
Agoust, komischer Jongleur.
George B. Reno Company,
amerikanische Exzentriks.
Annie Dirksen.
Oiga Proobrajensky, Prima
Ballerina, u. M. Legat, Solotänzer
v. d. kais. Hofoper in Petersburg.
Papinta, amerikan. Phantasio-
und Spiegeltänscherin.
Kellino Truppe, „In Venedig“.
The Hartleys, Springer. Der Biograph.

Passage-Theater.

- Lona Nansen.**
14 ersteklassige Nummern.

Walhalla Variete-Garten

- Waldenstraße 19/20, Rosenh. Tor.
Neue Spezialitäten.
Hoben eines Automobils
mit den Zähnen.
Anf.: Sonntag 5; Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Bei ungünstigem Wetter
Vorstellung im Theater 8 Uhr.

W. Noacks Theater

- Direktion: Rob. M. G. Gammertstr. 10.
Der
Mittwoch u. f. Schwiagerjohn.
Schauspiel in 5 Akten.
Anfang 6 Uhr. Kassette 3 Uhr.
Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.
Montag, 6. September: Schluß der
Sommerreisen. Sonntag, 14. Sept.:
Beginn der Winterreisen.

Palast-Theater.

- Burgstraße 24.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das glänzende Programm.
Attraktionen 1. Ranges.
Unter anderem:
Das schwimmende Theater.
Das Zölke vom Tollen.
Die 5 Marnos
erstaunliche Akrobaten.
The Newport
Exzentriks
und 8 ersteklassige Nummern.
Vorverkauf von 11-1 Uhr.

Reichshallen-Theater.

- Täglich:
Stettiner Sänger.
Britton
als
Küch im
Familien-
bad
Wannsee.
Anf. Hochst. 8. Sonntag 7 Uhr.

Kafino-Theater.

- Kolbingerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Die wilde Jagd.
Lustspiel in
4 Akten v.
Ludwig Fulda.
Vorher d. glänz. Eröffnungs- Progr.
Sonntag 4 Uhr: Heirat auf Probe.

Sanssouci,

- Kottbusser
Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Freitag: Lustspiel
der Berliner Hofbühne:
Zum 1. Male:
Moderne Frauen.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hoffmanns Wirt. Säng.
Sonntag Beginn 5,
wochentags 8 Uhr.
Sonntag, 2. Novbr., ist
für Bestellungen noch frei!

Berliner Prater-Theater

- Kassanien-Wee 7/9.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Der Tanzengel.
Naherdem:
Spezialitäten 1. Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Braatz' Amerikanischer Affen-Zirkus

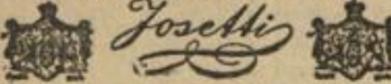
- a la Brockmann.
Im Vrenslauer Tor. Anf.
Täglich: Or. Vorstellung 8 1/2 Uhr.
Naherdem Sonntag, Freitag, Samstag,
Sonntag nachm. 3 Uhr
Extra-Kinder- u. Familien-Vorstellung.



Drei Dinge sind nötig zur Herstellung bester Cigaretten:

1. Umfassendes Verständnis der Fabrikation.
2. Allerbeste Rohmaterialien.
3. Technisch vollkommenste Fabrikeinrichtung.

Dafür zu sorgen ist unsere Sache. Eins nur ist nötig zum Einkauf bester Cigaretten: darauf zu achten, dass die Cigaretten die Marke



tragen. Dafür zu sorgen ist Ihre Sache. Diese vier Faktoren gewährleisten Ihnen den Einkauf denkbar bester Cigaretten.

Die Marke *Josetti* ist die Garantie.

Dass wir die besten Cigaretten fabrizieren, können Sie selbst feststellen bei einem Versuch mit irgend einer Sorte deren Vorzüglichkeit durch die Marke Josetti garantiert ist. Josetti Juno 10 St. 20 Pf. Josetti Vera 10 St. 30 Pf.



Begründet 1873. Spezial-Hut-Engroslager. Begründet 1873.

Neueste Moden der Saison in Filzhüten, Cylinderhüten, Chapeau claque etc.

Abteilung für den Einzelverkauf zu außergewöhnlich billigen u. streng festen Preisen.

B. Salinger, Neue Königstr. 48, 1 Treppe, 3. Haus v. Alexanderplatz. Sonntags 8-10, 12-2 Uhr.

Billiger Verkauf.

Möbel

auch auf Teilzahlung.
Wohnungseinrichtungen
 zu M. 100.00, 200.00, 300.00, 400.00, 500.00, 600.00, 700.00, 800.00 etc. bis M. 3000.00.
Kleiderschränke
 zu M. 25.00, 30.00, 35.00, 40.00, 45.00, 50.00, 55.00 etc.
Vertikals
 zu M. 40.00, 47.00, 50.00, 55.00 etc.
Truhen
 zu M. 35.00, 40.00, 45.00, 50.00, 55.00 etc.
Sofas
 zu M. 35.00, 40.00, 45.00, 50.00, 55.00, 60.00 etc.
Bettstellen, komplett
 zu M. 24.00, 28.00, 30.00, 35.00, 40.00, 45.00, 50.00, 55.00, 60.00 etc.
Moderne Küchen-Ausstattungen
 zu M. 65.00, 80.00, 100.00 etc.
 Riesenauswahl. Nur reelle Arbeit.

A. Schatz sen.
 Brunnonstr. 160
 Wegzug Anhalterstrasse.

Hühner, Enten, Tauben.
 Junghühner empfiehlt reich und billigst
 H. Döner, Berlin, Karlsruherstr. 34.

Grosse Betten 12 Mk.
 (Oberbett, Unterbett, 2 Kissen)
 mit doppeltgereinigtem neuen Bettleder, bessere Betten 15, 18, 24, 30, 36, 42, 48, 54, 60, 66, 72, 78, 84, 90, 96, 102, 108, 114, 120, 126, 132, 138, 144, 150, 156, 162, 168, 174, 180, 186, 192, 198, 204, 210, 216, 222, 228, 234, 240, 246, 252, 258, 264, 270, 276, 282, 288, 294, 300, 306, 312, 318, 324, 330, 336, 342, 348, 354, 360, 366, 372, 378, 384, 390, 396, 402, 408, 414, 420, 426, 432, 438, 444, 450, 456, 462, 468, 474, 480, 486, 492, 498, 504, 510, 516, 522, 528, 534, 540, 546, 552, 558, 564, 570, 576, 582, 588, 594, 600, 606, 612, 618, 624, 630, 636, 642, 648, 654, 660, 666, 672, 678, 684, 690, 696, 702, 708, 714, 720, 726, 732, 738, 744, 750, 756, 762, 768, 774, 780, 786, 792, 798, 804, 810, 816, 822, 828, 834, 840, 846, 852, 858, 864, 870, 876, 882, 888, 894, 900, 906, 912, 918, 924, 930, 936, 942, 948, 954, 960, 966, 972, 978, 984, 990, 996, 1000.

Gustav Lustig, Berlin S. Prenzlauer, 40
 Größt. Spezial-Beichh. Deutsch.

H. Zimmermann
 Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
 Gold- und Silberwaren-Fabrik,
 Uhren-Großhandlung. 5361L*
 Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur. Streng reell. - Billigste Preise.

Ihre als vorzüglich bekannten Qualitäts-Zigaretten empfiehlt die
Tabakarbeiter-Genossenschaft, Hamburg.
 Fabriklager und Vertretung für Berlin und Umgegend:
Udo Stangenberg, Berlin SO., Köpenickerstr. 20a. Amt IV 9460.
 Verkaufsstellen: Berlin, Köpenick usw., Hamburg, Stettin, Köln usw.
 Wegen Eröffnung von weiteren Verkaufsstellen wollen sich künftensfähige Respektanten an obigen Vertreter wenden.

Nur für Herren
 welche Wert auf elegante Garderoben legen, bietet sich Gelegenheit, sich in dem Kaufhaus für Monatsgarderoben, Große Frankfurterstraße 93 (zwischen Markus- und Krautstraße), mit gebrauchter moderner Kleidung zu versehen.
 Wir beziehen unsere Anzüge, Paletots usw. teils aus ersten Abonnementhäusern, teils von Herrschaften, Doktoren, Kavallieren usw., die nur bei ersten Schneidern arbeiten lassen.
 Es bieten sich daher für jedermann ganz enorme Vorteile, da sich unsere Garderoben der meist sehr mangelhaft angefertigten Konfektionsware gegenüber durch besonders gute Verarbeitung (vielfach auf Zeide) und tadellosen Sitz auszeichnen. Wir empfehlen gereinigte, reinwollene
 3 Monat 2 Monat 1 Monat
 getragene getragen getragen
Maß-Anzüge 8 M. 12 M. 16 M.
Maß-Paletots 6 M. 10 M. 14 M.
Kaufhaus für Monatsgarderoben
 Große Frankfurterstraße 93
 zwischen Markus- und Krautstraße.
 Grad und Gesellschaftsanzüge werden zu billigen Preisen versehen.
 Einziges christliches Geschäft dieser Art am Platz.

Prächtige Geichenke liegen
Gentners Veilchen-
seifenpulver Goldperle
 „Marke Kaminfeiger“
 bei mir nützliche Gegenstände, die viel Freude machen.
 In den meisten Geschäften a 15 Pf. zu haben.
 Voricht beim Einkauf! Man achte auf den gef. gef. Namen „Goldperle“ und den Kaminfeiger!
 Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.
 Alleinverkauf für Berlin und Umgegend: **Andreas Caspar, Berlin SO., Josephstr. II.**

Verkäufe.
Totalverkauf meines Engros- und Filialenlagers: Gardinen, Stores, Tüllbettdeden 10 bis 20 Prozent Rabatt. C. Weissenberg Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. *
Teppiche mit Farbentwürfen zum vollständigen Ausverkauf jetzt mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 2667R*
Totalverkauf meines Engros- und Filialenlagers: Tisch- und Tischdecken, Velvete- und Blüschportieren in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Extrarabatt. Große Frankfurterstraße 125. 2668R*
Teppiche mit Farbentwürfen Habriltederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Kauerhoff. †
Teppiche mit Farbentwürfen Habriltederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Kauerhoff. †
Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Kauerhoff. †
Herrnrad, Damenrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 2515R*
Biederbetten, Stand 11,00, große 16,00, Wädicke, Gardinen, Portieren, Steppdecken, Uhren, Goldschmuck, Silberwaren, Anzüge (pottblillig) Hand- leihhaus, Köpenickerplatz 7. 2648R*
Teppiche (jedlerweise) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Odeonstr. Markt 4, Bahndorf Seite. 2611R*
10,50 große Betten, rote/rot (Inlett, Oberbett, Unterbett, zwei Kissen. C. Weiden, Landsbergerstraße 41.
Gaststubehaus!!! Geschlossene Mellochgasstocher! 5,00. Gasbratfen! 8,00. Gasbrennapparat! Schneid- essent! (pottblillig) Gasbrennapparat! Gasbrenner! 17,00. Bohner, Ballner- theaterstraße 32. 2691R*
Kinderwagen, Kinderbestellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgeleitet, (pottblillig). Sommer, Wienerstraße 51.

Metallbetten, Messingbetten, Ruhbaumbetten, Solontrumeaus, Grammophon, (pottblillig) Kauf- gelegenheit. Ritterstraße 112 II. Rappold. 2692R*
Metallbetten, komplette, hoch- elegant, Paar 85,00. Bieder, Lands- bergerstraße 41. 2617R*
Gänse! Gänse! frisch geschlachtet, sind diese Woche pro Pfund 60 Pfennig veräußert. Paul Hoff, Bettelberg- Verkauf, Samariterstraße 21. 657R*
Sporttblillig gebrauchte und neue Teppiche, Gardinen, Betten, Stepp- decken, Portieren, Tischdecken, Regu- lator, Remontieruhren, Öfen, Spiegel, Bilder, Lude, Gränner- weg 113. Teilzahlungen gestattet. *
Handleihhaus! Hermannplatz 163. Jedermann empfehlenswerte Einkaufsstelle! Extrabilliger Betten- verkauf, Brautbetten, Vermietungs- bett, Bettwäsche, Bettmattens, Kleiderverwahrung, Leibwäsche, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Stepp- decken, Tischdecken, Wädickeverkauf, Nähmaschinen, Goldschmuck, Uhren- verkauf, Regenschirme, Schirmstangen, goldene Herrenuhren, Damenuhren, Ketten, Ringe, Freiwinger, (pottblillig) Jagdanzüge, Wedroanzüge, Refektoranzüge, Winterpaletots, Sommerpaletots. Sonntags eben- falls geöffnet. 1117R*
Fahrrad, wunderschön, modern, 35,-. Begner, Rantstraße 55 II. †128R*
!! Sporttblillig !! aus Nachlässen, Möbel, Betten, elegante Schlaf- und Speisezimmer verkauft billigst Frank- furter Allee 103 ohne parterre. †122R*
Monatsanzüge und Sommer- paletots von 6,00. Holen von 1,50. Wedroanzüge von 12,00. Brads von 2,50, sowie für torpulenten Figuren Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Handleihhaus verlässtene Sachen kauft man am billigsten bei Roth, Ruladstraße 14. 2696R*
Saison- Extraverkauf! Amittierte Verfertiger, Portieren, Steppdecken, Schlafdecken usw. Teppichhaus Emil Lehder, Oranienstraße 158. 2538R*
Krautstraße 50 Möbel, Spiegel, Polsterwaren (pottblillig). Möbelverleiher Sanfeld. 2698R*
Biederbetten 11,00, Tisch, Dres- denerstraße 38. 23111R*
Grünfrangeschäft mit Rolle billig veräußert Allee 116. 2709R*

Möbel 20 Prozent billiger. Wegen Ueberfüllung meiner großen Lager- räume findet in meiner seit 1850 be- stehenden Möbelfabrik, Oranienstr. 15, nahe dem Hakenloche Tor, bis 25. September großer Räumungs- verkauf statt. Beschäftigung ohne Kaufzwang. Brautleuten wird Ge- legenheit geboten, besonders billig einzukaufen. Teilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleider- spind 20,-, Bettstelle mit Sprung- federmatratze 22,-, Büschelveritto, Büschelveritto 27,-, Säulen- trumeau 30,-, Büschelveritto mit Matratze 34,-, englische Bettstelle mit Matratze 48,-, Kuchbaum-Kleider- schrank mit Spiegel 72,-, Schlafsofa mit Auszug 34,-, Büschelsofa 40,-, Baneellosofa 70,-, Ausziehbüchse 18,-, englische Büschelveritto 94,-, Schreibische 25,-, englische Schlaf- zimmer 250,-, Wohnspeisezimmer 400,-, Herzkammer 360,-, ein großer Polster billige Säulenbüchse, Komplett Küchen von 43,- an. Zurückgeleitet und verließen gemene Möbel ganz besonders billig. Ge- kaufte Möbel können kostenfrei lagern und werden durch eigene Gespanne geliefert. Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet. Bitte auf Haus- nummer 15 zu achten. Rusterbuch- gratz. 2677R*
Tamendenden, Perücken, mit gestrichelter Basse 1,25. Herzkammer 1,30. Teilbezug nebst zwei Kopfstücken 4,50. Büschelveritto Salomonstr., Dirden- straße 21, Alexanderplatz. 23112R*
Pianino, großes, nussbaum, 140 Mark, Lutzstraße 8 I. 6510R*
Pianino verkauft Pantow, Weiden- weg 83, vorn II. †33R*
Gemüse- und Kohlengeschäft, gut- gehend, verkauft umständlicher Kobenerstraße 8. †52R*
Kolonialwaren, Milchgeschäft, frankfurterhalb (pottblillig). Vogt- an, Simplonstraße 24. †145R*
Zahngeschäft, beliebte Gegend, zehn Jahre in einer Hand, umständ- licher zu verkaufen. Zu erfragen in der Expedition, Ragerstraße 49.
Zigarrengeschäft, Gde. gehn- sädiger, Norden, wegen Krankheit sofort veräußert. „Egitzens“, Post- amt 7. 2727R*
Richterrade, neuer, schloss, Quadrat- 14 Mark, Rosenstraße 11, vorn III Treppen rechts. 2728R*

Möbel sowie ganze Wohnungs- einrichtungen erhalten solide Leute zu Kaufpreisen bei geringer An- zahlung auf Teilzahlung Möbelabrik H. Kaufe, Schützenstraße 73/74. *
Littauer Nähmaschinen ohne An- zahlung, höchstens 1,00, gebraucht 12,00, Wienerstraße 1-6, Barfüßner- straße 67, Allee 111. 2728R*
Verkauf sofort zwei Kleider- schränke, Büschelveritto 25,00, Bett- stellen, Büschelsofa, Säulentrumeau, Auszugstisch, Büschelveritto 16,00, Büschelveritto 10,00, Bilder, Baneelloveritto, Teppich, Steppdecken, Nähmaschine, Gastrom, Kuchbaum- piano, Kleiderkasten, fast neu, (pottblillig), auch einzeln. Baldemar- straße 27, vorn I, bei Schumann.
Gegebenes Zigarrengeschäft umständlicher billig zu verkaufen. Offerten unter L. 2 an die Expedition dieses Blattes. 2730R*
Goldgrube für Verlegenheiten, gutes Restaurant mit Vorgarten, 5000 Mark, 40 Halbe Dazwischen, 8 Halbe Weißbier, viel Bier, Sekt, Schnaps. Näheres bei Reiter, Krautstraße 16. 2732R*
Wegen sehr Anstellung des In- habers ist ein sehr gutgehendes Obst- und Gemüsegeschäft (Kigdorf, Berliner- straße 76, sofort sehr billig zu ver- kaufen. †117R*
Gardinenreife 1 bis 4 Reiter (pottblillig) verkauft Bruno Gärter, Grünauer Weg 80, parterre. 2688R*
Brongesronnen !! Gasgug- lampen! 9,00. Salongasronnen 16,00. Gaslampen 17,-. Schauenstiller! Hängelampen (pottblillig)! Bohner, Ballnertheaterstraße 32. 2695R*
Materialwaren, Milchgeschäft verkauft Dresdenerstraße 21. 2734R*
Zigarrengeschäft, Verkaufsstelle der Tabakarbeiter-Genossenschaft (so- fort zu verkaufen. Kigdorf, Vannier- straße 8. †117R*
Gedragene Herren- und Damen- Kleider, Uniform-Jacken. Frank- furter Allee 60, vorn III rechts. †122R*

Guadenerlah. Zum heutigen Ge- burtsstage des Galtwirts Otto Schmidt gratulieren die Pumpbräder von der freien Ansicht und hoffen, daß sämt- liche Schulden getilgt werden.
Verst die Rusterstraße bedürftigen! Erfolgreichen, leicht löshchen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissholter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unter- richtsstunde höchstens genügt. Ge- fällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.
Parentanwalt Bessel, Göttinger- straße 94a. 2555R*
Zeichenunterricht für Bauer und Zimmerer. Ausbildung zum Baupolier. R. Buchholz, Architekt und Baumeister. Kigdorf, Reichel- straße 15. Anmeldungen Freitag 8-9. Sonntag 9-11. †117R*
Verwandtschafts-Eäger-Gesellschaft Oldenburgerstraße 23. †76R*
Platinabfälle, Gold, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Redgold, photographische Rückstände sowie sämt- liche gold- und silberhaltigen Rückstände kauft Goldschmelze Köpenickerstraße 29. Telefon 4, 6958. 6511R*
Vermietungen.
Wohnungen.
Prächtige Vorkamernwohnungen billig Goldenerstraße 32/34. 2681R*
Jahntstraße 21 saubere Garten- wohnung, 2 Zimmer und Zubehör, an ruhige Mieter 1. 10. vermietbar.
Schlafstellen.
Schlafstelle bei Flamm/Schmidt, Elsterstraße 51/52, Duergebäude I.
Schlafstelle für Herren. Appell, Poststraße 14, III. †76R*
Mietsgesuche.
Möbliertes Zimmer, Südost, 15. September gesucht. Offerten mit Preisangabe bis Montag unter B. 19 Expedition Vorwärts Platz 14/15. †9R*

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Schlosser, 26, sucht Beschäftigung, gleichviel welcher Branche. Gefällige Offerten W. 82, Vorwärts-Expedition.
Stellenangebote.
Automobilfahrer-Technikum Pots- damerstraße 122a/b, Ausbildung von Berufschaffenden für alle Systeme, theoretische und praktische Kurse. Lehr- lohn und Reparaturwerkstätte. Nach Begehrzeit Stellung. 25613R*
Schleifer auf gründliche Lehren Dammstraße 41. †88R*
Kleider- und Wäschmeister für Chromolithographie bei hohem Lohn gesucht. Goldner u. Co. Deleg- Breislaw. 27315R*
Arbeitsloser Mann auf mehrere Tage verlangt. Frau Engelhardt- Bauer, Schladtenstraße, Gertrud- straße 1/2. 27336R*
Farbigenmacherin verlangt Weinstof, Gobenstraße 74.
Kunstliche Blumen- Arbeiterinnen, Kleiderinnen, Lehrmädchen, Anfangs- gehalt für Lehrmädchen 25 Mark, verlangt Schindelhauer, Alexandriner- straße 93/94. 25688R*
Mitglieder für Steinbrud-Schnel- presse sucht Barnitz, Hollmannstraße 18.
Notenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Pots- damerstraße 33, Laden. 6515R*
Notenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Pringensstraße 41, Keller. 6514R*
Notenfrauen (Lehr- Stralauer Allee) finden lohnende Beschäftigung Sorauerstraße 20, Laden. 6512R*
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.
Größeres Warenhaus am Platze sucht einen Hausmeister per sofort zu engagieren. Offerten von ordentlichen Leuten, welche eine der- artige Stellung bereits bekleidet haben, sind zu richten an die Expedition dieses Blattes unter G. 116, M. 2.

Vierter Verbandstag der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands.

Frankfurt a. M., 4. Sept. (Dritter Verhandlungstag.)

Die Diskussion über Lohnbewegungen und Streiks wird fortgesetzt und dann folgende Anträge hierzu angenommen: Bei Arbeitsverhältnissen, welche nicht vorher vom Hauptvorstand genehmigt wurden, kann die Unterstützung verweigert werden.

„Der Woylott als Waffe im Kampfe mit dem Unternehmertum“ referiert Paul Hensel. Berlin. Redner schildert eingehend die Geschichte und Entstehung des Woylotts, der älter als der Streik ist, und die verschiedenen Formen desselben.

In der Diskussion mahnt Bergmann. Berlin, nicht zu viel Gewicht auf die Wirkung des Woylotts, sondern mehr auf die Macht einer starken Organisation zu legen. Es müsse darauf gesehen werden, daß die Gewerkschaftshäuser und Arbeiterwirtschaften ihren Bedarf nicht von woylottierten Firmen decken, da werde viel gesündigt.

„Die Tarifgemeinschaft im Fleischnewerbe“ Die Arbeitgeber sind jedem Fortschritt abhold, deswegen wollen sie auch keine Tarifverträge. Sie glauben, sich etwas zu verdienen, wenn sie mit den Arbeitern Verträge über die Lohn- und Arbeitsbedingungen abschließen.

Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt. Berlin: Die Gewerkschaften haben ein großes Interesse an der Regelung der rechtlichen Grundlage der Tarifverträge. Diese sind keine Vergleiche, wie der Referent meint, sondern verbindende Verträge, die die abgeschlossenen Bestimmungen sichern.

In der weiteren Diskussion wird verlangt, daß die Kündigungszeit bei Tarifverträgen so kurz wie möglich bemessen sei, höchstens vier Wochen.

Darnit schließt die Vormittagsitzung. Nach Entgegennahme eines Kommissionsberichts, der Hamburger interne Angelegenheiten betrifft, referiert Bergmann. Berlin über:

„Unsere Stellungnahme zu den Genossenschafts-Fleischereien.“

In Deutschland bestehen 18 Konsumgenossenschafts-Fleischereien mit 76 Geschäften und 2 Verkauferinnen. Mit nur zwei (Leipzig und Hamburg) sind Tarifverträge abgeschlossen. Es müsse ein gewisses Minimum für die Forderungen an die Genossenschaften festgesetzt werden.

In der Diskussion werden Verhältnisse in einzelnen Konsumvereinen besprochen. Hensel. Berlin meint, die Genossenschafts-Fleischereien hätten keine Existenzberechtigung, keine

Existenzfähigkeit, wenn sie nicht eine kürzere Arbeitszeit wie die Privatbetriebe und die übrigen Minimalforderungen der Organisation gewähren können.

Genosse Schmidt. Berlin (als Vertreter der Generalkommission) sagt demgegenüber, man müsse in Betracht ziehen, daß Konsumvereine keine kapitalistischen Unternehmungen sind. Den gewerkschaftlichen Standpunkt solle man wahren.

Zum 7. Punkt der Tagesordnung: „Agitation und Gaueninteilung“

hört Krause. Berlin das Referat. Namens des Hauptvorstandes begründet und schlägt er eine Gaueninteilung in 7 Bezirke vor. Als Bezirke sind bestimmt: Berlin, Hamburg, Dresden, Frankfurt a. M., München, Köln und Hannover.

Es entspinnt sich über diesen Punkt, zu dem 9 Anträge vorliegen, eine lebhafte Debatte.

Da noch acht Punkte zu erledigen sind und morgen Schluß gemacht werden soll, tagt der Verbandstag heute länger. Die Sitzung dauert fort.

8. Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins.

Dresden, 3. September.

Beim Punkt Presse erklärt Kaiser. Frankfurt im allgemeinen seine Zustimmung zu der Tendenz der Sachzeitung. Aber es sei dem Redakteur zu empfehlen, sich nicht von seinem Gefühle zu durchaus schiefen Ausführungen hinreißen zu lassen.

Ueber internationale Verbindungen

führt Janson. Berlin aus, daß eigentlich nur die deutschen Gärtner eine geschlossene Organisation haben, so daß es mit der internationalen Organisation noch nicht weit vorwärts gekommen ist. Der erste Versuch im Jahre 1897, eine internationale Organisation zu schaffen, erlitt Janson. Die Frage hat mit Ausnahme einer Verbindung mit der Organisation in der Schweiz geruht.

Ueber die Rechtsfrage der Gärtner

im Arbeitsvertrage referiert Albrecht. Berlin. Die Statistik der preussischen Regierung ermöglicht keine Vergleiche über die Rechtsverhältnisse der Gärtner im Arbeitsvertrage. Unser Ziel ist, Klarheit darüber zu bekommen, an welche Rechtsstelle sich der Gärtner bei Konflikten im Arbeitsverhältnisse zu wenden hat.

in Sinne der Gewerbeordnung. 5. Gärtnereibetriebe zählen ausnahmslos zum „Gartenbau“, das heißt: zur Landwirtschaft. 6. Die Landwirtschaftsgärtnerei zählt a) zur Landwirtschaft b) zu den Gewerben, c) zu den bildenden Künsten. In zwei Denkschriften und Petitionen in den Jahren 1901 und 1904 haben wir der Regierung und dem Reichstage folgende Vorschläge zur positiven Lösung gemacht: Der § 8 der Gewerbeordnung erhält einen neuen Absatz des Inhalts: „Auf die dem Zwecke des Erwerbs dienende Gärtnerei findet das gegenwärtige Gesetz Anwendung, ausgenommen davon ist nur der (ackerbauliche) Obst- und Weinbau.“

Die 8. Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins erklärt sich mit dem Referat des Kollegen Otto Albrecht über den neueren Stand unserer Rechtsfrage einverstanden. — Sie beauftragt den Hauptvorstand, die Angelegenheit scharf im Auge zu behalten und die erforderlichen Wege zu beschreiten und die Mittel anzuwenden, die geeignet erscheinen, die zurzeit im Rechtsleben der Gärtner vorhandene Kalamität zu beseitigen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Gesellschaft hat Friedrichr. 10. August 4. eine Treude (Handelskassette Gesellschaft, Durchgang aus Lindenstr. 101), wochenttäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Besprechungszeit um 6 Uhr. Jeder Beitrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen des Bezüglers. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Besprechungszeit vor.

H. R. 13. Rein. Es empfiehlt sich aber, vor der Heirat einen Vertrag notariell oder gerichtlich zu schließen, in dem der Bräutigam das Eigentum seiner Braut anerkennt und auf Konsumausgabe und Verwaltungsbrecht verzichtet. — H. R. 77. 1. In Straßens. ja. 2. Wenn keine Abberaufnahmegründe vorliegen: nein. — H. R. 1. Es kann bis zur Tilgung der Schuld immer wieder gepfändet werden. 2. Ein solcher Antrag hätte wenig Aussicht auf Erfolg. — H. 25. Das unterliegt freier Vereinbarung. — Wilhelm. Sie müssen die Aufnahme in den preussischen Staatsverband erwirken. Nach der altpreussischen Städteordnung sind nur Preußen wahlberechtigt, während in ländlichen Gemeinden auch nicht preussische Deutsche das Wahlrecht haben. — Zwei Streitende 21. Ja. — H. 26. Eine Abfindung ist bei Unfallrenten bis 15 Proz. zulässig. Gegen die Erhebung können Sie Berufung einlegen. — G. Z. 30. Ein derartiges Zusammenwöhnen ist unzulässig. — Friedemann Abbonnet. Dillholzer, Alexanderstr. 26. — H. R. Die Auflösung der Landesversicherungsanstalt entspricht dem Gesetz. — G. Z. 1877. Sie und Ihre Mutter könnten und sollten die Klage auf Alimente vor dem 31. Oktober in vollem Umfange erheben. — H. 88. Dem Mann steht, wenn der Ehevertrag nicht gegenteiliges besagt, das Verwaltungskrecht an den eingebrachten Sachen der Frau zu. — H. R. 1001. Rein. — H. Z. 29. Die Schwiegermutter ist zur Aufnahme des Schwiegersohns nicht verpflichtet. Wegen eines Stilles oder dergleichen wenden Sie sich an den Magistrat. — G. Z. 20. Bedenken Sie die öffentliche Klamm der Charité, dieselbe ist unentgeltlich. — G. Z. 100. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. — H. 40. Die Hundesteuerordnungen sind in den verschiedenen Gemeinden verschieden. In Berlin besteht eine Steuerfreiheit für Hunde auf dem Felde nicht. Wegen der Steuer kann Pfändung vorgenommen werden. — H. 22. Sie könnten nur auf Lieferung der vereinbarten Ware gegen Zahlung des Restes klagen. Sind die Waren völlig untauglich, so brauchen Sie dieselben nicht abzunehmen und können auf Rückgabe der Anzahlung klagen. Zur Verfallklärung ist der Fall nicht geeignet. Die Frage, ob die Ware in der Tat untauglich ist, wird vom Richter nach Anhörung eines Sachverständigen beurteilt, dessen Gutachten keineswegs zu Ihren Gunsten ausfallen braucht. Zur Klage auf Rückzahlung kann daher nicht ohne weiteres geraten werden. — H. Z. 02. Die Behauptung würde Ihrem Zweck nicht hinderlich sein. — Zwei Streitende 50. Ja. — G. 63. Leiber wäre eine Klage erfolglos, es sei denn, Sie können dem Gericht nachweisen, der Lärm ist abhänlig aus Ustane ausgeführt. — G. Z. 890. Wenn die Wohnung gesundheitsgefährdend ist, so ist der Mieter berechtigt, den Vertrag aufzugeben und vollen Schadenersatz zu verlangen. Lassen Sie sich ein Attest vom Arzt ausstellen, daß die Wohnung gesundheitsgefährdend ist, strengen Sie bei dem Amtsgericht eine Klage auf Aufhebung des Vertrages und auf Schadenersatz an und überreichen gleichzeitig mit der Klage und dem Attest des Arztes einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung, die Ihnen gestattet, sofort mit allen Möbeln zu ziehen. — H. 200. Sie würden gegen den Willen der Störung Ihres Mietgebrauchs und auf Schadenersatz klagen können. — 100 R. S. Wiederholen Sie Ihre Anfrage. — G. Z. 99. Jodel, Pantegasse.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Station Name, am (cm), seit (cm), Station Name, am (cm), seit (cm). Rows include Remel, Mühl, Babel, Spandau, Bregel, Ankersburg, Hagenow, Wegel, Thorn, Spree, Spremberg, Ober, Kallbor, 139, -5, Weser, Biedlow, Krossen, 117, 0, Weser, Minden, -6, 0, Barthe, Schrimm, 37, +1, Rhein, Waldsül, 33, 0, Raabe, Radeberg, 38, 0, Kette, Borsdamm, 20, +1, Kette, Zellmeritz, -24, +3, Redar, Dellbronn, 32, +12, Kette, Borsdamm, 86, -1, Main, Berthheim, - - - , Kette, Radeburg, 98, 0, Rosel, Trier, - - - , Saale, Großh, 80, +5.

+) bedeutet Zufluß, — Fall, —) Unterpegel. Nach telegraphischer Meldung ist die Ober bei Kallbor bis heute um 8 Uhr vorm. auf 402 cm gestiegen, bis 7 Uhr vorm. aber schon auf 396 cm wieder gesunken.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbureau: Col I. Ami 3, 1239. Charitéstraße 3. Col III. Ami 3, 1957

Sonntag, 8. September,
vormittags 10 Uhr bis nachm. 1 Uhr,
findet die

Wahl von vier Revisoren

in folgenden Lokalen statt:

- Milbrodts Gesellschaftshaus, Müllerstr. 7.
- Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.
- Obiglos Festsäle, Schwedterstr. 23.
- Sauers Restaurant, Schönhauser Allee 134a.
- Litfins Festsäle, Memelerstr. 67.
- Bookers Festsäle, Weberstr. 17.
- Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I).
- Fröhlichs Restaurant, Muskauerstr. 1.
- Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
- Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
- Thiel, Rixdorf, Bergstr. 152.
- Fritsch, Steglitz, Florastr. 2a.
- Böhle, Spandau, Linden-Ufer 17.
- Kaufhold, Ober-Schöneweide, Wilhelminenhoffstr. 18.
- Tempel, Rummelsburg, Alt-Borhagen 56.
- Pfützmann, Köpenick, Bahnhofstr. 1.
- Robkopf, Weißensee, König-Chaussee 38.
- Halfes, Tegel, Brunowstr. 23.
- Mokulys, Tempelhof, Berlinerstr. 9.
- Wedhorn, Königs-Wusterhausen.

Ohne Mitgliedsbuch

Kann niemand wählen!

Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.

Wahlleiter ist der Kollege Otto Handke, Charitéstr. 3.

Sonntag, 8. September,
vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung

aller in den Widlereien Berlins u. Umgegend
beschäftigten Kollegen und Kolleginnen
im „Marienbad“, Badstraße 35/36.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Robert Schmidt über:
Die Internationale der Gewerkschaften. 2. Diskussion. 3. Ersatzwahl
zur Agitationskommission. 4. Verschiedenes.
In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung sind alle Berufs-
kollegen und Kolleginnen verpflichtet, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Die Versammlung der Bauanschläger fällt
wegen der stattfindenden Wahl am 8. Sep-
tember aus und findet am 15. September
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1,
morgens 10 Uhr statt.

149/15 Die Ortsverwaltung.

Konsum-Genossenschaft

von
Königs-Wusterhausen und Umgegend
(eingetragene Genossenschaft m. b. H.).
Sonntag, den 22. September, nachmittags 3 Uhr, im Lokale des
Herrn Wedhorn (Altes Schützenhaus):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1907. 2. Ber-
richt des Aufsichtsrats. 3. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des
Vorstandes. 4. Verteilung des Reingewinnes. 5. Neu- und Ersatzwahlen
des Aufsichtsrates und des Vorstandes. 6. Antrag der Verwaltung auf
Anschluss der Genossenschaft an die Groß-Einkaufsgesellschaft deutscher
Konsum-Vereine Hamburg. 7. Antrag der Verwaltung auf Anschluss der
Genossenschaft an die Unterabteilung des Zentral-Verbandes deutscher
Konsum-Vereine. 8. Anträge.
Punkt 5 bis 13 des Statuts müssen Anträge der Mitglieder bis zum
15. September d. J. in Händen des Vorstandes sein. 145/6
Mitgliedsbuch oder Legitimationskarte legitimiert.
Der Vorstand:
Wilhelm Gleikies, August Hermanowski, Otto Friedland.

**Arbeiter - Radfahrer-
Verein**
Sonnabend, 7. September, im Volkshaus, Rosinenstr. 3;
7. Stiftungs-Fest.

Hierzu sind Freunde und Gönner des Vereins freundlichst eingeladen.
Das Komitee.

EINSEGNUNGS - Anzüge
von 12 M. an bis
zu den elegantesten,
fertig u. nach Maß.
S. Levy, Charlottenburg, Schwanenstr. 36.

Achtung! Maurer. Achtung!

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 6. September 1907, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer, Kopenstr. 29:

General-Versammlung

für sämtliche Bezirke und Zahlstellen der Maurer, der Sektion
der Putzer, der Gips- u. Zementbranche, sowie der Fliesenleger.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Berichterstattung vom 9. Verbands-
tage. 3. Verschiedenes. 143/2
Mitgliedsbuch und Streifenlegitimationskarte legitimieren. Ohne dieselben kein Zutritt.
Die Verbandsleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Tischbranche.

Freitag, den 6. September 1907, abends 8 1/2 Uhr, bei Voeter,
Weberstraße 17, großer Saal:

Vertrauensmänner - Versammlung.

93/17 Der Branchenleiter.

Sonntag, den 8. September 1907, abends pünktlich 5 Uhr:

Branchen-Versammlung der Jalousie-Arbeiter
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1.
Fortsetzung der Tages-Ordnung vom 29. August 1907:
„Wie denken die Kollegen über die weitere Entwicklung
unserer Branche?“

Nach der Versammlung:
Gemütl. Beisammensein mit Frauen.

Einsetzer.

Die Bezirks-Versammlungen finden am Sonntag, den
8. September, pünktlich um 10 Uhr, in den bekannten Lokalen
statt. — Im 2. und 5. Bezirk wird nur kassiert. Die Bezirks-
Versammlung findet ausnahmsweise in diesen Bezirken am
Sonntag, den 15. September, statt. — Die Kollegen der Firma
Behrend-Rosowich, auch die in letzter Zeit dort beschäftigt waren,
werden ersucht, in der Bezirks-Sitzung des 4. Bezirks (Rixdorf)
zu erscheinen.

Zum bevorstehenden Parteitag empfehlen wir:

Parteitags-Protokolle

der früheren Parteitage, die ein reiches Material zur Geschichte der Partei,
ihrer Kämpfe, ihrer Grundsätze, ihrer Taktik bieten. Nachstehend geben wir
die Hauptpunkte der Verhandlungen aus der jeweiligen Tagesordnung in
summarischer Inhaltsangabe hervor: 224/6

Halle	1890.	Neuorganisation; Programm der Parteitage; Stellung zu Streik und Boykott; Auseinandersetzung mit den „Unabhängigen“.	M. — 50.
Erfurt	1891.	Fortsetzung des Programms; Programmänderung; Ausschluss der „Unabhängigen“; Taktik der Partei.	M. — 50.
Berlin	1892.	Begriffen.	
Köln	1893.	Gewerkschaftsbewegung; Antifeminismus; Wahlrecht und Beteiligung an preussischen Landtagswahlen.	M. — 40.
Frankfurt	1894.	Budgetbewilligungsfrage in den Landtagen; Agrar- frage; Kräfte, Ringe und Kartelle.	M. — 25.
Breslau	1895.	Agrarprogramm; Hausindustrie.	M. — 30, geb. M. — 50.
Gotha	1896.	Begriffen.	
Hamburg	1897.	Preussische Landtagswahlen; Militarismus. Droschke M. — 35.	
Stuttgart	1898.	Koalitionsrecht; Bergarbeiterstreik; Preussische Land- tagswahlen; Zoll- und Handelspolitik. Droschke M. — 35, gebunden M. — 60.	
Hannover	1899.	Begriffen.	
Mainz	1900.	Weltpolitik; Verkehrs- und Handelspolitik; Taktik bei den Landtagswahlen; Anhang: Bericht über die Frauenkonferenz. Droschke M. — 50.	
Lübeck	1901.	Zolltarif und Handelsverträge; die Wohnungsfrage.	M. — 60.
München	1902.	Arbeiterversicherung; Kommunalpolitik; Frauen- konferenz. M. — 60.	
Dresden	1903.	Taktik der Partei; der Internationale Kongress in Amsterdam 1904. M. — 75.	
Bremen	1904.	Maifeier; Amsterdamer Kongress; Organisationsfrage; Holl. Schippel; dritte Frauenkonferenz. Droschke M. — 70, geb. M. 1.—	
Jena	1905.	Parteiorganisation; der politische Klassenstreik.	M. — 70.
Mannheim	1906.	Der politische Klassenstreik; Sozialdemokratie und Volkserziehung; Streikrecht, Streikvolkung, Streikproph. Drosch. M. 1.—, lat. M. 1,25, geb. M. 1,50	

Protokolle der Internationalen Arbeiter-Kongresse.

Paris	1889.	Mit einem Vorwort von N. Liebknecht. Berichte der Delegierten der einzelnen Länder; Ab- schaffung der stehenden Heere; Waffenstillstand. M. — 25.	
Zürich	1893.	Stellung der Partei im Kriegsfall; Agrarfrage; Generalstreik. M. — 60.	
London	1895.	Politische Aktion; wirtschaftliche Aktion; Erziehung und körperliche Entwicklung. M. — 30.	
Paris	1900.	Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht; die Erwerbung der politischen Macht; Kolonialpolitik; der Sozialismus in den Gemeinden. M. — 20.	
Amsterdam	1904.	Internationale Regelung der sozialistischen Politik (Taktik), Kolonialpolitik, Auswanderung und Ein- wanderung, Generalstreik, Sozialpolitik und Arbeiter- versicherung, Der Nichtwahlrecht, Kräfte und Arbeiter- losigkeit. M. 1.—, Agitationsausgabe M. — 40.	

Expedition des Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme an der Beerdigung meines
lieben Mannes und Vaters, des
Steinsetzers

Hermann Schladensky I
sagen wir allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, insbesondere den
Kollegen der U.E.G. in der Brunn-
straße und dem Vorstand der Lotteriede-
mokratie, sowie dem Lotterieverein
„Hoffnung“, Oberbergerstr. 11, unseren
herzlichsten Dank.
Elise Schladensky
nebst Kindern.

Danksagung.

Für die herzlichste Teilnahme und
die großen Krankschmerzen bei der
Beerdigung meines lieben, unergel-
blichen Mannes **Fritz Pröck**
sagen wir allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, insbesondere den
Kollegen der U.E.G. in der Brunn-
straße und dem Vorstand der Lotteriede-
mokratie, sowie dem Lotterieverein
„Hoffnung“, Oberbergerstr. 11, unseren
herzlichsten Dank.
Emilie Pröck nebst Mutter.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

„Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein“
Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.

18/14 Touren

Sonntag, den 8. September.
1. Abt. 6 Uhr: Kremmen. 1 Uhr:
Tegelort. Start: Bülowstr. 58.
2. Abt. 8 Uhr: Rübensdorfer Koll-
berge (Beebe). Start: Fontane-Promena-
nade 15.
3. Abt. 6 1/2 Uhr: Liepnitzsee. 1 Uhr:
Waldkater, Bernau. Start: Ma-
riannenplatz.
4. Abt. 7 Uhr: Potsdam (Victoria-
garten). 1 Uhr: Wannsee (Zärtchenhof).
Start: Köpenicker Platz.
5. und 7. Abt. 7 Uhr: Sennig.
6. Abt. 1 Uhr: Krollenhol. 7. Abt.
1 1/2 Uhr: Johannistal (Schulz).
Start: 5. Abt. Elshum. 7. Abt.
Grenzstr. 21.
8. Abt. 8 Uhr: Tempel. 1 1/2 Uhr:
Schmiedhof (Koll). Start: Gensel-
schloß, Oberbergerstraße 30.
9. Abt. 7 Uhr: Strausberg. 1 Uhr:
Kaulsdorf. Start: Kriminalgericht.
10. Abt. 1 Uhr: Klein-Rahnow.
Start: Schillingstr. 22.
Rummelsburg. Früh 5 Uhr:
Wittenwalde. Start: bei Grogas.

Achtung, Genossen!

Empfehle mein **Weiß- und
Kartoffel-Lokal** den besten
Sportgenossen zur gefälligen Be-
suchung. Preis auf 1
Karl Papenhus, Spandauer-
berg 22.
Einfestelle!

Spottbillig!!

**Land- u. Waldparzellen,
Frederisdorf (Ostbahn)**
wundervoll gelegen, nahe Bahnhof
□ R von 7 Mark an.
Nieschulte & Nische,
Landsbergerstr. 66.

Greift zu!

den besten	
Monatsanzüge	... v. 9,50 M.
Abonnementsanzüge	... 13,00
Wandlungsanzüge	... 11,00
Barreanzen	... 12,00
Gehrockanzen	... 14,50
Anzüge, Ersatz f. Wdh.	... 20,50
Waletois	... 9,50
Hosen	... 2,00
Jeppen	... 5,00

Moldauer

Prinzenstraße 64, im Laden.
— Straßenschild-Bergütung —

Meß-Palast

Alexandrinensir. 110.
Sätze zu festgestellten, Veramm-
lungen unregelmäßig. — Commode
noch frei. — Hochzeitsstüber 1,00 an.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
(Köpenicker Viertel)
Bezirkt Nr. 107b.
Den Mitgliedern hiermit zur
Kenntnis, daß unser Genosse, der
Metallarbeiter
Max Lorenz
(woohnhaft Hedemann-Ufer 4)
gestorben ist. 203/2
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 5 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Gammans-Kirch-
hofes aus statt.
Der Vorstand

Sozialdemokratischer Wahlverein
Adlershof.
Todes-Anzeige.
Am 2. September verstarb
unser Mitglied
Julius Otto.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 6. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des hiesigen Gemeindefriedhofes
aus statt.
222/9 Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Metallarbeiter
Richard Salomon
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
148/6 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Holzarbeiter und
verw. Berufsgen. Deutschlands.**
Mitgliedschaft Berlin.
Nachruf.
Am 29. August 1907 verstarb
plötzlich unser Kollege
Wilhelm Trebien.
Es war und nicht möglich, den
braven Kollegen zur Gruft zu
geilen, da wir keine Nachricht
von seinem Ableben erhalten
hatten.
Möge ihm die Erde leicht sein.
Ehre seinem Andenken!
19/9 Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Tischler
Waldemar Nielsen
am 3. September verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 6. September, nach-
mittags 3 Uhr, auf dem Bog-
dangen-Rummelsburger Gemeindef-
riedhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
93/18 Die Ortsverwaltung

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Hiermit diene den Mitgliedern
zur Nachricht, daß unser Kollege,
der Bodenarbeiter
Erhard Granholm
am 2. d. M. im Alter von
50 Jahren nach längerer Krank-
heit gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 6. d. M., nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Friedhofes der Friedrichshäger Ge-
meinde, Berlinstraße, aus statt.
74/17 Die Verwaltung H.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Nachruf.
Am 31. August ist der Kollege,
Waldarbeiter
Paul Klink
verstorben. 93/19
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß unsere
gute Mutter
Karoline Zingelmann
geb. Ultes (Rathstr. 18), am
2. September in Potsdam an
Herzschlag verstorben ist. 27355
Die Beerdigung findet am 7.,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Gammans-Kirch-
hofes, Hermannstraße, aus statt.
Die trauernden Kinder.